KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 155 Mai/Juni 2011 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 155 Mai/Juni 2011 berichten wir über:



An Newroz beteiligten sich in diesem Jahr weit mehr Menschen als all die Jahre vorher. Dringendste Forderung: Entweder Freiheit oder Freiheit. Foto: DIHA



An vielen Orten wurden „Zelte der demokratischen Lösung" errichtet als Treffpunkt zur Diskussion und Aktion. Foto: DIHA



Die Bevölkerung fordert Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen und über die im Land verteilten Massengräber. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Anfang des Jahres 2011 wurde mit vielfältigen Initiativen begonnen, der 15. Februar, der 8. März, oder Newroz am 21. März, der 4. April, der Geburtstag von Abdullah Öcalan, alle Aktivitäten in dieser Zeit haben ein Ziel, ein Leben in Frieden und Freiheit – Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan.

Dafür konnten allein zu Newroz Millionen Menschen mobilisiert werden: entweder Freiheit oder Freiheit für ein Leben in Würde. Mit kleinen Reförmchen wird sich die kurdische Bevölkerung nicht mehr abspeisen lassen. Dafür haben sie sich organisiert, und viel Leid und Schmerz in Kauf genommen. Es wird eine eigene Vorstellung von kommunalem Leben entwickelt. So wurden auf Initiative der Friedensmütter in vielen Orten „Zelte der demokratischen Lösung" aufgebaut. Sie sind ein Zentrum geworden des Zusammenkommens, der Aktion und Interaktion. Dort treffen sich Menschen, um zu diskutieren, die Gestaltung ihrer Zukunft – friedlich und ohne Waffen.

Dies gefällt den Machthabern der Türkei überhaupt nicht, und so hetzen sie täglich ihre Bluthunde, Polizei und Jandarma, gegen die meist kurdische Bevölkerung. Männer, Frauen, Kinder werden verprügelt, festgenommen und in die Gefängnisse gesteckt, ganze Ortschaften mit Gasgranaten verseucht.

Die Parlamentswahlen in der Türkei stehen vor der Tür. Diese Vorwahlzeit wird von türkischer Seite nicht genutzt, um einen wirklichen Friedens- und Lösungsplan gemeinsam mit der Bevölkerung auszuarbeiten. Im Gegenteil, in Nordkurdistan wird wie schon seit Jahren die Zeit der Schneeschmelze zu großen Militäroperationen genutzt; in vielen Regionen, besonders den Grenzgebieten zum Osten oder Süden, wird versucht, weitere neue Militärposten zu errichten.

Doch in der Weltöffentlichkeit präsentiert sich Ministerpräsident Erdoğan als Konfliktlöser am Beispiel Libyens, in den westlichen Medien wird das System der Türkei gar als Beispiel gepriesen für die Länder im Umbruch. Wohl wissend, dass seit 30 Jahren ein schmutziger hochtechnisierter Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt wird.

Die Menschen in Nordkurdistan haben gelernt, sich unter den widrigen Umständen zu organisieren. Sie klagen nicht mehr nur ihre schwere Lebenssituation an, sondern versuchen unter den Kriegsbedingungen, ein selbstbestimmtes demokratisches Leben aufzubauen, ein Leben in Würde.

Dieses kurdische Beispiel wird Schule machen. Es hat wieder eine Anziehungskraft erreicht, dass sich verschiedenste Menschen aus unterschiedlichsten Bewegungen und Organisationen aus verschiedensten Ländern für den Kampf um demokratische Autonomie, für das Beispiel der Basisorganisierung interessieren. Das hat sich an der Beteiligung an den Newrozdelegationen gezeigt und wird sich auch an der Beteiligung zu den Parlamentswahlen im Juni zeigen.

Es ist an der Zeit, dass die Menschen die nationalen Grenzen – auch in den eigenen Köpfen – sprengen, neugierig auf andere Ideen und Bewegungen werden, eine starke praktische Solidarität entwickeln. Denn nur gefangen in den künstlichen Grenzen der alten Machthaber, in denen Nationalismus, Rassismus, Konkurrenz gedeihen, können sich die alten Systeme auf dem Boden von Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung noch länger halten.

Mittlerer und Naher Osten befinden sich im Umbruch, mehr und mehr Menschen stehen auf, weil das jetzige Leben weder für das Individuum noch für die Gesellschaft eine Perspektive bietet. Noch ist der Ausgang dieser Aufstände unklar. Doch so, wie es war, kann es nicht bleiben.

Vielleicht treffen wir uns so alle auf der Straße, der erste Mai als internationaler Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter ist die nächste Gelegenheit dazu.

Ihre Redaktion

Kapitalistische Modernität oder demokratische Revolution im Mittleren Osten?

Kurdischer Volksaufstand gegen die Hinhaltetaktik der AKP-Regierung

Songül Karabulut

Das kurdische Jahr hat einen Monat mit immenser Bedeutung, der in der kurdischen Frage den weiteren Verlauf des Jahres vorzeichnet. Dieser Monat ist zweifellos der März. Auch der März in diesem Jahr war gekennzeichnet von wichtigen Entscheidungen und Entwicklungen. So wurde z. B. die einseitige Waffenruhe, die seit dem 13. August 2010 anhielt, aufgehoben und zu Newroz eine neue politische Phase eingeleitet.

Die Aufhebung der Waffenruhe war vorhersehbar gewesen, denn in den Punkten, in denen die kurdische Befreiungsbewegung von der Regierung Zeichen des guten Willens erwartete, blieben positive Entwicklungen aus. Sowohl bei der Verkündung der Waffenruhe als auch in den Erklärungen zu deren jeweiligen Verlängerungen wurden diese Punkte immer wieder aufgelistet und es wurde unterstrichen, dass die Phase der Waffenruhe, sollte bis März keinerlei Bewegung zu erkennen sein, einer neuen Bewertung unterzogen werden würde. Erinnern wir uns, welche Forderungen dies waren: 1.) Einstellung der militärischen und politischen Operationen; 2.) Freilassung aller kurdischen Politiker, die im Rahmen der sogenannten „KCK-Operation“ verhaftet worden waren; 3.) Gründung einer Wahrheits- und Verfassungskommission; 4.) Herabsetzung der Wahlhürde; und zuletzt 5.) Der anhaltende Dialog zwischen dem Staat und dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan sollte in Verhandlungen übergehen, und seine Haftbedingungen sollten verbessert werden, damit er aktiv am Friedensprozess teilnehmen kann.

Der Vorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, antwortete in einem am 7. März in der Nachrichtenagentur ANF veröffentlichten Interview auf die Frage, warum die Waffenruhe aufgehoben worden sei: „Als wir die Waffenruhe verkündet haben, haben wir fünf Forderungen gestellt, deren Erfüllung notwendig ist, damit die Waffenruhe in einen dauerhaften Waffenstillstand münden kann. Diese waren angemessen. Weder hätten sie die Regierung in Schwierigkeiten gebracht noch lagen sie außerhalb der Befugnisse der Regierung. Wenn die Regierung gewollt hätte, hätte sie diese Schritte einleiten können. Denn die Forderungen bedeuteten nicht die Lösung der Frage, sondern Schritte, die die Lösungsphase ebnen sollten.“

In keinem der genannten Punkte gibt es Fortschritte. Weder wurde die Wahlhürde heruntergesetzt noch wurden die militärischen und politischen Operationen eingestellt, die im Rahmen der sogenannten KCK-Operation inhaftierten kurdischen Politiker wurden nicht freigelassen, Wahrheits- und Verfassungskommissionen nicht einberufen und der Dialog mit Öcalan ist nicht in eine Verhandlungsphase übergegangen.

Nach einer Bilanz der Nachrichtenagentur DIHA sind in der Zeit von August 2010 bis März 2011 2031 Menschen festgenommen, 510 verhaftet und 35 Guerillakämpfer getötet worden. Die türkische Armee hat 140 Militäroperationen zu Land und 162 Bombardierungen durchgeführt.

Obwohl diese Waffenruhe von der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gefordert worden war, unternahm sie nichts, um den Weg für die Lösungsphase zu bereiten. Warum also hatte die AKP von der kurdischen Bewegung eine Waffenruhe gefordert? Wenn wir uns die Geschehnisse in der Zeit der siebenmonatigen Waffenruhe anschauen, sehen wir, dass die AKP bei den Kurden mit leeren Versprechungen falsche Erwartungen geweckt und Zeit gewonnen hat, um den Widerstand und Kampf des kurdischen Volkes zu brechen, und ihre Macht weiter zugenommen hat. Kurzum, es kann als Bekämpfungsstrategie durch Hinhaltetaktik bezeichnet werden.

Am 1. Juni 2010 hatte die kurdische Bewegung den Beginn ihrer vierten strategischen Kampfphase verkündet. Diese Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass die Kurden die Lösung der kurdischen Frage mit der oder ohne die Türkei umsetzen werden. Die vierte Phase steht unter dem Motto „Die Identität wahren – die Freiheit erlangen“. Die Kurden haben ihre Lösungsstrategie mit dem Projekt „Demokratisches freies autonomes Kurdistan in einer demokratischen Republik“ angekündigt. Mit der Waffenruhe und anderen Unternehmungen haben sie gezeigt, dass sie ihr Projekt gemeinsam mit der Türkei durch Dialog und Verhandlungen umsetzen wollen. Dies ist aber nicht zu verwechseln damit, dass sie passiv darauf warten würden, dass die Türkei bereit ist, das Problem zu lösen. Die vierte Phase charakterisiert zugleich die Entschlossenheit, mit aktivem Widerstand unbedingt die Rechte des kurdischen Volkes im Rahmen des Lösungsprojektes zu erlangen.

Nach der Aufhebung der Waffenruhe hat die Bevölkerung die politische Initiative übernommen. 8. März (Internationaler

Frauentag), 16. März (Jahrestag des Halabja-Massakers) und zuletzt Newroz um den 21. März herum wurden zum Volksaufstand der Kurdinnen und Kurden. Alle, die die Newroz-Veranstaltungen vor Ort beobachten konnten, sprachen von den bisher größten. Die Forderungen, die die AKP-Regierung auch während der Waffenruhe ignoriert hatte, wurden von Millionen Menschen artikuliert. Die im Anschluss an die Newroz-Veranstaltungen durchgeführten Demonstrationen Hunderttausender Menschen hin zu den großen Zelten, in denen Perspektiven für eine politische Lösung der kurdischen Frage diskutiert werden, wurden von türkischen Sicherheitskräften mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen. Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) haben ihren Protest des zivilen Ungehorsams am 24. März mit Erklärungen begonnen, wonach sie den Zustand der Lösungslosigkeit nicht weiter akzeptieren werden würden.

Die akuten, längst überfälligen Forderungen der Aktionen sind „Bildung in der Muttersprache", „Freiheit für die politischen Gefangenen", „Aufhebung der 10%-Wahlhürde" und „Stopp aller militärischen und politischen Operationen".

Die „Zelte für eine demokratische Lösung" sind auf Initiative der Friedensmütter ab dem 18. März in allen kurdischen Gebieten und der Türkei mit dem Ziel errichtet worden, die eigene Entschlossenheit und den Willen zu bezeugen, täglich 24 Stunden lang Wache zu halten, bis der Krieg beendet ist und die Forderungen eingelöst werden. Die Zelte sind eine Reaktion auf die Verbannung der Diskussionen über eine demokratische Lösung der kurdischen Frage von der Tagesordnung und stellen in diesem Rahmen somit auch eine Interventions- und Diskussionsplattform dar.

Die Kurden haben mit Newroz die vierte Kampfphase mit ihren demokratischen Kundgebungen und Mahnwachen verstärkt, weil sie die Hinhaltetaktik der AKP-Regierung nicht mehr dulden wollen.

Während in demokratischen Ländern Wahlen ein wichtiges Instrument darstellen, um die eigenen Interessen in die Politik einfließen zu lassen, sind die Kurden von diesem Instrument ausgeschlossen. Nach der Tatsache, dass die landesweiten Wahlen in der Türkei auch in diesem Jahr erneut mit dem Hindernis der 10%-Hürde erfolgen werden, sind keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten. Die Kurden sind aufgrund der Wahlhürde erneut gezwungen, mit unabhängigen Kandidaten anzutreten. Hätten die letzten Wahlen mit einer Wahlhürde von 5 % stattgefunden, wäre die BDP nicht nur mit 22, sondern mit fast 80 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten. Das gegenwärtige Wahlsystem verhindert nicht nur die breite Vertretung der Gesellschaftsschichten im Parlament, sondern stiehlt auch kleinen Parteien die Sitze. Wenn die Wahlen tatsächlich etwas bewirken sollten, so müssten Parteien mit unterschiedlichen politischen Ansichten im Parlament vertreten sein. Die bevorstehende Parlamentswahl wird höchstens eine geringfügige Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen AKP, Republikanischer Volkspartei (CHP) und Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) hervorbringen, die wiederum für die Zukunft der Türkei irrelevant sein wird. Daher sind die Wahlen in diesem Jahr für das kurdische Volk nicht von zentraler Bedeutung.

Auch die Frage, inwieweit nach den Wahlen eine neue Verfassung zu erwarten ist, hat ihre Berechtigung. Nach dem letztjährigen Verfassungsreferendum hatte der türkische Ministerpräsident Erdoğan eine neue Verfassung angekündigt. Aber schon sehr bald erklärten Regierungsvertreter, bis zu den Wahlen stehe eine Verfassung nicht auf ihrer Tagesordnung. Erst nach den Wahlen würde das Thema angegangen werden. Welche Garantie gibt es dafür, dass dann tatsächlich eine neue Verfassung ausgearbeitet werden wird? Nehmen wir an, das wird passieren. Dann stellt sich die Frage, wer wird es machen? Das Parlament, das nach den Wahlen kaum Unterschiede zum heutigen aufweisen wird. Die bisherige Politik der AKP enthält ernste Anzeichen, dass sie die Verfassung nach eigenen Interessen zu gestalten versuchen wird.

Der Weg der Wahlen wird versperrt, der Weg des Dialogs wird versperrt, die Wege für politisches Handeln und den demokratisch-politischen Kampf werden versperrt. Folglich werden nicht die Wahlen das Schicksal des kurdischen Volkes bestimmen, sondern sein Kampf, sein Aufstand und seine Revolution.

Die AKP-Regierung betreibt keine Politik im Interesse des Landes, sondern agiert völlig parteipolitisch. Daher sieht sie die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage nicht im eigenen Interesse liegend, sondern nährt sich von Problemen. Sie profitiert z. B. von den militärischen Auseinandersetzungen zwischen PKK und Armee.

ANF zitierte in einem Artikel vom 23. März Duran Kalkan, Exekutivratsmitglied der KCK: „Der Weg der Wahlen wird versperrt, der Weg des Dialogs wird versperrt, die Wege für politisches Handeln und den demokratisch-politischen Kampf werden versperrt. Folglich werden nicht die Wahlen das Schicksal des kurdischen Volkes bestimmen, sondern sein Kampf, sein Aufstand und seine Revolution. (…) Diese neue politische Phase im türkischen Teil Kurdistans steht natürlich auch im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Region. Der Mittlere Osten durchlebt seine dritte Reorganisierungsphase. Die erste fand nach dem Ersten Weltkrieg statt. Die zweite nach dem Zweiten Weltkrieg. In der dritten Phase sind mehrere Akteure beteiligt. In der gegenwärtigen Reorganisierungsphase versuchen sowohl Kräfte der kapitalistischen Modernität als auch die Kräfte der demokratischen Modernität, ihren Einfluss zu stärken. Wird diese dritte Reorganisierungsphase eine Restauration der kapitalistischen Modernität oder eine neue Revolution des Mittleren Ostens, gestützt auf die kurdische Revolution, sein?"

Es lohnt sich, über diese Bewertung nachzudenken. Das Beispiel Türkei zeigt, wie ernst dieser Kampf bereits zwischen AKP-Regierung und Kurden ausgefochten wird. ♦

Diejenigen, die sich der dunklen Seite der Vergangenheit nicht stellen, können auch keine ehrenhafte Zukunft aufbauen

Die Massengräber öffnen – das Schweigen brechen!

Pressekonferenz des IHD Diyarbakır zu den Ergebnissen seiner Untersuchungen, 11.02.2011

Werte Pressevertreter und Pressevertreterinnen,

Wir sind heute zusammengekommen, um die Öffentlichkeit über die Ergebnisse unserer Bemühungen bezüglich der Massengräber zu informieren, die in ihrer ganzen Grauenhaftigkeit in unser Leben getreten sind; dabei wollen wir die Öffentlichkeit auch über die beharrliche Weigerung der türkischen Eliten seit der Gründung der Republik Türkei bis zum heutigen Tage in Kenntnis setzen, die Kurdenfrage einer Lösung zuzuführen, und die Öffentlichkeit über die schrecklichen Folgen eben dieser vorsätzlichen Indifferenz aufklären.

Wie allseits bekannt, wurde das Kurdenproblem als tiefgreifendstes Problem unseres Landes permanent absichtlich unter den Teppich gekehrt bzw. man verfolgte eine Strategie der Gewalt, die das Problem gar nicht erst einer politischen Lösung zuführen wollte, sondern es durch Ableugnung oder aber auf der Sicherheitsschiene durch massive militärische Vernichtung zu lösen trachtete. Bei den im Lauf der Geschichte oftmals auftretenden Aufständen der Kurden hat man immer versucht, diese unter Anwendung extremer Gewalt unter Inkaufnahme der Abschlachtung tausender Menschen zu unterdrücken. Jedoch zeigt der Krieg, der nunmehr bereits dreißig Jahre andauert, dass dieser bis heute verfolgte Weg zu keiner Lösung geführt hat; die bisherige Strategie hat lediglich zum Entstehen Hunderter von Massengräbern geführt, ob nun in der Vergangenheit bei den Vorfällen im Tal *Zilan Deresi* oder aber gegenwärtig im Tal von *Newala Qasaba*.

Die Existenz von Massengräbern in der Region kam erstmals im Jahr 1989 an die Öffentlichkeit. Damals hatte der Journalist Günay Aslan eine flächendeckende Recherche in der gesamten Region durchgeführt und dabei festgestellt, dass es in *Newala Qasaba (= Kasaplar Deresi)* in der Provinz Siirt eine Vielzahl von Leichen geben müsse. Aslan war im Zuge seiner Recherchen auf die Namen von 73 Personen gestoßen, unter denen sich neben Mahsum Korkmaz (Pseudonym Agit), der zu den militärischen Führern der PKK gehört hatte und auf dem *Gabar-Berg* bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen war, viele weitere PKK-Kämpfer befanden, die ebenfalls bei bewaffneten Auseinandersetzungen umgekommen waren. Aslan hatte am 20. Juni 1989 über die Staatsanwaltschaft im Landkreis Özalp einen Antrag an die türkische Generalstaatsanwaltschaft in der Provinz Siirt gestellt und darin eine Untersuchung der Vorkommnisse gefordert, auf die er bei seinen Recherchen gestoßen war. In dem Dossier, das er seinem Antrag beifügte, befand sich auch die Liste der Namen der 73 Personen, deren Leichen in das Tal von *Newala Qasaba* geworfen worden waren. Behauptungen zufolge soll die Anzahl der Personen, deren sterbliche Überreste sich in diesen Massengräbern im gleichlautenden Tal *Kasaplar Deresi* befinden, allerdings noch weitaus höher als 73 sein.

Auf die Behauptung hin, dass Massengräber existierten, wurde damals auf Betreiben der Vertreter bestimmter politischer Parteien eine Grabung im Tal von *Kasaplar Deresi* durchgeführt; als Ergebnis dieser Grabung stieß man auf ein Grab, in dem sich die sterblichen Überreste von acht Personen befanden. Ekrem Bilek, der ehemalige Bürgermeister von Siirt, der einer der engsten Zeitzeugen der damaligen Ereignisse war, bestätigt in einer Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Dicle die damals dort durchgeführte Grabung. So ist er denn gestern auch zur Staatsanwaltschaft gegangen und hat eine Aussage über die Grabung gemacht, deren Zeuge er damals war.

Dass es auch Massengräber gibt, deren Entstehung in die Jahre nach 1989 datiert, war stets bekannt. Wegen der von gewaltsamen Auseinandersetzungen bestimmten politischen Atmosphäre in den 90er Jahren war es jedoch lediglich zur Entstehung von immer weiteren Massengräbern gekommen; diese Massengräber etwa öffnen zu lassen, stand jedoch nie zur Debatte; auch die Umstände, die zur Existenz dieser Massengräber geführt hatten, wurden politisch nie thematisiert.

Im Jahr 2000 wiederum sah sich die Türkei mit einem weiteren furchtbaren Fund konfrontiert, dem der Name „Häuser des Todes“ gegeben wurde. Verantwortlich für den entsetzlichen Anblick, der sich hierbei dem Betrachter bot, war die

Hizbullah-Organisation, die in der betreffenden Region unter der Bezeichnung *Hizbul-Kontra* bekannt ist und viele Jahre lang daran beteiligt war, Hunderte von Menschen zu verschleppen und anschließend zu ermorden. Im Rahmen einer Durchsuchungsoperation bezüglich dieser „Häuser des Todes", die die Hizbullah an zehn Stellen errichtet hatte, stieß man auf die Leichen von 54 mit sogenannten „Schweineknoten"[1] gefesselten Personen, die verschleppt und anschließend ermordet worden waren.

Letztlich drangen die Massengräber allerdings erst in den Jahren 2003, 2004, 2005 und in den Folgejahren massiv ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Im Jahr 2003 wurden in der Provinz Diyarbakır/Kreis Kulp im zum Dorf Bağcılar gehörigen Weiler Düzpelit Mezrası die Knochen von 8 Zivilisten, im Jahr 2004 wiederum in der Provinz Diyarbakır/Kreis Kulp im zum Dorf Alacaköy gehörigen Weiler Kepre Mezrası die Knochen von 11 Dorfbewohnern aus Massengräbern zutage gefördert; außerdem führten die als Folge der Bekenntnisse von Abdulkadir Aygan[2] in Silopi an bestimmten Stellen durchgeführten Grabungsarbeiten und die dabei gefundenen Gebeine von Zivilpersonen allseits vor Augen, was für einer furchtbaren Realität unsere Region gegenübersteht. Von diesem Zeitpunkt an setzte nunmehr ein stetiger Zufluss an Informationen über Dutzende von Massengräbern ein, sei es an unseren Verein, sei es an Presseorganisationen oder andere Medien.

Werte Pressevertreter und Pressevertreterinnen,

Als İHD [*Menschenrechtsverein*], Zweigstelle Diyarbakır, haben wir bis jetzt Hunderte von Anträgen in Zusammenhang mit Massengräbern erhalten und haben auf unser Betreiben hin erreicht, dass ein Teil dieser Massengräber geöffnet wurde. Diejenigen, deren sterbliche Überreste sich in diesen Massengräbern befanden, sind die Kinder der Mütter, deren Herz voller Gram ist und deren Augen voller Tränen sind, und der Väter, die noch nicht einmal ihren Schmerz voll ausleben konnten und deren Seele auch infolgedessen tief verwundet ist. Zu vergessen, dass auch diejenigen, deren Leichen irgendwo in den Bergen verscharrt bzw. kollektiv einfach auf einer Müllhalde des Militärs vergraben wurden, Bürger dieses Landes waren, würde bedeuten, alles erdenkliche Unrecht, das ihnen angetan worden ist, noch im Nachhinein zu billigen.

Angesichts dessen, dass nun mittlerweile in der Region Dutzende von Massengräbern aufgedeckt worden sind und bekannt ist, von wem alle diese Massaker verübt wurden, finden wir das Schweigen der Regierung zu diesen Vorfällen ebenso wie die diesbezügliche Indifferenz der Justiz umso beunruhigender. Will man nun, da eigentlich die Aufdeckung und öffentliche Aufarbeitung der Massengräber anstünde, seitens der dafür zuständigen, verantwortlichen und dienstlich befassten Personen und Institutionen etwa erreichen, dass die Körper in den Massengräbern einfach unter der Erde verrotten und sie so dem Vergessen anheimgeben? Man sollte sich jedoch darüber im Klaren sein, dass eine derartige Haltung nicht nur besagte Körper unter der Erde verrotten lässt, sondern zugleich auch das Recht, die Justiz, die Gerechtigkeit, das Gewissen, die Moral und letztlich die Menschlichkeit per se über der Erde verrotten ließe.

Die Türkei muss sich nunmehr der Existenz der in der Region existierenden Massengräber stellen, und die zuständigen Stellen müssen bezüglich der Öffnung dieser Massengräber unverzüglich aktiv werden. Dies ist allerdings nicht damit getan, dass man vereinzelt ein paar gutwillige Staatsanwälte mit dieser Angelegenheit betraut. Erforderlich wäre vielmehr der ernsthafte politische Wille, die Massengräber öffnen zu lassen und in diesem Zusammenhang alle zur Verfügung stehenden Daten sowohl von Seiten der militärisch Zuständigen als auch der zivilen Stellen der Öffentlichkeit und darüber hinaus auch der Staatsanwaltschaft zugänglich zu machen. Um die Menschen, deren sterbliche Überreste sich in den zu öffnenden Massengräbern befinden, verlässlich identifizieren zu können, müsste mit der Maßgabe einer Nutzung ausschließlich für diesen Zweck eine DNA-Datenbank eingerichtet werden; diese Daten müssten dann mit Gewebeproben, die den Angehörigen aller Vermissten zu entnehmen wären, in fundierter Form abgeglichen werden. Anders ist ein seriöses Ergebnis nicht zu erzielen.

Sie werden in dem Bericht über die Massengräber, den wir Ihnen heute zugänglich machen, bestürzende Daten und Ergebnisse finden. Wir sind der Überzeugung, dass allein schon die große Zahl der Massengräber, die bei der Erstellung dieses Berichtes auch bei uns Entsetzen hervorrief, für sich spricht. Nun ist die Zeit gekommen zu handeln! Nun ist die Zeit gekommen, den tiefen Schmerz der Hinterbliebenen, und sei es auch nur um ein Quäntchen, zu lindern! Nun ist es an der Zeit, diese Massengräber einer öffentlichen Aufarbeitung zuzuführen! Damit dies geschehen kann, rufen wir in allererster Linie die politisch und von Amts wegen Zuständigen und daneben alle dem Thema gegenüber sensiblen Kreise, die Intellektuellen, die Presseorganisationen und übrigen Medien und die Organisationen der Zivilgesellschaft dazu auf, sich der Realität der Massengräber zu stellen und ihre bisherige Haltung des Schweigens zu diesem Thema aufzugeben. ♦

MENSCHENRECHTSVEREIN Zweigstelle Diyarbakır
Diyarbakır Branch of HUMAN RIGHTS ASSOCIATION
Ali Emiri 1. Sok., Yılmaz 2004 Apt. Nr. 1/3,
Yenişehir/Diyarbakır
Tel.: 0.412.223 30 33, 229 58 66
Fax: 0.412.223 57 37
E-Mail: diyarbakir@ihd.org.tr

Fußnoten:
1 Anm. d. Übers.: Art der Fesselung, die durch unfreiwillige allmähliche Selbststrangulation des Gefesselten zu dessen Tod führt
2 ehemaliger Überläufer von der PKK, dann Informant und Mitarbeiter des JITEM-Nachrichtendienstes, machte später viele Fakten über seine Aktivitäten in Memoiren öffentlich

Der komplette 16-seitige Bericht der Pressekonferenz des IHD über angenommene und bereits gefundene Massengräber kann in unserer Internet-Version unter www.kurdistanreport.de eingesehen werden.

Spielt ihr keine Rolle bei diesen Massengräbern, für die ihr euch schämen solltet?

Eine Karte von Kurdistan ...

Mahmut Şakar, MAF-DAD e. V.

Während ich diesen Artikel schreibe, betrachte ich eine Landkarte. Es ist jedoch keine übliche Landkarte. Sie zeigt die Massengräber in Kurdistan. Die Zweigstelle Diyarbakır des IHD hat ausgehend nur von Zeugenaussagen und Presseinformationen die Existenz von 114 Massengräbern in 11 Provinzen festgestellt, in denen sich die sterblichen Überreste von 1469 Personen befinden. In den bisher geöffneten 26 Massengräbern fanden sich die Knochen von 171 Menschen. Die Weiten von Colemêrg (Hakkari) bis Dêrsim (Tunceli) sind voll von Massengräbern und Knochen von nicht identifizierten Personen. Die meisten von ihnen finden sich an Straßenrändern, auf Müllkippen, in Flussbetten und auf Friedhöfen für Menschen ohne Angehörige, auf denen die Gräber keinen Namen tragen, sondern nur Nummern.

Ein Massengrab nach dem anderen wird geöffnet. Sie werden geöffnet, doch sorgt das für Aufsehen? An vielen Orten in Kurdistan wird es mittlerweile schweigend und ohne Grauen hingenommen, dass bei den Grabungen auf Initiative von MenschenrechtlerInnen unzählige Knochen gefunden werden. Gerade so, als grabe man zehntausende Jahre alte Fossile aus und frage sich nun interessiert, welcher dunkle Abschnitt der menschlichen Geschichte nun wohl aufgeklärt werden wird.

Dabei ist die Geschichte dieser ausgegrabenen Knochen nicht älter als zehn bis zwanzig Jahre. Der Begriff »Massengrab« schafft eine kalte Distanz, doch die Erinnerungen an die Menschen, zu denen diese Knochen gehören, ist oftmals noch mehr als lebendig.

Bei jeder Öffnung eines Massengrabs stehen weinende Mütter, die ihre Kinder verloren haben, weinend und wartend, ob die Knochen ihren Kindern gehören. Die Gräber werden geöffnet, die Knochen zur Gerichtsmedizin geschickt und das Ergebnis der DNA-Untersuchung abgewartet. Vielleicht ist es ja doch ...? Ein merkwürdiges Gefühl. Wie sollen wir es nennen? Ein unerträglicher Schmerz, eine tiefe Ruhe, die dem Schmerz eine Richtung geben kann? Der Sohn oder die Tochter wird endlich ein richtiges Grab haben! An jedem Freitagabend kann sie dorthin gehen, beten, die Blumen gießen. Sie wird Geld sparen und einen Grabstein errichten, damit das Andenken nie mehr verloren gehen kann. Die Gräser, die aus der Erde wachsen, wird sie mit den Händen jäten, die einmal das Haar des Kindes gestreichelt haben. Vielleicht werden die Tränen aus ihren Augen endlich die geschlossenen Augen des Kindes erreichen. Das unruhige Warten wird ein Ende finden, die Folter, nicht zu wissen, auf welchem Berg sich die Knochen des Kindes befinden, wird ein Ende haben! Der Schmerz wird in das konkrete, eigenhändig angelegte Grab versenkt; sie wird ein Grab haben, um ihren Schmerz und ihre Liebe hineinzugießen. Aus diesem Grund richtet der IHD in seinem Bericht über die Massengräber den Aufruf an alle: »Es ist an der Zeit, die großen Schmerzen der Menschen zumindest ein wenig zu lindern.«

Mag auch jedes Massengrab als ein Gewirr von Knochen, Gesichtern und Namen erscheinen, formlos und unvorstellbar, so handelt es sich doch um diejenigen, die gestern noch bei uns waren, die Namen, Gefühle und Träume besaßen, Menschen, die wir geliebt haben! Mögen auch das Schweigen und die Ignoranz der staatlichen Politik die Menschen verrückt machen, selbst die halbherzigen Erklärungen, die sich die EntscheidungsträgerInnen oder die ausführenden Organe jetzt abringen, können mit ihrer abstrusen Logik nicht die Tausenden Erinnerungen und Gefühle vergessen machen, die zusammen mit den Knochen aus der Erde gehoben werden. Wer verstehen will, versteht.

Noch etwas anderes erzählen uns die »Massengräber«. Es geht um das Massaker an einem Volk. Es sind dies die Spuren der Morde des internationalen Banditen mit Namen »türkische Republik« an einem Volk, das seine Identität, seine Sprache und seine Geschichte verlangt. Und nun sagen die uniformierten Mörder, die dort Begrabenen seien nur GuerillakämpferInnen. Also keine ZivilistInnen. Wenn es Guerillas sind, gelten also keine Regeln, so die schlaue Logik. Lebend gefangen nehmen und ermorden, den Leichen Körperteile abschneiden, Augen ausstechen und Köpfe vom Körper abtrennen geht also in Ordnung. Chemische Waffen einsetzen, um alle auf einmal zu töten, geht ebenfalls in Ordnung. Es sind Guerillas, keine ZivilistInnen. Doch trotzdem wollen sie nicht, dass es bekannt wird. »Also, wir wissen schon Bescheid, aber nach außen ist das peinlich, es soll uns niemand Mörder, Völkermörder nennen.« Daher warfen sie alle zusammen, ohne Spuren zu hinterlassen, in mit der Schaufel ausgehobene Gräben, damit die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht bekannt werden.

Ohnehin wissen wir, dass sich auch die Knochen von ZivilistInnen darunter befinden. Mir fällt ein Fall wieder ein, den ich gut kenne. Als ich bei der Zweigstelle Diyarbakır des IHD

arbeitete, zeigten wir das Verschwinden von elf Dorfbewohnern erst bei den örtlichen Behörden an, später auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie waren am 9. Oktober 1993 in der Ortschaft Alaca im Kreis Pasûr (Kulp), Provinz Amed (Diyarbakır), von einer so genannten »Sonder-Operationseinheit« der Berg-Kommandobrigade Bolu, die besser »Sonder-Mordbande« hieße, in Gewahrsam genommen worden und tauchten nie wieder auf. Sie waren wie vom Erdboden verschluckt. Wir wandten uns an jede Behörde, klopften an jede Tür. Bis zehn Jahre später, völlig durch Zufall, ein Hirte 500, 600 Meter hinter dem Dorf aus einem Flussbett ragende Knochen- und Stoffteile findet. Wieder schalten sich MenschenrechtlerInnen ein, es werden DNA-Tests durchgeführt, nach zwei Jahren kommen die positiven Ergebnisse. In einem Graben, eben einem Massengrab, finden wir so ein Durcheinander von Knochen und Kleidungsstücken. Es sind Celil Aydoğdu, Mehmet Şah Atala, Nusrettin Yerlikaya, Turan Demir, Behçet Tutuş, Bahri Şimşek, Şerif Avar, Hasan Avar, M. Salih Akdeniz, Ümit Taş und Abdi Yamuk, deren Namen wir hunderte Male in der Fallakte, in Presseerklärungen geschrieben haben. Doch die Täter sind verschwunden, wie immer bekommen die Kurden ihr Recht auch diesmal nicht.

Massengrab – der Name für mit der Schaufel gegrabene Gräben. Jetzt graben sie schon wieder mit Schaufeln! Mit ihnen stoßen sie auf das, was für sie unnütze Knochen sind. Wen interessiert schon, ob sie beschädigt werden, ob Spuren verwischt werden, die Wahrheit weiter im Dunkeln bleibt, wen? So eilig und unvorsichtig, wie sie getötet und mit der Schaufel begraben wurden, wird jetzt nach Gerechtigkeit gesucht. Wenn die Familien nicht darauf bestünden, eine Handvoll JuristInnen und MenschenrechtlerInnen sich nicht einschaltete, passierte nichts. Dank an dieser Stelle dafür!

Die Massengräber lehren uns noch etwas anderes. Die Lektionen aus der Mordserie namens »Morde unbekannter Täter«, die Lektionen der Verschwundenen werden noch einmal klarer. Sie zeigen uns die Kontinuität zwischen denen, die brutal töten, in ein Massengrab werfen und so glauben, Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Menschheit und Geschichte verbergen zu können, und denen, die heute – also im 21. Jahrhundert –, anstatt sie im Namen von Gerechtigkeit, Aufarbeitung oder welchem ethischen Wert auch immer auszugraben, der Wahrheit nachzugehen und die Schmerzen zumindest ein wenig zu lindern, lieber das Thema schließen, ignorieren und tun, als sei nichts gewesen. So handelt der Staat, so IST der Staat! Regierungen, MinisterInnen, Soldaten oder BürokratInnen kommen und gehen im Laufe der Zeit. Einer tötet und verstreut die sterblichen Überreste in der Weite der Landschaft, eine/r ignoriert, der nächste führt eine halbherzige Grabung durch und bemüht sich zu verhindern, dass herauskommt, wem die Knochen gehören und wer Anteil an diesen Gräueln hatte. So funktioniert die Arbeitsteilung. Vielleicht besitzen sie verschiedene politische Überzeugungen, Stile, Glaubensrichtungen, doch alle sind sie Teile des modernen Ungeheuers, das wir »Staat« nennen. In diesem Mordgeflecht sind sie alle gleich: die laizistischen StaatslenkerInnen, die sich für so westlich und modern halten, wenn sie in schicker Kleidung und vornehmen Restaurants mit Rakı anstoßen, und die muslimischen Staatsmänner, die selbst im größten Chaos niemals die fünf Gebetszeiten versäumen, sich auf die Pilgerreise begeben und glauben, so von Sünden geläutert zu werden. Jede/r ist ein Rädchen in dem Getriebe, welches dieses KurdInnenmassaker antreibt. Alle sind sie schuldig, alle! Sie haben Angst, weil diese Schuld offenkundig werden könnte. Sie fürchten sich vor den Tatsachen, vor ihrem Mangel an Gewissen, vor ihrer eigenen schuldhaften Verstrickung und vor ihrer Feigheit.



Demonstration zu den Massengräbern in Mêrdîn Foto: DIHA

Heute wird eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage diskutiert. Unabhängig von politischen Programmen und Forderungslisten sollte zunächst der Boden von Kurdistan Ruhe finden. Die tausenden Verschwundenen sollten exhumiert werden und Grabsteine erhalten. Diese Republik muss sich ohne Ausflüchte ihrer eigenen schmutzigen und finsteren Vergangenheit stellen. Die ganze Tragödie muss ans Licht gebracht werden. Die leidenden Menschen müssen die ganze, nackte Wahrheit erfahren. Eine Entschuldigung ist fällig, und sei sie auch nur halbherzig. Vielleicht kann dann der Schrei, der dem leidenden Volk seit Jahrzehnten im Hals steckt, herauskommen, Schmerz und Wut sich entladen und der Glaube an Frieden wachsen. Dann, vielleicht, wird es möglich werden, über das Wie des Zusammenlebens in Ruhe zu sprechen. Der Friede wird aufhören, nur ein Traum zu sein.

Ein letztes Wort gilt den europäischen Staaten, genauer: dem europäischen System. Wenn sie von euch nicht ermutigt worden wäre, ohne eure politische, militärische und diplomatische Unterstützung hätte die Republik Türkei diese Massaker an den KurdInnen nicht derart bequem und sorglos verüben können. Da bin ich mir absolut sicher. Wäre es nicht an der Zeit, dass auch ihr einmal darüber nachdenkt? Wäre es nicht nötig, sich das einmal einzugestehen, sich dem zu stellen? Spielt ihr keine Rolle bei diesen Massengräbern, für die ihr euch schämen solltet? Schuldet ihr den KurdInnen keine Bitte um Entschuldigung? ♦

Betrachtungen über den KCK-Prozess

Weder Grausamkeit noch Mitleid, nur Gerechtigkeit!

Reyhan Yalçındağ, Menschenrechtlerin und Rechtsanwältin aus Amed (Diyarbakır), 08.04.2011

In der Geschichte sind alle unterdrückten Völker durch die Rechtsprechung zu Opfern der Grausamkeit und Ungerechtigkeit in ihren unterschiedlichen Ausführungen geworden. Auch die Kurden besitzen solch eine Vergangenheit, da sie sich im Kampf für ein würdevolles Leben im letzten Jahrhundert viele Male erhoben haben. Dabei mussten sie merkwürdigerweise infolge der staatlichen Rechtsprechung allzu oft erhebliche Opfer bringen.

„Ein Regime ist gefangen, wenn das Volk den Glauben an das Recht verloren hat.“ (Montesquieu)

Die Gerichte haben stets durch ihre Rechtsprechung den Galgen auf die zentralen Plätze und in die Köpfe des Volkes gerammt. Wenn die schmerzlichen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts, die als bürokratische Gerichtsbarkeit getarnt waren, keine Vernichtungspolitik waren, was dann?

Während die Rechtsprechung im letzten Jahrhundert Widersacher hinrichten ließ, versucht sie diese in der heutigen Zeit durch Haft zu brechen und zu isolieren, somit aus dem Weg zu räumen. Heute befinden sich mehr als 2 000 kurdische Politiker in Haft, da sie ihre grundlegendsten legitimen Menschenrechte in Anspruch nehmen wollten. Wir erinnern uns, dass vor zwei Jahren die festgenommenen Bürgermeister, Parlamentsabgeordneten, Frauenrechtlerinnen und Menschenrechtler de facto für die Mitgliedschaft in der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan) verurteilt wurden, obwohl sie noch keinem Richter vorgeführt und schuldig gesprochen worden waren. Dass die Festgenommenen im Vorfeld den Medien als Schuldige präsentiert wurden, hat System, da z. B. auch Jahre zuvor Şeyh Sait und seine Anhänger bereits zur Hinrichtung geführt wurden, obwohl noch kein Urteil gesprochen war.

Dieses wiederum könnte ein Indiz dafür sein, dass sich die Geschichte für die Kurden wiederholt …

Dies sind Schilderungen über die Hinrichtung des Şeyh Sait und seiner Anhänger:

Die Vorbereitungen für die Hinrichtung haben bereits vor Verkündung des Gerichtsurteils begonnen. Die Verantwortlichen haben mit dem Anschein, als wenn man nicht wüsste, wie viele hingerichtet werden sollen, zusätzliche Henker als Gäste der Garnisonen kommen lassen, genügend Seile und Balken für die Galgen eingekauft und diese deponiert. Bevor das Gericht am Sonntag, dem 28. Juli 1925 morgens überhaupt zusammenkam, um sein Urteil zu verkünden, hatte man in Amed (Diyarbakır) am Dağkapı-Platz die Geräusche von Hämmern, Sägen und Beilen klar wahrnehmen können. Die Standbalken des Galgens wurden exakt auf gleiche Höhe gesägt, so dass sie nach militärischem Verständnis regelkonform waren oder anders ausgedrückt: ästhetisch wirkten. Direkt den Galgen gegenüber wurde eine Tribüne für die aus Ankara ausgewählten Besucher und die in Amed (Diyarbakır) ansässigen Militärs, Bürokraten, ihre Ehefrauen und Kinder errichtet, so dass sie der *Hinrichtungszeremonie* in Harmonie beiwohnen konnten.

Bevor das Gericht sein Urteil sprechen konnte, waren die Galgen längst errichtet.

Die Staatsvertreter und ihre auserwählten Gäste saßen ihrem Rang und Amt entsprechend in einer Ordnung. Zeugen der letzten Momente des Şeyhs wurden auch Journalisten aus Frankreich, den USA, England und anderen Teilen der Welt. Die später in der französischen und englischen Presse veröffentlichten Artikel bezeugten, dass der Şeyh in seinen letzten Minuten eine übermenschliche Haltung zeigte. Dazu schrieb Lord Kinross unter anderem in seinem Bericht auch Folgendes: „Viele starben auf eine sehr furchtlose Art und Weise. Şeyh Said hat bis zum Ende den Holzstapel, auf dem er stand, nicht beschädigt. Als er auf den Bock stieg, sah er lächelnd zum Richter hinüber und sagte: ‚*Ich habe dich gern, doch am jüngsten Tag werden wir abrechnen.*‘ Anschließend machte er sich über den militärischen Befehlshaber lustig und forderte ihn auf, herüberzukommen und sich von seinem Feind zu verabschieden. Als ihm das Totenhemd übergezogen wurde, konnte man bei ihm keine Anzeichen von Angst beobachten.

So war es dann auch, dass sogar die türkischen Zeitungen, die für ihn nichts als Beleidigung, Schmähung und Geringschätzung übrig hatten, nichts über eine angebliche Todesangst oder Unsicherheit schrieben.

Man hat die Häftlinge, bevor man sie hängte, nach ihrem letzten Wunsch gefragt, ihnen diesen jedoch nicht erfüllt.

Als man den Fürst von Hani Mustafa nach seinem letzten Wunsch fragte, antwortete er: ‚*Hängt zuerst mich. Ich will meinen Sohn nicht am Strang sehen müssen.*‘ Jedoch wurde sein

Wunsch abgelehnt, so dass sein Sohn Mahmud vor ihm erhängt wurde. Der Fürst musste mit ansehen, wie sein Sohn zum Galgen hinüberging, den Strang um den Hals gelegt bekam, ihm der Hocker weggezogen wurde, er den letzten Schrei von sich gab und anschließend schaukelnd am Seil hing. Dann ging er schwermütig zum Galgen. Nun war der Anführer des Aufstands an der Reihe. Ihm wurde das Totenhemd übergezogen. Man konnte kein Straucheln beim Gehen entdecken. Er ging lebendig und flott zum Galgen, verbat anderen, ihm zu helfen, und stieg auf den Stuhl. Als ihm der Strick um den Hals gezogen wurde, sah er hinüber zur eigens errichteten Ehrentribüne. Danach rief er seine letzten Worte aus und lächelte ein letztes Mal: *‚Ich bin am Ende meines irdischen Lebens. Ich empfinde keinerlei Reue dafür, dass ich mich für mein Volk geopfert habe. Es reicht aus, wenn unsere Enkel uns vor dem Feind nicht blamieren …* “

Ähnliche Situationen haben die Kurden im letzten Jahrhundert 29 Male durchlebt …

Die Phasen der Sondergerichtsbarkeit haben nie aufgehört. Man wollte immer wieder den Widerstand oppositioneller Kräfte und der Kurden durch Sondergerichte, Gesetze und Verordnungen eindämmen, brechen und eliminieren. So war es dann auch, dass im Zuge des Putsches vom 12. September 1980 das Alter von Angeklagten per Gerichtsbeschluss heraufgesetzt wurde, so dass sie hingerichtet werden konnten.

In der Vergangenheit schwebte durch die Militärgerichte und Staatssicherheitsgerichte das Damoklesschwert über den Köpfen eines ganzen Volkes und heute geschieht dies auf Grundlage der sogenannten Gerichte mit Sonderrechten.

Die AKP hat in ihrer nun neun Jahre währenden Herrschaft durch Begriffe wie „Demokratisierung“, „Öffnung“, „EU-Beitrittsprozess“ und ähnliche auf politischem Terrain eine beängstigende Liquidation gestartet. Zu diesem Zweck haben die gegenwärtigen Gesetze im Gegensatz zu früher einen noch negativeren Charakter erhalten. Tausende Kinder und Jugendliche haben Folter und Vergewaltigung erlebt und ihre besten Jahre hinter kalten Gefängniswänden verbringen müssen. Während die Mörder ihrer Altersgenossen Uğur, Mizgin, Ceylan und anderer befördert werden und sich frei und unter dem Schutz der Sicherheitskräfte bewegen können, müssen diese Kinder und Jugendlichen, die mit ihren kleinen Händen das Victory-Zeichen geformt und dabei Parolen gerufen haben, einen sehr hohen Preis dafür zahlen. Laut Erhebungen von Menschenrechtlern haben in den Jahren 1989–2010 nachweislich insgesamt 428 kurdische Kinder oder Jugendliche ihr Leben aufgrund einer Polizeikugel oder einer Mine verloren.

Gegen die Verantwortlichen dieser Tötungen wurde bis heute in diesen 428 Fällen kein einziges Verfahren eröffnet, geschweige denn eine Verurteilung ausgesprochen … Wer sitzt heute in den Gefängnissen?

Es werden tausende kurdische Politiker, Bürgermeister, Frauenrechtlerinnen und Menschenrechtler physisch gefangen gehalten, nur weil sie ihre demokratischen Rechte nutzen wollten. Da es ihnen im Verlauf des Prozesses nicht erlaubt ist, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen, reden seit genau zwei Jahren alle über sie, nur sie konnten noch nichts sagen. Wir erfahren das Verbot, die eigene Muttersprache zu benutzen, als eine extreme Einschränkung der Verteidigung vor Gericht, so dass dies einer Ablehnung gleichkommt. Ich möchte hier eine kleine Anekdote aus dem KCK-Verfahren in Amed (Diyarbakır) mit Ihnen teilen: Der Richter fragte alle Angeklagten, ob sie sich verteidigen wollten, und verwies darauf, dass der Antrag auf kurdische Übersetzer abgelehnt worden sei. Daraufhin formulierten alle als Antwort einige Sätze auf Kurdisch. Natürlich wurden die Mikrofone umgehend ausgeschaltet und so die Angeklagten zum Schweigen gebracht. Einer aus der Gruppe der Angeklagten antwortete dem Richter: „Zimanê me rûmeta me ye. Em bi tenê edalet dixwazin! Ne zilm ne merhamet, bi tenê edalet!“ (Unsere Spra-



Demonstration in Amed mit einem Transparent festgenommener PolitikerInnen: „Unsere Sprache ist unsere Ehre“ Foto: DIHA

che ist unsere Ehre. Wir wollen nichts als Gerechtigkeit. Weder Grausamkeit noch Mitleid, nur Gerechtigkeit!)

Und warum sind diese Menschen inhaftiert? Die Anklageschriften, die tausende Seiten umfassen und ins Guiness-Buch der Rekorde gehören, umfassen folgende Straftatbestände:

- die Befürwortung einer Geschlechterquote von vierzig Prozent (In einem Land, in dem der Ministerpräsident behauptet, man sei wie eine Frau, wenn man eine Frauen-/Geschlechterquote einfordere, kann man dafür verhaftet werden!)
- die Organisation von Konferenzen gegen Prostitution und Gewalt gegen Frauen (Wir sollten uns daran erinnern, dass sechs Politiker und Vorstände zivilgesellschaftlicher Organisationen im Zuge des KCK-Verfahrens in Riha (Urfa) unter dem Verdacht der Beihilfe zur Prostitution verhaftet wurden, weil sie einem jungen Mädchen geholfen haben, das zur Prostitution gezwungen worden war. Sie befinden sich immer noch im E-Typ-Gefängnis von Riha (Urfa).)
- die Bildung von Arbeitsgruppen zur Abwehr von Gewalt gegen Frauen
- das Engagement zur Erhaltung von Hêskîf (Hasankeyf) und gegen andere Staudammprojekte
- die Verteidigung einer geschlechtlich gleichberechtigten und ökologischen Gemeindearbeit
- die Teilnahme an Sozialforen
- wiederholte Reisen ins Ausland aus verschiedenen Gründen
- die Teilnahme an den Newrozfeierlichkeiten
- die Teilnahme an Kundgebungen zum 8. März, dem Weltfrauentag
- das Schreiben von Postkarten an die Kinder und Jugendlichen, die Opfer der sogenannten Anti-Terror-Gesetze sind
- das Engagement für die Suche nach und die Öffnung von Massengräbern
- die Veröffentlichung von Berichten zu Menschenrechtsverletzungen …

Ich wollte lediglich auf die Mentalität hinweisen, die hier zum Ausdruck kommt. Es ist jedoch möglich, die Liste auf viele Seiten auszuweiten. Die Gerichte fordern für einen Teil der mehr als 2 000 Gefangenen wegen der genannten Gründe, für demokratisches Engagement, das Feiern von Veranstaltungen oder die Ausübung von Grundrechten eine strafverschärfende lebenslange Haft.

„Zimanê me rûmeta me ye. Em bi tenê edalet dixwazin! Ne zilm ne merhamet, bi tenê edalet!" (Unsere Sprache ist unsere Ehre. Wir wollen nichts als Gerechtigkeit. Weder Grausamkeit noch Mitleid, nur Gerechtigkeit!)

Seitdem die AKP-Regierung an die Macht gekommen ist, hat sie die Gesetze dahingehend verändert, dass demokratisches Engagement kriminalisiert wird, so dass die Gerichte mittlerweile eine willkürliche Verhaftungspraxis aufweisen. Wir können sagen, dass jeder oppositionelle Mensch heutzutage ein potenzieller Gefangener ist. Die Menschen haben das Gefühl, dass sie sogar in ihren eigenen vier Wänden beobachtet werden, so dass sich niemand sicher fühlt.

Gegen diese Grausamkeiten, die durch die Gerichtsbarkeit umgesetzt werden, findet ein breiter Widerstand statt: Wir wollen nur Gerechtigkeit!

„Zimanê me rûmeta me ye. Em bi tenê edalet dixwazin! Ne zilm ne merhamet, bi tenê edalet!" (Unsere Sprache ist unsere Ehre. Wir wollen nichts als Gerechtigkeit. Weder Grausamkeit noch Mitleid, nur Gerechtigkeit!)

Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass zu spät erfahrenes Recht keine Gerechtigkeit darstellt … ♦



Seit dem 18. März wurden in vielen Städten Zelte für eine demokratische Lösung wie hier in Îdir aufgebaut. Sie sind Treffpunkt für Diskussion und Ausgangspunkt für Demonstrationen und Kundgebungen. Foto: DIHA

Die BDP auf dem Weg zu den Wahlen in der Türkei

WahlbeobachterInnen und WählerInnen als Sicherheitsgarantie

Hatice Çoban, stellv. Co-Vorsitzende der BDP/Partei für Frieden und Demokratie

Zuerst wollen wir darstellen, in welcher Atmosphäre wir uns bei den Parlamentswahlen in der Türkei befinden:

Wir gehen auf eine Wahl zu, die mit einer 10%-Hürde und einer anti-demokratischen Verfassung in einem Land stattfinden soll, wo die Toleranz für Minderheiten minimal ist, wo intellektuelle SchriftstellerInnen und JournalistInnen wegen ihrer Ansichten verhaftet werden, wo Massaker an Frauen gefährliche Ausmaße annehmen, wo fast 6 000 Kinder/Jugendliche im Rahmen des „Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors“ (TMK) verurteilt wurden und bereits mehr als 2 000 von ihnen inhaftiert sind, wo BDP-Regional- und KommunalvertreterInnen verhaftet werden und deren Anzahl bedrohlich steigt, wo diese kurdischen PolitikerInnen seit zwei Jahren daran gehindert werden, ihre Verteidigung auf Kurdisch vorzutragen; wo die Möglichkeiten für einen Dialog und Austausch nicht mehr gegeben sind, wo die kurdische Frage immer noch ihre Schärfe hat, aber der türkische Staat diese aus seiner Agenda fernzuhalten versucht.

Wir sind zwar eine der Parteien im Parlament, jedoch die einzige Partei, die kein Budget für die Wahlen erhält. Unsere Partei, die BDP, bereitet sich unter diesen Umständen mit ihren unabhängigen KanditatInnen auf die Wahlen vor. Wir sind in allen 43 Bezirken organisiert. Im Rahmen der Möglichkeiten innerhalb der oben genannten Verhältnisse wird es aus jedem Bezirk, in dem wir organisiert sind, eine/n von der BDP unterstützte/n Kandidatin/Kandidaten geben.

Unsere Wahlvorbereitungen laufen in drei Phasen ab. In den Provinzen, Bezirken und Gemeinden haben wir Kommissionen gegründet, die die Wahlkampagne aktiv betreiben. Wir haben zudem einen funktionierenden Ablauf zwischen lokalen und zentralen Organen. Die KanditatInnen können ihre Anmeldung in den Provinz-Organisationen einreichen.

Die Kandidaturen werden gleichermaßen nach den Anträgen an die Zentralkommission und den Vorschlägen der Basis entschieden.

Das wichtigste technische Detail bezieht sich vermutlich auf die Sicherheit der Wahlurnen am 12. Juni. Weil wir nicht als Partei an den Wahlen teilnehmen werden, dürfen wir keine UrnenwächterInnen aufstellen. Das ist ein großer Nachteil. Unsere wichtigste Sicherheitsgarantie stellen die WahlbeobachterInnen und unsere WählerInnen dar. Jede/r WählerIn sollte wissen, dass er/sie das Recht hat, auf ihre/seinen Wahlzettel zu achten und ihre/seine Wahlurne zu beobachten. Hierfür haben wir als Partei ein Programm entwickelt, mit dem die Urnensicherheit in ländlichen Gebieten gewährleistet ist, ein demokratisches Umfeld entsteht und die BürgerInnen ihre Stimmen frei abgeben können. Aus dem Ausland werden



Die BDP ist überall vertreten wie hier auf der 8.-März-Demonstration in Erzirom Foto: DIHA

Delegationen und VertreterInnen vieler politischer Parteien eingeladen, um als BeobachterInnen zu agieren. Wir haben diesbezüglich auch Anträge bei der EU und beim Europarat eingereicht. Nach veränderter Gesetzeslage ist es seit diesem Jahr nun auch erlaubt, dass bewaffnete Sicherheitskräfte sich in den Wahllokalen aufhalten. Wir glauben, dass dies als Druckmittel gegenüber den WählerInnen benutzt werden kann. Natürlich möchten wir, dass das Land, in dem wir leben, demokratisch, freiheitlich und respektvoll bezüglich der Menschenrechte wird und die Kriterien der EU erreicht. Und wir alle wissen auch, dass die Wahlen hierfür einen Lackmustest darstellen.

Unsere Partei BDP steht für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage, eine grundlegende Frage unseres Landes. Aufgrund dessen legen wir Wert darauf, dass alle politischen Ansichten ihren Widerhall im türkischen Parlament finden. Es gibt immer noch ein Volk, das seine Sprache nicht sprechen darf. Wir beobachten die Ereignisse, die sich in unseren Bereichen abspielen. Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass hierfür Empathie notwendig ist. Die Identität und die Sprache des kurdischen Volkes mit seinen 40 Millionen Menschen werden immer noch nicht anerkannt. Während unsere Partei sich mit allen Fragen des Landes beschäftigt, hat die kurdische Frage, als dringendstes Problem des Landes, Vorrang. Die Lösung der kurdischen Frage ist deshalb auch eine Gewissensfrage. Selbstverständlich werden für die Lösung dieser Frage auch ideologische Ansätze diskutiert, allerdings hat das Recht auf die Nutzung der eigenen Muttersprache höhere Priorität.

Die Existenz des kurdischen Volkes ist eine kulturelle Realität; es sollte nicht hingenommen werden, dass dies aufgrund nationaler und ökonomischer Interessen ignoriert wird. Wir glauben, dass die kurdische Frage mit einer neuen demokratischen Verfassung zu einer Lösung gelangen kann. Die anstehenden Wahlen haben auch deshalb eine große Bedeutung. Eine demokratische Verfassung wird auch zur Lösung anderer sozialer und gesellschaftlicher Fragen beitragen.

Vor diesem Hintergrund erachten wir die Wahlen in diesem Jahr als besonders wichtig. Durch die Erfahrungen, die wir als DTP im Parlament gesammelt hatten, werden wir als BDP noch effektiver arbeiten. Wir haben im türkischen Parlament einige Tabuthemen aufgebrochen, mit Nachdruck zur Debatte gestellt und mit der Öffentlichkeit diskutiert. Diese prinzipientreue Haltung unserer Gruppe wird auch zum Vorbild für unsere künftige Arbeit werden. ♦

Aufruf zur Wahlbeobachterdelegation 2011

Am 12. Juni 2011 finden in der Türkei Parlamentswahlen statt. In der Vergangenheit waren die Wahlen in der Türkei stets überschattet von Repressalien gegen WählerInnen und KandidatInnen der kurdischen Parteien. Hunderte kurdische PolitikerInnen, unter ihnen auch gewählte BürgermeisterInnen, sind in Haft; täglich kommen neue hinzu. Verschwundene Stimmzettel und Wahlurnen sowie Militär- und Polizeipräsenz vor und in den Wahllokalen sind weitere Beispiele für undemokratische Wahlen, ebenso die 10%-Hürde, welche eine adäquate Repräsentanz der kurdischen Bevölkerung im Parlament verhindern soll. Um dennoch eine parlamentarische Partizipation zu erreichen, haben sich zahlreiche demokratische Parteien zusammengeschlossen und nehmen mit unabhängigen Kandidaten an den Wahlen teil.

Nach den Übergriffen türkischer Sicherheitskräfte auf die TeilnehmerInnen der Newrozveranstaltungen, an denen sich allein in Nord-Kurdistan Millionen Menschen beteiligten, ist auch für die kommenden Wahlen keine Wendung ins Positive zu erwarten.

Faire und freie Wahlen sind jedoch essentieller Bestandteil der Sicherung von Menschenrechten und Demokratie. Daher rufen wir Sie dazu auf, sich an den Wahlbeobachterdelegationen zu beteiligen.

Schwerpunktgebiet der Delegationen aus Deutschland wird die Region Serhat mit den Städten Wan (Van), Agirî (Ağrı), Îdir (Iğdır), Qers (Kars), Çewlîk (Bingöl), Mûş (Muş), Erzirom (Erzurum) und Bedlîs (Bitlis) sein. Um die örtlichen Gegebenheiten kennen zu lernen und sich ein Bild über das politische Barometer machen zu können, sollte die Anreise am 09.06.2011 erfolgen. Eine Abreise ist ab dem 14.06.2011 empfehlenswert, um die Ergebnisse der Wahl sowie daraus resultierende Konsequenzen, darunter auch Repressalien nach den Wahlen als Reaktion des Staates auf die Erfolge der kurdischen KandidatInnen, mitverfolgen zu können.

Für faire und freie Wahlen und damit für Menschenrechte und Demokratie hoffen wir auf Ihre Unterstützung!

Für Kontakt und Informationen wenden Sie sich bitte an das Vorbereitungskomitee
Mail: k.delegationen@googlemail.com
Tel: 01625433256

YEK-KOM - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
CENI - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.
KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Gesellschaftliche Verfassungsdebatten in der Türkei

Die Verfassung aller gestalten!

Baki Gül

Die Türkei wird heute immer noch mit der Verfassung regiert, die 1982, nach dem Militärputsch von 1980, verfasst wurde. Das Militär als Vormund in der Verfassung von 1982 ignorierte die Identitäten der Volksgruppen, die außer den Türken in der Türkei leben – wie Kurden, Aramäer, Armenier, Griechen, Lasen und andere –, den religiösen Minderheiten der Aleviten, Yeziden und Christen wurden keinerlei Rechte zugestanden. Bei den Grundfreiheiten und Menschenrechten musste man mit der Begründung des „Fortbestandes des türkischen Staates und der Untrennbarkeit der nationalen Einheit" jegliche Einschränkung der Freiheiten und Rechte erfahren. Auch wenn unter jeder neuen Regierung ein paar der Artikel der Verfassung im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens geändert wurden, konnte aus dieser Verfassung keine freiheitliche Verfassung gestaltet werden. Das rührt daher, dass sie nach der herrschenden Turk-Ideologie aufgebaut wurde.

Zuletzt wurde durch die regierende Partei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) versucht, die Verfassung des Militärputsches mit dem Referendum vom 12. September 2010 einer Reform zu unterziehen, allerdings erreichten diese Änderungen nicht die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung erhofften und gewünschten Ergebnisse. Im Gegenteil wurden die Reformen von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, von Kurden, Aleviten und Arbeitgeberverbänden mit dem Argument kritisiert, dass die Änderung einiger grundlegender Gesetze, die die Justiz und wichtige Rechtsgrundlagen betreffen, so gestaltet worden sei, dass sie die Macht der regierenden AKP stützen und stärken soll.

In letzter Zeit werden wieder Grundsatzdebatten darüber geführt, dass eine neue Verfassung von Nöten sei und dass dies ein Grundbedürfnis darstelle. Die regierende AKP beteiligt sich eher ungern an diesen Debatten. Denn für ihr Fortbestehen bietet die jetzige Verfassung geeignete Mittel und Wege. Doch die Tatsache, dass sich die AKP von diesen Diskussionen fernhält und der Staat sich in einen Polizeistaat verwandelt, der die Freiheiten der Menschen einschränkt und damit den Unwillen der Mehrheit der Bevölkerung erntet, wird die Diskussionen über eine neue Verfassung nicht verhindern können.

Im Rahmen der Bewegung für eine demokratische Verfassung haben viele Intellektuelle unter der Devise „Wir treffen uns, um die Verfassung aller zu gestalten!" ihren Willen kundgetan. Die Initiative dieser Bewegung hat sowohl in der Türkei als auch in Kurdistan viele Treffen und Arbeitskreise organisiert. Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) führt seit Monaten Diskussionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem in Amed (Diyarbakır) und anderen Städten. Die Debatten über die neue Verfassung werden auch von Aleviten und Frauenorganisationen, Menschrechtsorganisationen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften geführt. Die Diskutanten machen Vorschläge und reichen Vorlagen ein.

In diesen Diskussionen wird auf die Notwendigkeit einer Verfassung hingewiesen, die die Verschiedenheiten anerkennt und Gleichberechtigung und Freiheitlichkeit garantiert.

Was aber wollen die gesellschaftlichen Kreise, die diese Verfassungsdebatten führen, konkret?

Die Aleviten:

Die alevitischen Organisationen betonen, eine neue Verfassung sei die Vorbedingung für eine gleichberechtigte, multikulturelle Gesellschaft, und listen ihre Forderungen auf:

In der neuen Verfassung sollte die Vielfalt der Gesellschaft der Türkei beachtet werden.

Die Herangehensweise an die neue Verfassung sollte multikulturell sein, sie sollte mehrere Identitäten und Glaubensrichtungen umfassen und Mehrsprachigkeit beinhalten.

Die alevitische Identität sollte offiziell anerkannt werden.

Die Cem-Häuser [*alevitische Gemeindetreffpunkte*] sollten den Status von Gebetshäusern erhalten.

Der Zwangsreligionsunterricht sollte abgeschafft werden.

Das Ministerium für Religionsangelegenheiten, das den politischen Islam und die Rückständigkeit fördert, sollte abgeschafft werden.

Die Politik der Errichtung von Moscheen in alevitischen Dörfern sollte sofort beendet werden.

Die beleidigenden Bezeichnungen für Aleviten sollten aus Lehrbüchern entfernt werden.

Es sollten vor allem für die Medien praktikable Gesetze gegen Diskriminierung geschaffen werden.

Der Hacı Bektaş Dergah[1] sollte aus dem Museumsstatus herausgenommen werden.

---

(1) Hacı Bektaş Dergah: ein 1964 in ein Museum umgewandeltes Zentrum des Hacı-Bektaş-Sufi-Ordens in Nevşehir (Aleviten wie Anhänger des Bektaschi-Derwisch-Ordens berufen sich auf den muslimischen Mystiker Hadschi Bektasch Wali aus dem 13. Jh.)

Leitung und Aufsicht über die heiligen Stätten der Aleviten sollten diesen selbst überlassen werden.

Die Rechte der religiösen Minderheiten sollten anerkannt werden.

Die Barrieren für die Religionsausübung der Yeziden, Assyrer und Aramäer sollten abgeschafft werden.

Was für eine Verfassung wollen die Arbeitergewerkschaften?

Eine Verfassung ohne unveränderbare oder sogar von Änderungsanträgen ausgenommene Artikel.

Eine Verfassung, die die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und ihr Recht auf Streik anerkennt, Privatisierung und Subunternehmertum verbietet und den Arbeitnehmerschutz gewährleistet.

Eine Verfassung, die die kulturelle Gleichschaltung ablehnt, die das Recht auf muttersprachlichen Unterricht aller Völker und Minderheiten, vor allem das der Kurden anerkennt.

Die Abschaffung der Terrorbekämpfungsgesetze (TMY), die Abschaffung der mit speziellen Befugnissen ausgestatteten Strafgerichtshöfe, die Verteidigung der Freilassung der revolutionär-demokratisch-sozialistischen Gefangenen.

Kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung, Recht auf gesunde und menschliche Wohnungen, Stadtrecht, Umwelt- und Naturschutzrecht und ähnliche kollektive Rechte, die den sozialen Kampf fördern.

Die Schaffung eines gerechten Wahlsystems, wo jeder nach seiner Stärke gleich und frei wählen und gewählt werden kann; die Abschaffung jeglicher Wahlhürden.

Was für eine Verfassung wollen die Frauen?

Eine Verfassung, in deren Mittelpunkt nicht der Staat, sondern der Mensch steht; Menschen- und Frauenrechte; eine Verfassung, die auf laizistischer Grundlage demokratisch ist und in der die Rechtsstaatlichkeit Vorrang hat.

Eine Verfassung, die Diskriminierung wegen Sprache, Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, politischer Überzeugung, Religion, Konfession, philosophischer Weltanschauung, Familienstand, Alter und Behinderung verbietet; eine Verfassung, nach der alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind.

Eine Verfassung, die nicht nur die Europäische Menschenrechtscharta, sondern auch die Europäische Sozialcharta, die Konvention der Vereinten Nationen gegen jegliche Diskriminierung der Frau (CEDAW) und die zugehörigen Ergänzungsvorschläge sowie andere entsprechende von der Türkei ratifizierte Konventionen bei ihrer Gestaltung als Referenz bekommt.

Eine Verfassung, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen politischen und öffentlichen Ämtern (Große Nationalversammlung der Türkei, lokale Parlamente, Kommissionen, Fraktionsleitungen, Ministerkomitee) und in Entscheidungsgremien mit Vornahme spezieller Regelungen als unumgängliche Verwirklichungsbedingung der Demokratie und Gerechtigkeit angesehen wird.

Eine Verfassung, die den Staat besonders dazu verpflichtet, allen Frauen, die Hausfrauen eingeschlossen, eine Teilhabe an Entscheidungen über Gesundheit und soziale Sicherung zu garantieren; die den Staat weiter dazu verpflichtet, Frauen über Schwangerenrechte und die Geburtsvorsorge zu informieren und kostenlose Dienstleistungen zu gewähren.

Eine Verfassung, in der der Staat verpflichtet wird, der familieninternen Gewalt vorzubeugen, Ehrenmorde zu verhindern, eine familieninterne Demokratie und gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen Eheleuten zu fördern.

Eine Verfassung, die den politischen Parteien die Richtlinien der Demokratie, Transparenz und eine gleichberechtigte Verteilung der Vertretungen für beide Geschlechter in allen Entscheidungsorganen vorgibt und die verhindert, dass Parteien geschlossen werden, solange sie an keinen gewalttätigen Aktionen teilnehmen.

Was für eine Verfassung wollen die Kurden?

Die Kurden, die in der neuen Verfassung das Lösungsprojekt der Demokratischen Autonomie verwirklicht sehen wollen, fordern das Recht auf muttersprachlichen Unterricht, die kollektive Anerkennung der Rechte der Kurden als Volk im Rahmen des Projektes der Demokratischen Autonomie.

Einen neuen Staatsaufbau.

Den Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat.

Die Streichung des Nationalen Sicherheitsrates aus der Verfassung.

Die Schließung von Institutionen wie der Speziellen Kriegsbehörde oder JITEM.

Die Veränderung des jetzigen Nationalen Nachrichtendienstes (MIT).

Eine freiheitliche Neugestaltung der Gesetze bezüglich politischer Parteien, Vereine und Gewerkschaften, des aktiven und passiven Wahlrechtes, des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes, des Presse- und Veröffentlichungsrechtes.

Der Militärdienst muss neugestaltet und auf Verteidigung ausgerichtet werden.

Die Militärdienstzeit sollte auf sechs Monate begrenzt und in absehbarer Zeit völlig abgeschafft werden.

Die Verfolgung und geheimdienstliche Erfassung von Staatsbürgern sollte ein Ende finden.

Zur Aufarbeitung, Recherche und Aufklärung von ungeklärten Morden sollte der Staat in Zusammenarbeit mit NGOs und entsprechenden Institutionen eine Kommission bilden.

Der Staat sollte in einen Sozialstaat umgewandelt werden.

Die Verfassungsvorlage von TÜSIAD

Auch der Verband der türkischen Industriellen und Geschäftsleute (TÜSIAD) hat erklärt, dass die jetzige Verfassung gänzlich verändert werden müsse. Ferner hat er sich nicht nur mit dieser Aussage begnügt, sondern auch eine Vorlage angefertigt, wie eine neue Verfassung auszusehen habe, und sie durch seine Vorsitzende Ümit Boyner und die Verfassungsrechtler Prof. Ergun Özbudun und Prof. Turgut Tarhanlı der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der TÜSIAD macht in seinem Entwurf den Vorschlag, die momentan in der Verfassung verankerte Staatsbürger-Definition, dass jeder türkische Staatsangehörige Türke sei, dahinge-

hend zu verändern, dass sie ohne eine ethnische Würdigung einen verfassungsrechtlichen Charakter aufweisen müsse.

In dem Entwurf, der eine kurze Inhaltsangabe der Arbeit darstellt, wird angemerkt, dass daran in 11 Treffen insgesamt 22 Akademiker wortführend mitgewirkt hätten.

Die TÜSIAD-Vorlage enthält unter anderem folgende Stichpunkte:

Die Finanzierung der Tätigkeiten politischer Parteien muss in der Verfassung auf jeden Fall angesprochen, das Nähere in einem Gesetz geregelt werden.

Der Staat muss politische Parteien in angemessener Weise finanziell unterstützen. Die vorhandenen Kontrollmechanismen über die Finanzen politischer Parteien sollten verstärkt werden.

In der neuen Verfassung sollte das parlamentarische System verinnerlicht werden. Der Staatspräsident hat heute weitreichende Befugnisse, die in ein parlamentarisches System nicht hineinpassen; diese Befugnisse sollten beschränkt werden.

Das parlamentarische System sollte pluralisiert und weiterentwickelt werden; in der neuen Verfassung sollten Mechanismen geschaffen werden, die die heute vorhandenen Sperren und Probleme überwinden können.

Die Demokratie sollte auf kommunaler Basis verstärkt werden. Diese Herangehensweise wird auf der einen Seite die Effektivität und Produktivität in kommunalen Gemeinden steigern und auf der anderen Seite zur Lösung der kurdischen Frage, die den Südosten beherrscht, beitragen.

Der letzte Satz des Artikels 24 in der Verfassung von 1982, der das Verbot der Ausnutzung der Religions- und Gewissensfreiheit regelt, sollte in der neuen Verfassung keinen Platz finden, weil er dazu geeignet ist, jede Art sozialer Ausformung religiösen Glaubens zu verbieten. Stattdessen kann auf Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtscharta, der die Grenzen der Religionsfreiheit definiert, zurückgegriffen werden.

In amtlichen Ausweisen sollte keine Religionsangabe aufgeführt sein.

In der neuen Verfassung sollte der verpflichtende Religions- und Sittenunterricht in Grund- und Mittelschulen keinen Platz mehr finden.

Die neue Verfassung sollte keine Begriffe wie „türkische Nation“ oder auf Nationalismus gerichtete Äußerungen oder ethnisch motivierte Assoziationen enthalten, da der Begriff der Nation keine juristische Qualität aufweist.

Zur Einleitung von Schritten im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts und der Muttersprache in der Lehre sollten eine gesellschaftliche und pädagogische Infrastruktur geschaffen und notwendige Maßnahmen getroffen werden.

Um die Probleme einer gerechten Repräsentanz, die auch eine enorme Identitätsebene aufweist, aus der Welt zu schaffen, muss die 10%-Hürde bei den Wahlen gesenkt werden.

Ein Übergang in ein Präsidialsystem erfordert den entsprechenden Umbau der Legislative und der Exekutive.

Der Nationale Sicherheitsrat sollte seinen Status als eine Verfassungsinstitution verlieren; er sollte neu aufgebaut werden, in seiner Zusammensetzung neu gestaltet und in seinen Kompetenzen klar definiert sein.

In Anerkennung der Tatsache, dass die Durchsetzung der Maxime, die militärische Autorität habe ihre Tätigkeiten nur auf Weisung von gewählten Organen durchzuführen, nicht lediglich durch Strukturveränderungen erreicht werden kann, ist es im Rahmen der Zivilisierung ein notwendiger Schritt, dass der Generalstab in die Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums delegiert wird.

Die Verteidigungsausgaben sollten vom Rechnungshof in einer effektiven Art und Weise überprüft werden.

Hohe Befehlsränge sollten anhand von Kandidaten, die von den Türkischen Streitkräften (der Armee) vorgeschlagen wurden, von einer zivilen Autorität ernannt werden.

Im Rahmen der Anpassung der Funktion des Staatspräsidenten an das parlamentarische System sollte der Staatskontrollausschuss abgeschafft werden. ♦



Die vier Hauptforderungen, die momentan für eine demokratische Lösung gestellt weden: „Ende der militärischen und politischen Operationen, Erziehung in Muttersprache, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Absenkung der 10%-Hürde für das Parlament“ Foto: DIHA

Massendemonstrationen in Südkurdistan und politische Machtkämpfe

Die Korruption ist unübersehbar

Savaş Andok, Journalist

Die Volksaufstände im Mittleren Osten, in Tunesien, Ägypten, Jemen und anderen Ländern, die sich gegen diktatorische Regime und Ungerechtigkeit richten, haben auch ihre Auswirkungen im Irak und in Südkurdistan. Auch wenn die Volksaufstände in Südkurdistan in genau dieser Phase begonnen haben, wird deutlich, dass sie dennoch Konsequenz dieser Ereignisse sind. Zwei Ursachen für die Aufstände in Südkurdistan sind auszumachen.

Erstens sind sie als Reaktion der Bevölkerung auf die seit Langem bestehenden Machtverhältnisse sowohl in Silêmanî (Suleimaniye) als auch in Hewler (Erbil) und Duhok zu sehen, wo PDK bzw. YNK (dt.: Demokratische Partei Kurdistans, KDP, und Patriotische Union Kurdistans, PUK) die Macht haben. Diese zwei Kräfte, die seit etwa zwanzig Jahren die Macht in der Region in Händen halten, haben nach dem Zusammenbruch des Iraks die von ihnen beherrschten Regionen jeweils zur Hälfte untereinander aufgeteilt. Entsprechend ihrer Übereinkunft verteilten sie das Land unter ihrem Einfluss nach Gutdünken unter sich. In dieser Phase, in der die Bevölkerung weder über Einfluss noch über Macht verfügte, entstand deshalb Unruhe in ihren Reihen und sie zeigte zunächst versteckte Reaktionen. Kürzlich gestand sogar der Präsident der Autonomen Region, Massoud Barzani, ein, dass dort die extreme Korruption für jeden sichtbar, in der Öffentlichkeit praktiziert werde. Im Süden zeigt sich an jeder Stelle der Drang, sich einer der Parteien anzuschließen. Ohne einen Parteiausweis ist es ziemlich schwer, irgendein Amt erfolgreich zu besuchen. Um irgendwo zu arbeiten, Arbeit zu finden, einen Laden zu eröffnen oder Beamter oder Student zu werden, oder ein leeres Grundstück zu kaufen oder zu verkaufen, ist der Parteiausweis ein entscheidendes Kriterium. Deswegen haben insbesondere in Silêmanî (Suleimaniye) die Demonstrationen angefangen und die Bevölkerung beginnt langsam, ihre Unzufriedenheit mit dieser Situation kundzutun.

Der zweite Grund ist das Informationszeitalter und die mit ihm zusammenhängende Verfügbarkeit von Wissen und Information aus Internet, Fernsehen und anderen Medien. Die Informationen erreichen schnell jeden gesellschaftlichen Bereich und führen in der Konsequenz zur Informiertheit und Aufklärung an der Basis. Gesellschaftlich hat diese Veränderung mit sich gebracht, dass die Bevölkerung anerkennt, dass sie sich selbst verwalten kann und ihren eigenen politischen Willen hat. Das Volk will endlich die Lücke zwischen Basis und Eliten schließen. Die Parteien in Südkurdistan sind aber für diesen Wandel nicht bereit. Wie oft sie auch von Reformen sprechen, in der Praxis sind ihre Bemühungen darum sehr begrenzt. Die Parteien, welche die Macht unter sich aufteilen, beschuldigen vor allem die Nachbarländer, die Aufstände anzustacheln, und behaupten, Informationen darüber zu besitzen. Dies illustriert das Unverständnis für diese Demonstranten. Die extremen Reaktionen und die manchmal angewandte Gewalt gegen die Aufstände hängen damit zusammen.

Dass die Bevölkerung trotz dieser Argumente ihre Demonstrationen kontinuierlich fortsetzt, führte im kurdischen Regionalparlament und in den Regionalministerien zur Gründung einiger Reformkommissionen. Es hat jedoch weiteren Zorn hervorgerufen, dass selbst zwei Monate, nachdem diese Kommissionen Schritte für Reformen vorstellten, nichts in die Praxis umgesetzt worden ist. Die Bevölkerung hat laut zur Sprache gebracht, dass sie sich von der Regionalregierung nicht mit ein paar Brocken abspeisen lassen werde. Die Reaktionen wie auch die Forderungen der Aktivisten sind vollkommen gerechtfertigt und unterstützenswert. Dass der Wunsch hinter diesen Aktionen nach mehr Demokratie und Freiheit dem internationalen Status des kurdischen Gebietes dienen wird, wird allseits anerkannt. Das Volk schwächt damit Kurdistan nicht, ich denke im Gegenteil, es wird dadurch gestärkt werden.

Sollte sich die Goran-Bewegung mit der YNK verständigen?

Es heißt, hinter den Aufständen in Südkurdistan stünde die Goran-Bewegung. PDK und YNK beschuldigen sie in gleicher Weise. Also, wo steht Goran („Wandel“) in diesen Aufständen?

Seit dem Auftauchen der Goran-Bewegung gibt es Zweifel an ihr. Könnte dies ein Spiel der YNK sein? Könnte es eine von der YNK geschaffene Bewegung sein, um die ihr selbst entgegenprallenden Reaktionen zu kanalisieren und das Abrutschen zu anderen Bewegungen zu verhindern? Man muss diese Sorge ernst nehmen, denn solche verdeckten Praktiken wurden schon häufiger von den in Südkurdistan herrschenden Parteien angewandt. So hat Goran nach der Trennung von Talabanis YNK mit dem Budget, das sie von diesem erhielt, Firmen, Fernsehsender und Zeitungen gegründet. Diese Situation spiegelt sich auch in der Presse wider. Ich behaupte nicht, dass diese Bewegung von der YNK gegründet wurde. Doch es kamen viele aus der YNK-Basis, die mit dem System unzufrieden sind und ernsthaft etwas ändern wollen, zu Goran. Deren Argumente „Schluss mit Korruption, Ungerechtigkeit, antidemokratischer Praxis – mehr Freiheit“ haben auch Wirkung auf die PDK, und Goran wird hier auch als Bedrohung wahrgenommen.

Die PDK hat mit der strategischen Partnerschaft das Ende der YNK vorbereitet

Wieder haben PDK und YNK eine strategische Partnerschaft zur Aufteilung ihrer Pfründe beschlossen. Nachdem das irakische Regime gestürzt war, vertraute die YNK auf ihr eigenes kleinbürgerliches Klientel und stellte Überlegungen an, sich nicht auf Kurdistan zu beschränken, sondern sich auf einem breiteren Gebiet zu organisieren, so dass sie als Notwendigkeit aus der strategischen Partnerschaft der PDK [*Süd*-]Kurdistan überließ und sich dem Irak zuwandte. Dieses Einverständnis machte Massoud Barzani (PDK) zum Präsidenten des Föderalen Kurdistan und brachte Celal Talabani (YNK) mit den Stimmen der Kurden in das Amt des Staatspräsidenten des Iraks. Die YNK bezog aber in ihre Planungen die ethnische und religiöse Struktur des Iraks nicht ausreichend ein, so dass auch zu Hause die Rechnung nicht aufging. Während die YNK mit dem Irak beschäftigt war, stärkte sich die PDK in Kurdistan und schwächte die YNK. Aufgrund dieser Lage wird zur Sprache gebracht, dass die YNK das Sorani-Gebiet der PDK in einen Militärstützpunkt verwandelt habe, was von der Bevölkerung auch so gesehen wird und große Unzufriedenheit hervorruft über die Situation, in sie die YNK gebracht hat. Dies führte auch in der YNK zu heftigen inneren Problemen; später trennte sich sogar [*das ehemalige hochrangige Mitglied*] Noşirwan Mustafa von der YNK und rief eine Bewegung namens Goran ins Leben. Diese Gelegenheit wurde richtig bewertet und mit dem Beginn einer Volksbewegung Feuer an die Lunte gelegt. Wie stark auch die Goran-Bewegung die Flamme entzündet hat, breite Teile der Bevölkerung beteiligen sich an den Protesten. Vielleicht wollte Goran damit die strategische Partnerschaft zwischen PDK und YNK stören. Angesichts der Fakten wird man in dieser Meinung bestärkt. Inwiefern die Informationen zutreffen, wissen wir nicht. Aber die PDK hat auf ihrer offiziellen Partei-Website die Erklärung eines Parteiverantwortlichen aus der PDK-Nachrichtenagentur „Peyamner" veröffentlicht, die besagt, dass bei vorgezogenen Neuwahlen PDK und YNK auf unterschiedlichen Listen kandidieren könnten. Diese Situation könnte den Weg für verschiedene Veränderungen in der Machtstruktur Südkurdistans eröffnen. Einigen Quellen zufolge soll Barzani bei einem Treffen mit Talabani von diesem gefordert haben, dass die Aktionen in Silêmanî (Suleimaniye) sofort zu beenden seien. Sollten sie andauern, dann werde er sich mit der Goran-Bewegung treffen und wenn nötig Wege für eine Allianz suchen. Ob diese Möglichkeit existiert oder nicht, wissen wir nicht. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Goran und PDK treffen, gering; falls eine solche Situation entstehen sollte, würde deutlich werden, dass zwischen Goran und YNK kein Unterschied besteht, und auch Goran würde heftigen Gegenwind bekommen.

Könnte der Iran dahinter stecken?

Der Iran hat über die Schiiten erheblichen Einfluss im Irak gewonnen. Die einzige Kraft, die im Irak oppositionell zum Iran steht, sind die sunnitischen Araber. Das Problem mit dem Iran hat die PDK wegen ihren Beziehungen zu den sunnitischen arabischen Staaten, der Türkei, den USA und Israel. Der Iran ist aufgrund dessen unzufrieden. Wenn wir uns recht erinnern, hat Massoud Barzani, als die Republik Irak aufgebaut wurde, mehrfach geäußert, Iyad Allawi sei besser für die Kurden. Erneut ist es Thema, mit Allawi die Regierung zu stellen. In dieser Situation bombardierte der Iran die Grenzen zum Süden – eine ernsthafte Warnung an die PDK. Das verpflichtete die PDK, mit der Schiitischen Allianz zusammenzugehen. Dies machte Barzani, stützte sich jedoch weiter auf sein internes Beziehungsgeflecht. Wenn man die Situation aufmerksam verfolgt, dann wurde Barzani genau zu diesem Zeitpunkt nach Italien eingeladen und von dem für dortige NATO-Aufgaben zuständigen Senator Sergio De Gregorio für den „Friedenspreis der NATO" vorgeschlagen. Als er den Preis überreichte, erklärte De Gregorio: „Die Politik im irakischen kurdischen Gebiet und die demokratischen Strukturen geben ein Beispiel für den Irak und für den Mittleren Osten, hier zeigen verschiedene Gruppen eine große Toleranz gegenüber unterschiedlichem Denken oder Religionen … Barzani öffnete die Arme für die Christen in der Region und gab ihnen sogar die Möglichkeit zum Asyl, außerdem berichten Kurden, Araber, Turkmenen, Assyrer, Chaldäer, Armenier, sowohl Christen als auch Muslime und Yeziden, dass sie ohne Diskriminierung in Toleranz im Nordirak leben."

Dies als Botschaft zu verstehen, dass die NATO Barzanis Führung unterstützt und bestätigt, ist sicherlich nicht falsch. Im Namen der NATO, in einem Land wie Italien, Barzani einen Preis zu verleihen, während die PDK auf ihrer offiziellen Website den Iran beschuldigt, für die Aufstände verantwortlich zu sein und die Frage nach Kerkûk mit neuem Nachdruck aufs Tapet zu bringen, dürfte sicher kein Zufall sein. Die USA und Israel lassen mit diesem Fall den Iran ins Leere laufen, so dass er keinen Einfluss im Irak bekommt. Im Gegensatz zum iranischen Einfluss im Irak – durch Schiiten, Goran, YNK, Komala Islami (Islamische Vereinigung) und Yekgirtu Islam (Islamisches Bündnis) – wollen die USA und Israel über sunnitische Araber und PDK ihr Gewicht weiter stärken. Diese Situation wird die Spannungen zwischen der PDK und dem Iran verschärfen. Die Erlaubnis, mit dem Iran eine ernsthafte strategische Allianz einzugehen (bei der Gründung der PDK war der Iran Teil von deren Beziehungsnetzwerk), wird allerdings nicht erteilt. Auch wenn man sich von Zeit zu Zeit näher kommt, so ist es doch keine langfristige, sondern mehr eine vorübergehende Annäherung. Wie die Beziehungen zum Iran werden, lässt darauf schließen, wie die Beziehungen der PDK mit den USA und Israel aussehen. Deshalb weiß man nicht, wohin die Volksaufstände führen werden. Auch wenn die Massen zurzeit sagen: „Wir gehören zu keiner Partei. Wir sind die Stimmen der Straßen (Aufstände).", werden sie direkt von Goran und somit auch von YNK, Yekgirtu Islam und Komala Islami beeinflusst, weil sie keine richtige Führung haben. Diese Organisationen werden die Massen dorthin lenken, wo sie sie haben wollen. Infolgedessen kann das Ergebnis dieser Volkaufstände noch nicht abgesehen werden. ♦

Die Menschen wollen ihre Grundrechte und ihre Freiheit ...

Frühling der Völker im Nahen Osten

Ferda Çetin, Journalist und Rechtsanwalt, 25.03.2011

Die im Nahen Osten und in Nordafrika andauernden Ereignisse sind als eine Ohrfeige für die „Vertreter Gottes auf Erden" zu deuten. Diesen Widerstand kann man als eine Bankrotterklärung des staatszentrierten Herrschaftssystems bezeichnen. Vor allem auch darum, weil das nordafrikanische Staatsmodell keine afrikanische Herkunft hat. Die sich auf eine ethnische Gruppe berufenden 23 Staaten im Nahen Osten sind nicht die Folge der Bedürfnisse und des freien Willens der Menschen. Ganz im Gegenteil sind sie die Folge einer mit dem Lineal gezogenen Aufteilung durch die USA, England, Frankreich, Italien, Holland und Belgien. Aus diesem Grund hat Großbritannien die „imperialistische Monarchie" in diesen Staaten noch mehr gefördert als in Großbritannien selbst.[1] Obwohl die gestürzten Regime einen Namen, eine eigene Administration und ihre Besonderheit hatten, waren sie dennoch treue und kooperative Monarchien des Westens.

Wenn es richtig ist, dass der Staat, wie Proudhon sagte, etwas Fatales ist, dann stellt sich die Aufgabe für jedes freie Individuum sowie für die politisch-moralische Gesellschaft, diese Fatalitäten ausschließlich in Bibliotheken und Museen zu bewahren. Die seit Jahren in Kurdistan stattfindenden Volkssaufstände, die sich heute über den Nahen Osten verbreitet haben, sind gewiss als eine Erfüllung dieser Mission zu deuten. Damit der Staat in Museen, Bibliotheken und Archiven eingeschlossen werden kann, ist es eine Pflicht für alle Bürger, auf die Straße zu gehen, um ihre Stimme zu erheben.

Das Ziel des Systems war es, den Willen des Volkes durch das Monopol der Parlamente, Regierungen, professionalisierten Politiker, Akademiker sowie Gesellschaftsingenieure und Kolumnisten zu ersetzen. Damit der Wille der Menschen wieder durch die Gesellschaft artikuliert werden kann, muss diese in politischen Prozessen aktiv mitbestimmen. Darum wäre es ein großer Irrtum, die Volksaufstände als einen spontanen Reflex zu bezeichnen. Tatsächlich handelt es sich um einen verspäteten legitimen Anspruch. Die Menschen wollen ihre Grundrechte und ihre Freiheit, die ihnen durch den Übergang von der natürlichen Gesellschaft zu Herrschafts- und Staatssystemen geraubt wurden, wiederhaben.[2]

Der seit mittlerweile zweihundert Jahren im Nahen Osten eingerichtete Nationalismus und der Nationalstaat haben, entgegen den Behauptungen, die nationalen Fragen nicht lösen können. Ganz im Gegenteil wurden die Probleme dadurch größer und der gesellschaftliche Zusammenhalt wurde aufgelöst.

Die Gesellschaft konnte die aktuelle Situation nicht mehr länger ertragen, in der eine Teilhabe der Menschen am politischen Geschehen verhindert, die gesellschaftliche Ethik durch das Staatsrecht und die Interessensartikulation durch die Staatsgewalt ersetzt wurden. All diese Ereignisse können als globaler Widerstand einer politisch-moralischen Gesellschaft gegen ein an Individualismus, Egoismus, Materialismus und Konsum orientiertes System gesehen werden. Die Gesellschaft will ihre geraubten politischen Rechte zurückhaben und sie anhand ihrer Interessen einsetzen.

Die sich immer mehr ausbreitenden Aufstände sind als Widerstand gegen den auch als „Globalisierung" bezeichneten Imperialismus und als Niederlage der Feinde der Gesellschaft und der Gesellschaftlichkeit zu bewerten. Margaret Thatcher sagte vor Jahren: „Es gibt keine Gesellschaft." Denn für sie gab es nur Männer und Familien.[3]

Die Botschaft, die uns alle Volksaufstände vermittelt haben, lautet, dass diese globale Arroganz eine verdiente Antwort bekommt. Auch das Selbstverständnis, dass es keine alternativen Herrschaftssysteme zum Kapitalismus und zur liberalen Demokratie gibt und dass die imperialistischen Partner USA und EU, entgegen den Interessen der Gesellschaft, besetzen, ausbeuten und ausplündern können, ist zunichtegemacht worden.

Verloren haben weder Husni Mubarak noch Zeynel Abidin Bin Ali, denn beide waren vierzig Jahre lang die treuesten Verbündeten der EU. Die Aufstände sind vielmehr als eine Bankrotterklärung für die Politik der USA und Europas zu werten. Bis zum Tag ihrer Niederlage wurden diese Diktaturen vom Westen als gemäßigtes und laizistisches Islam-Modell gegen den sich entwickelnden radikalen Islam unterstützt. Weil diese Diktatoren für die USA, Großbitannien, Frankreich sowie Deutschland und Italien gute Kunden waren, wurden der gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Staatsterror, die Repressalien und Morde von jeher gutgeheißen. Der Großteil der Bevölkerung lebte unter der Armutsgrenze und unterdessen kauften die Diktatoren von der Hälfte des Staatsbudgets Kriegsflugzeuge, Panzer, Granaten und andere Waffen; sie waren „gute Kunden". Durch den Widerstand im Nahen Osten sind den Waffenhändlern treue Kunden abhandengekommen.

Aktuell versuchen USA und EU, der Öffentlichkeit ein anderes Bild vorzugaukeln und die Geschehnisse der letzten vierzig Jahre umzudeuten. Sie handeln, als wären sie nicht die Unterstützer dieser Diktaturen gewesen, und als sie sahen, dass sie ihre Herrschaft nicht mehr auf diese stützen können, fingen sie an, über „Reformen", Demokratie und Mitspracherecht der Bevölkerung zu reden. Sie unterschätzen wohl das Erinnerungsvermögen des Volkes und wollen ihr sittenwidriges Verhalten vertuschen. Wo wart ihr denn in den letzten vierzig Jahren, fragt man sich.

Die Angriffe der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der anderen Staaten sind nicht als eine Befreiungsinitiative für die Menschen in Libyen zu verstehen. Vielmehr ist dieser Einsatz vor dem Hintergrund der Knappheit der Erdölressourcen zu sehen und muss als der letzte imperialistische Feldzug verstanden werden. Das ist auch der Grund, warum Frankreich vor den USA versucht hat, Libyen zu besetzen: um nach der Aufteilung Libyens ein größeres Stück vom Kuchen abzubekommen.

Die Tatsache, dass sich Deutschland im UN-Sicherheitsrat in der Diskussion um die Besetzung Libyens der Stimme enthalten hat, ist weniger vom Respekt für die nationalstaatliche Souveränität oder der moralischen Verpflichtung den Menschen gegenüber motiviert, sondern von dem Umstand, dass 19 % des libyschen Ölexports nach Deutschland verkauft werden.

Das sich mit dem Begriff der „Globalisierung" tarnende imperialistische System versucht, seine Krise und Ausweglosigkeit wie eh und je durch Tyrannei und Besetzung zu überwinden.

Weil in der jetzigen Zeit die durch die Globalisierung unterstützten großen Unternehmen immer mehr Umgestaltungen auch gegen die Interessen der Menschen in den ärmeren Ländern durchsetzen wollen, brauchen sie, um möglichen Aufständen vorzubeugen, regionale, nach Möglichkeit autoritäre Regierungen, die in einer internationalen Konföderation koordiniert werden.[4]

In dieser Phase ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, vor allem auch die Position der Vereinten Nationen genauer unter die Lupe zu nehmen, die ja nur ein Sprachrohr der USA sind. Die UN, die jahrzehntelang den Verbrechen der genannten Diktatoren am Volk zugesehen und dagegen weder einen nennenswerten Beschluss gefasst noch eine Resolution verabschiedet haben, fungieren gegenwärtig als Beobachter der imperialistischen Besatzungs- und Invasionspläne.

Bakunin spricht von drei Entwicklungsphasen des Menschen: Tiersein, Denken und Aufstand … Cemil Meriç [*türk. Intellektueller, 1916–87*] ergänzt: „Eine widerstandslose Gesellschaft ist wie eine namenlose Herde, die gemeinsam grast und wiederkäut … Architekten der Geschichte sind jene, die Widerstand gegen das Schicksal, die Zeit und die Menschen leisten."[5]

Die Geschehnisse in Kurdistan und im Nahen Osten sollte man vor diesem Hintergrund betrachten. Die Menschen kämpfen für ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre Freiheit gegen lokale Diktatoren und Imperialisten, die die Individuen und die Gesellschaft ihrer Willenskraft berauben und sie zum Spielball ihrer politisch-wirtschaftlichen Machtinteressen machen wollen. „Der Frühling der Völker im Nahen Osten" hat begonnen. ♦

Quellen:
(1) Eric Hobsbawm, Terence Ranger: Geleneğin İcadı, Agora Kitaplığı 2006, S. 246
(2) Abdullah Öcalan: Ortadoğu'da Uygarlık Krizi, A. Ö. Sosyal Bil. Ak. Yayınları 2010, S. 295
(3) Zygmunt Bauman: Siyaset Arayışı, Metis 2000, S. 39
(4) Arundhati Roy: Çekirgeleri Dinlemek, Agora Kitaplığı 2009, S. 78
(5) Cemil Meriç: Bu Ülke, İletişim Yayınları 2004, S. 214



Demonstration in Silêmanî/Südkurdistan Foto: DIHA

Nach JİTEM, Spezialeinheiten und Dorfschützern nun Berufssoldaten

Besser Kriege führen können…

Hüseyin Aykol

Nach einem Gesetz, das am 10. März 2011 vom Parlament beschlossen und am 21. März von Staatspräsident Abdullah Gül bestätigt worden ist, können türkische Staatsbürger, die mindestens die Grundschule und ihren Militärdienst als Soldat abgeschlossen haben, deren Entlassung weniger als drei Jahre zurückliegt und die nicht das 26. Lebensjahr erreicht haben, Berufssoldaten werden.

Wer sich als Berufssoldat bewirbt, erhält einen Vorvertrag und in diesem Rahmen eine militärische Ausbildung. Ist diese Ausbildung erfolgreich beendet, wird ein Vertrag über mindestens drei Jahre, höchstens vier Jahre abgeschlossen. Danach kann der Vertrag bis zum Alter von 29 Jahren jeweils um ein bis drei Jahre verlängert werden.

Im Falle der Verhängung des Kriegsrechts, von Mobilmachung, Krieg oder Notwendigkeiten im Rahmen des Krieges gegen die PKK können die Vertragsfristen unabhängig von Wunsch und Altersgrenze auf Anordnung des Kommandos der Streitkräfte, des Generalkommandos der Jandarma oder der Marine im Falle der Bestätigung durch den Generalstab verlängert werden.

Die Berufssoldaten und die Bewerber werden als Soldaten betrachtet. Die Berufssoldaten werden ihre Aufgaben im Rahmen des Gesetzes der Türkischen Streitkräfte über innere Pflichten ausüben. Der Rang des Soldaten wird demnach nach zwei Jahren erreicht, und dieser kann dann, wenn die Arbeit im Team es zulässt, zum Zugführer und nach weiteren zwei Jahren zum Offizier ernannt werden.

Die Berufssoldaten müssen drei Monate vor Ablauf ihres Zeitvertrages dessen Erneuerung beantragen, sonst läuft er automatisch aus. Sie können ihren Vertrag vor Ablauf der Vertragszeit nicht einseitig beenden. Dennoch kann er einvernehmlich beendet werden, wenn für die Entscheidung als passend angesehene Gründe vorliegen.

Diejenigen Rekruten, die während ihrer militärischen Ausbildung erfolglos oder undiszipliniert sind, die ihrer Ausbildung oder ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, bei denen im Nachhinein oder während der Ausbildung klar wird, dass sie die Anforderungen eines Soldaten nicht erfüllen können, oder die an einem Drittel der Ausbildung, aus welchen Gründen auch immer, nicht teilnehmen, können noch vor dem Ende der Laufzeit ihres Vorvertrages gekündigt werden. Somit hängt das Schicksal eines Berufssoldaten buchstäblich an den Lippen des Kommandanten und der Soldat wird bereit sein alles zu tun, was dieser von ihm verlangt.

Woher kommt dieses Gesetz?

Als Premierminister Tayyip Erdoğan im Juli des Jahres 2010 die Vorsitzenden der politischen Parteien besuchte, um sie über den Kampf gegen die PKK zu informieren, wurde dieses Projekt bekannt. Er äußerte seine Vorstellungen von einem Berufsheer folgendermaßen:

In den Grenzgebieten sollen nur Berufssoldaten eingesetzt werden. Diese sollen in den Bergen leben und fünf bis zehn Jahre dort eingesetzt werden. Später erhalten sie eine Arbeit im öffentlichen Bereich. Das Modell, das Erdoğan auf die Tagesordnung brachte, ähnelt demjenigen, das der Vorsitzende der nationalistischen Partei für Recht und Gleichheit (HEPAR), der Generalmajor im Ruhestand Osman Pamukoğlu, vorgeschlagen hat: ein nichtreguläres Spezialheer von in allen Kriegstechniken geschulten 20 000 Mann zu errichten.

Die Soldaten dieses Spezialheeres sollen bis zum 29. Lebensjahr arbeiten und gegen die PKK mit deren „eigenen“ Methoden kämpfen. Sie werden dann mit Aufgaben in öffentlichen Einrichtungen betraut, soweit gewünscht können sie auch in der Region, in der sie sich befinden, für Bürotätigkeiten eingesetzt werden. Sie werden von ihren vorherigen Erfahrungen profitieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie ebenfalls ihre Waffen weiter tragen können.

Die Mitglieder des Spezialheeres werden nach den Bedingungen der Region ausgebildet. Die meisten der bis jetzt gefallenen Soldaten hatten eine dreimonatige Ausbildung und wurden dann in die Gebiete gebracht, in denen sie Dienst taten. Die Berufssoldaten sollen mit den Techniken der PKK kämpfen und über die notwendige Ausrüstung verfügen.

Einerseits steht hinter der Idee der Berufssoldaten, dass die auch in Zeiten der Aktionslosigkeit oder eines Waffenstillstands auf die Jagd nach Guerillas Geschickten im Töten von Menschen erfahrener sein sollen, andererseits soll der Empörung der Öffentlichkeit angesichts gefallener Wehrdienstleis-

tender und der damit einhergehenden Forderung nach einem Ende des Krieges Einhalt geboten werden.

Denn danach können die Mächtigen, deren Söhne den Kriegsdienst nicht oder nur 21 Tage lang ableisten, den armen Familien der im Kampf gegen die Guerilla gefallenen Soldaten sagen: „Sie sind bewusst dorthin gegangen, wollten es so und wussten, dass am Ende der Tod steht." Darüber hinaus erhält die Familie eine Entschädigung.

In der Türkei, in der eines der zentralen Probleme die hohe Arbeitslosigkeit ist, haben sich schon etliche als Berufssoldaten beworben. Dieses Spezialheer wird sich zu einem Teil aus Unfreiwilligen zusammensetzen, die nur eine Arbeit suchen, aber der Großteil wird aus kurdenfeindlichen Rechtsextremen bestehen. Deshalb wird der Krieg des türkischen Militärs gegen die PKK mit Sicherheit dadurch noch schmutziger werden.

Das Berufsheer, das hier errichtet wird, kann nicht mit den existierenden Berufsheeren im Westen verglichen werden. Will man unbedingt Ähnlichkeiten finden, kann man es vielleicht mit der Fremdenlegion, den englischen Gurkhas oder mit US-amerikanischen Söldnerfirmen wie BLACKWATER vergleichen. Die Fälle, oder die Praxis, wofür diese erwähnten Truppen kritisiert worden sind, werden so auch in der Türkei vorkommen können.

Die Reaktionen

Der Aufbau von Einheiten von Berufssoldaten im Namen der Errichtung eines Spezialheeres richtet sich nicht nur gegen Vertreter des kurdischen Volkes, sondern auch gegen andere Bereiche. So sagen die Kriegsdienstverweigerer dazu: „Während Spezialkräfte, JITEM, Spezialeinheiten und Dorfschützer Thema sind, wird sich jetzt ein Beispiel an Söldnergruppen anderer Länder genommen und ein ‚Spezialheer' aufgestellt. Wir wissen alle, dass die Militäroperationen in den Gebieten, in denen das kurdische Volk lebt, keine Lösung herbeiführen konnten. Das Spezialheer ist eine gemeinsame Idee von AKP, CHP, MHP und allen militaristisch denkenden Kreisen.

Es wird erklärt, dass die Stärke des Spezialheeres 150 000 Soldaten erreichen kann. Nach dem Bedarf des türkischen Militärs werden diese Berufssoldaten vor allem in Bataillonen in Colemêrg (Hakkari), Sêrt (Siirt), Dêrsim (Tunceli), Gewer (Yüksekova), Şirnex (Şırnak-Çakırsöğüt) Dienst tun. Der schmutzige Krieg wird in einer noch intensiveren Weise fortdauern; die Gewinne aus dem Krieg werden in die Kassen des ‚dunklen' Kapitals fließen, die ‚Leichen der Märtyrer' werden ausgebeutet, damit noch mehr Kinder armer Familien ihr Leben lassen.

Wir sehen dabei, dass sich die Regierung so nicht auf einen Frieden, sondern auf einen Krieg vorbereitet. Um Frieden zu machen, errichtet man nicht Dutzende neuer Armeestützpunkte, kein Spezialheer, man erlässt keine Gesetze, welche die Militärausgaben vor der Öffentlichkeit verbergen."

Was sagt die NATO?

Die Türkei, die nach dem II. Weltkrieg der NATO beigetreten war, unterstellte ihre Armee, um die Vorteile voll nutzen zu können, vollständig den Bedürfnissen der NATO. Es war eine Armee, die den Bedürfnissen der NATO im Hinblick auf eine Bedrohung durch die Sowjetunion entsprach, und so wurde sie von den Mächtigen in der Türkei bevorzugt. Dass sie nicht unabhängig agiert, wurde beim Angriff auf Zypern 1974 deutlich. Die NATO warnte die Türkei: „Mit unserem Gerät könnt ihr nichts machen, wogegen wir sind." Daraufhin baute die Türkei für einen Krieg gegen Griechenland die 4. Armee, bekannter unter dem Namen Ägäis-Armee, auf.

Sie vergrößerte ihre Armee so weit wie möglich, da sie ihren Bedarf durch die NATO kostenlos gedeckt sah, die NATO übernahm die Armee im Kampf gegen die Sowjetunion. Da diese Bedrohung nicht mehr existiert, braucht die Türkei eigentlich keine so große Armee mehr. Außerdem drängt die NATO darauf, dass ihre Mitgliedsstaaten, insbesondere die neuen, über Armeen verfügen, die dem neuen technologischen Standard entsprechen. Sie empfiehlt kleinere Armeen mit entwickelten Waffen. Inwieweit die Verkleinerung des türkischen Militärs, welches ja zu „Friedenseinsätzen" von Afghanistan bis in den Libanon „eingeladen" wird, im Interesse der NATO liegt, ist nicht so klar, aber es besteht die Notwendigkeit, an die Türkei noch modernere und damit natürlich auch teurere Waffensysteme zu verkaufen.

Nachdem wir jetzt den Druck von außen zur Verkleinerung der türkischen Armee skizziert haben, hält der innere Widerstand dagegen stark an. Wer protestiert, abgesehen von den Generälen, die arbeitslos werden würden, gegen die Verkleinerung? Die Armee ist in der Türkei eine der wichtigsten Institutionen zur Formung der Menschen. Diese werden zunächst in der Schule, dann in der Kaserne nach einer einförmigen Mentalität geprägt. Die Auffassung „der Staat ist stark, gegen ihn kann man nichts machen" wird den Menschen in die Köpfe gepresst. Deshalb sieht es so aus, als würde die Verkleinerung der unangemessen übergroßen Armee in der Türkei ziemlich lange dauern. Da den bisherigen Trägern des schmutzigen Krieges der Mächtigen in der Türkei, den Dorfschützern, der Nachwuchs fehlt, wird eine neue Technik angewandt. Da keine Spezialkrieger mehr unter der kurdischen Bevölkerung rekrutiert werden können, kommen sie nun aus anderen Regionen der Türkei. Aber auch sie werden auf keinen Fall gut sein! ♦

Delegationsreise von Kurd-Akad

Newroz in Nordkurdistan 2011

Emel Engintepe, Kurd-Akad (Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.)

Als der Vorstand von Kurd-Akad im Winter 2010 über die Bedeutung der Verhaftungswelle des zurückliegenden Jahres in den kurdischen Gebieten diskutierte und das für die kurdische Frage entscheidende Jahr 2011 mit den bevorstehenden Parlamentswahlen in der Türkei auswertete, wurde der Beschluss gefasst, anlässlich Newroz eine Delegation zu entsenden.

Das Vorbereitungsteam visierte einerseits die Abfrage der gesundheitlichen Versorgung vor Ort und andererseits die Ermittlung der regionalen Selbstverwaltungsstrukturen an.

Mit der von Kurd-Akad geplanten Delegationsreise sollte neben der zentralen Stadt Amed (Diyarbakır) außerdem der südöstlichste Punkt der kurdischen Region im Staatsgebiet der Türkei aufgesucht werden, nämlich Colemêrg (Hakkari), um die Bedingungen in der von der Zentralregierung entferntesten Region erfassen zu können.

Doch es kam anders, denn die ursprünglich angedachte Reiseroute von Amed über Hêskîf (Hasankeyf) nach Colemêrg musste vor Ort korrigiert werden, da die Straßen der südlichen und wesentlich kürzeren Strecke gesperrt, die nutzbare nördliche Strecke jedoch wesentlich länger war, womit sich die Fahrtdauer erheblich erhöhte. Die Delegationsteilnehmer strandeten in Wan (Van) und blieben auf Anraten der Delegationskoordinatoren dort. Auch wenn die Fahrt abenteuerlich verlief – die Gruppe musste einige Straßenkontrollen seitens der Polizei und Gendarmerie über sich ergehen lassen –, war die Reisestrecke mit ihrer winterlichen und bergigen Landschaft ein Erlebnis der besonderen Art.

Die Änderung der Route brachte mit sich, dass das Programm spontan umdisponiert werden musste, was aber aufgrund der Flexibilität und Hilfsbereitschaft der Kontaktpersonen in Wan sehr gut funktionierte.

Wir konnten ein ausführliches Gespräch mit dem Regionalvorsitzenden der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Cüneyt Caniş, führen und uns über die Ausprägung der regionalen Autonomiestrukturen informieren.

Bekannt war uns, dass die kommunalen Ämter der Stadtverwaltung, wie das des Bürgermeisters in Amed, aber auch Wan, in Händen der BDP sind. Wir wussten zudem von Konflikten zwischen der Kommunalverwaltung und den von der Regierung in Ankara entsendeten Provinzgouverneuren mit zentralen Befugnissen.

Wie genau diese Widrigkeiten sich in der Praxis gestalten, erläuterte uns der BDP-Vertreter anschaulich: Eindeutig von Repressionen könne bei der juristischen Verfolgung von Amtsinhabern und Parteifunktionären gesprochen werden. Die Verhaftungswelle des letzten Jahres habe die regionalen Politikfelder der politischen Kader beraubt. Darüber hinaus bestünden Tendenzen, die sich aus dem zentralistischen Aufbau des Verwaltungsapparates ergäben und die die politischen Vorhaben vor Ort verwaltungsrechtlich behinderten. Beispielsweise könne die Budgetaufstellung der Kommunalverwaltung mithilfe des Vetorechts des Gouverneurs im Allgemeinen Kreisrat (*il genel meclisi*) blockiert werden, was auch regelmäßig eintrete. Die Stadtverwaltung und das Bürgermeisteramt verfügten daher nur über einen geringen Spielraum, in dem sie politisch agieren und die Region in ihrem Sinne gestalten könnten.

Da die Verbesserung der Lebensverhältnisse, somit u. a. die gesundheitliche Versorgung, die Bekämpfung von Armut, aber auch die Gleichberechtigung der Geschlechter, für die BDP programmatisch im Vordergrund stünde, habe man entsprechende Beratungs- und Betreuungseinrichtungen aufgebaut.

Ein Standbein der BDP-Politik bildet die langfristige Investition in die Bildungskapitale der zukünftigen Generationen. Dementsprechend wurden beispielsweise Förder- und Nachhilfeeinrichtungen für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen. Die Projekte werden überwiegend von der BDP getragen und teilweise auch von der Stadtverwaltung mitfinanziert.

Insgesamt kam im Laufe des Gesprächs mit dem BDP-Vertreter von Wan zutage, dass die innovativen politischen Ansätze, Autonomiestrukturen durchzusetzen und damit regionale sowie kommunale Selbstverwaltungsebenen einzurichten, konkrete Ausprägungen erlangt haben. Es bestünden bereits Gremien, wie Räte zur Willensbildung und Selbstverwaltung auf Dorf-, Kreis-, Stadtteil- und Stadtebene, die unabhängig von den staatlich-zentralistischen Institutionen funktionierten. Dieses Parallelsystem an Gremien verschaffe den kurdischen Gebieten Ansatzpunkte für eine regionale Autonomie.

Im Sinne des Aufbaus regionaler Autonomiestrukturen versucht der 2010 ins Leben gerufene Demokratische Gesellschaftskongress (DTK) mit Sitz in Amed, sämtliche Institutionen der kurdischen Gebiete, sowohl Parteien als auch insbesondere die Nichtregierungsorganisationen, unter einem Dach zu vereinen und damit deren Repräsentation und Partizipation zu sichern. Dieser Zusammenschluss ist vergleichbar mit einem Ländersenat in einem föderalen Bund.

Die Aggression der regressiven staatlichen Kräfte, sowohl der Judikative als auch der Exekutive, richtet sich deshalb vor

allem gegen diese neugeschaffenen Institutionen. Sämtliche Andeutungen in der Politik über eine Bereitschaft zur Öffnung gegenüber der kurdischen Frage seitens der Regierungspartei AKP sollten demzufolge vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Repression gegenüber der Initiative der regionalen Akteure, semiautonome Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, kritisch betrachtet werden.

Im letzten Jahr wurden hunderte Funktionäre des Gesellschaftskongresses festgenommen und auch am Newroztag war diese Einrichtung Ziel der unbarmherzigen Staatsgewalt:

Das Newrozfest in Amed fand am 20. März auf einem Platz am Rande der Stadt statt und beeindruckte durch die hohe Teilnehmerzahl von mindestens 500 000 Menschen. Nach Musikbeiträgen standen die Parlamentsabgeordneten und Funktionäre der BDP geschlossen auf der Bühne, unter ihnen Aysel Tuğluk. Diese richtete das Wort an die Menge und rief schließlich zu einem Demonstrationszug in die Stadt auf, der zu den bereits aufgestellten Demokratie- und Lösungszelten im Koşuyolu-Park führen sollte. Die aufgebauten Zelte sind Teil einer Kampagne des „zivilen Ungehorsams", die bis zu den Parlamentswahlen im Juni geplant und als Forum für die Grundforderungen der kurdischen Bevölkerung gedacht ist.



Newrozdemonstration in Amed Foto: DIHA

Eine deutlich verringerte Anzahl an Menschen versammelte sich im Parkgelände, darunter viele Frauen und Kinder, aber auch ausländische Delegationen. Kaum einer hat unter den Bedingungen eines zutiefst friedlichen Volksfestes mit den polizeilichen Übergriffen gerechnet. Ganze 45 Minuten lang wurden von den Polizeihundertschaften unzählige Tränengasgeschosse ununterbrochen auf die Menschenmenge im Park abgefeuert, obwohl sich die wenigen Tumulte eher in den Gassen abspielten.

Später sollten wir erfahren, dass ein Teil des Demonstrationszuges den Zugang zur Straße, an der sich das Gebäude des Demokratischen Gesellschaftskongresses befindet, mit einer Sitzblockade durchzusetzen versuchte. Davon wurden sie mit aller Gewalt abgehalten.

Außerdem stellte sich im Nachhinein heraus, dass die über uns kreisenden Hubschrauber ebenfalls Gasgranaten auf die umliegenden Straßen abgeworfen hatten, wovon einige BDP-Abgeordnete, unter ihnen der Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, betroffen waren.

Am folgenden Tag versammelten sich erneut Menschenmengen beim (mittlerweile zurückeroberten) Demokratie- und Lösungszelt. In einer Pressekonferenz erhielten die Politiker und Vertreter der NGOs Gelegenheit, das Erlebte auszuwerten und zu kommentieren. Das brutale Vorgehen der Sicherheits- und Polizeikräfte wurde lautstark angeprangert und das türkische Innenministerium unter der AKP-Führung als verantwortlich für die Übergriffe auf die friedliche Menschenmenge zur Rechenschaft gezogen.

Die ganze Dimension der zentral gesteuerten Angriffe erschloss sich erst in den folgenden Tagen, da in den Medien von zeitgleichen Polizeiübergriffen an unterschiedlichen Orten in ganz Kurdistan berichtet wurde, die sich zudem über mehrere Tage hinzogen.

In der türkischen Presse wurden die Übergriffe totgeschwiegen, dagegen nicht die Ohrfeige der BDP-Parlamentsabgeordneten Sebahat Tuncel nach den Tränengasangriffen auf die Newrozfeierlichkeiten in Silopi/Provinz Şirnex (Şırnak), die dem verantwortlichen Polizeipräfekten gegolten hatte.

Schlagzeilen machte dann aber noch der zweite Teil der zuvor erwähnten Kampagne, die bis zu den Parlamentswahlen fortgesetzt werden soll, und zwar die Ausrufung des „zivilen Ungehorsams" als Mittel des Protests. Dessen Hauptforderungen wurden medial verbreitet, nämlich die Gewährung der kurdischen Sprache als muttersprachliches Unterrichtsfach, die Senkung der Zehnprozenthürde bei den Parlamentswahlen zur Sicherstellung einer pluralistischen Partizipation der Gesamtbevölkerung, die Freilassung der im letzten Jahr inhaftierten Politiker sowie Institutionsvertreter und schließlich die Einstellung sämtlicher militärischer Operationen in den kurdischen Gebieten.

Diese vorbildliche Kampagne gilt es nun auch von hier aus zu unterstützen. Dazu gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten:

Beispielsweise sind die Aktivitäten bis nach Deutschland übergeschwappt, denn auch hier wurden in verschiedenen Städten Demokratie- und Lösungszelte errichtet und Veranstaltungen abgehalten.

Zu den bevorstehenden Wahlen am 12. Juni werden momentan Beobachterdelegationen aufgestellt, an denen es sich zu beteiligen gilt.

Die Dachorganisation YEK-KOM der kurdischen Vereine in Deutschland initiiert derzeit ein Projekt zur Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland, das von einer breiten Unterstützerschaft gefördert werden sollte.

Der detaillierte Bericht mit den Ergebnissen sämtlicher Stationen ist auf der Vereins-Homepage www.kurd-akad.com veröffentlicht! ♦

Das Leiden der Friedensmütter

Und trotzdem ein Funke Hoffnung …

Benjamin Hiller

In vielerlei Hinsicht leiden die kurdischen Mütter am stärksten unter der andauernden Unterdrückung durch den türkischen Staat: Sie wurden aus ihren Dörfern in die Armut der Großstädte getrieben und die meisten ihrer männlichen Angehörigen sind verschollen, getötet oder sitzen in Haft. Eine dieser Frauen, von den Friedensmüttern, ist Navala K. Ich habe sie während meines Aufenthaltes in Amed (Diyarbakır) zu Newroz, dem kurdischen Neujahrsfest, kennen gelernt. Sie stammt aus einem Dorf in der Nähe von Licê (Lice), einer Stadt im Landkreis von Amed.

Das Leiden von Navala fing schon früh an: Bei der Erstürmung des Dorfes durch das Militär in den 1980ern wurde ihre Schwester auf offener Straße erschossen, viele weitere Dorfbewohner gefoltert und ermordet. In dieser Zeit floh sie mit ihren drei Söhnen nach Amed, wie ca. 300 000 weitere Kurden aus den ländlichen Gebieten der Ost-Türkei.

Ihr erster Sohn, Karwen, musste wie alle männlichen Türken seinen zweijährigen Militärdienst ableisten. Er wurde in Zypern stationiert, ein weiteres Konfliktgebiet, in welchem die Türkei seit 1974 involviert ist.

Zwei Tage nach dem Ende seines Militärdienstes kehrte Karwen in das Elternhaus zurück und schmiedete Pläne für seine Zukunft. Doch es kam nicht, wie er es sich erhofft hatte: Polizisten stürmten die Wohnung von Navala und verhafteten ihn wegen angeblichem Terrorismus. „Er war doch gerade vom Militär zurückgekehrt – an der Seite von euch Türken. Wie soll er da Terrorist gewesen sein?!“, hielt seine Mutter den Polizisten entgegen, doch es half nichts. 25 Tage lang wurde er in einer der berüchtigten Verhörzellen von Amed gefoltert, bevor er für mehrere Monate ins Gefängnis gebracht wurde. Kaum war er entlassen, sah er sich einer erneuten Anklage wegen Terrorismus ausgesetzt – diesmal sollte er für 15 Jahre ins Gefängnis kommen. „Ich werde nie wieder in ein Gefängnis gehen, Mutter.“, sagte Karwen zu Navala, bevor er in die Berge zu der kurdischen Guerillagruppe PKK floh. Seitdem hat sie nichts mehr von ihm gehört.

Ihr zweiter Sohn, Remzi, studierte von dem wenigen Ersparten der Familie Ingenieurswesen und absolvierte danach eine Pilotenausbildung. Doch er war gebrandmarkt – sein Bruder Karwen war ja bei den „Terroristen“ in den Bergen. Er fand in der Türkei keine Anstellung und ins Ausland wollte er wegen seiner Mutter nicht gehen. So entschied sich auch Remzi, in die Berge zu gehen.

Nach sieben Jahren, an einem Muttertag, kehrten er und ein weiterer Guerillakämpfer, in Begleitung eines kurdischen Anwaltes, in die Wohnung von Navala zurück. Doch er traf seine Mutter nicht an – sie war beim Arzt. Schnell umstellte das Militär, informiert durch die überall aktiven Zivilpolizisten, das Gebäude und erstürmte es kurz darauf – die unbewaffneten Guerillas wurden durch Kopfschüsse hingerichtet. Als Navala vom Arzt kam, konnte sie nur noch den Tod ihres Sohnes betrauern: „Was für ein Recht hattet ihr, ihn zu erschießen? Vielleicht wollte Remzi sich ergeben? Aber er hatte keine Chance, sich auch nur zu erklären.“ Die Leiche ihres Sohnes wurde erst nach zähen Verhandlungen mit Hilfe des Menschenrechtsvereines IHD der Mutter übergeben. Auf der Beerdigung wurde nur ihr und einem Schwager der Zugang zum Grab erteilt. Die Freunde und anderen Verwandten wurden durch Polizeieinheiten vom Friedhof ferngehalten: „Ich musste alleine trauern, doch mir fehlten die Tränen zum Weinen.“

Mert, ihr dritter Sohn, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion aus dem Haus herausgeholt und auf eine Polizeiwache gebracht. Ihm wurde ein Tee angeboten, doch Mert antwortete: „Ich trinke euren Tee nicht, ihr habt meine Brüder getötet.“ Daraufhin wurde er drei Tage lang gefoltert: Zigaretten wurden auf seinen Armen ausgedrückt, seine Finger gebrochen. Nach diesen drei Tagen wurde er ohne Anklage frei gelassen. Auch er ist daraufhin in die Berge geflohen, denn eine andere Perspektive sah er für sich nicht mehr.

„Ich habe so viel Leid erlebt, ich kann gar nicht alles erzählen.“, unterbricht Navala ihre Familiengeschichte. „Das ist kein Staat, sondern eine Gewaltherrschaft. Sie sagen: ein Staat, eine Fahne, ein Land. Doch die Fahne ist mit unserem Blut getränkt, denn wir haben an der Seite von Atatürk dieses Land erkämpft. Doch Gott hat uns nun einmal diese Sprache, das Kurdisch, gegeben. Wir wollen doch nur Freiheit, Frieden und unsere eigene Sprache sprechen.“

Während unseres Gespräches hat sich eine zweite Friedensmutter, auch sie um die 60 Jahre alt, zu uns auf den Rasen gesetzt. Es ist ein sonniger und klarer Tag und wir sitzen im Friedenspark von Amed, in welchem die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) ein Friedenszelt aufgebaut hat. In diesem Zelt finden Diskussionen statt und die Friedensmütter erzählen ihre Lebensgeschichten den jungen Kurden. Man kann sich kaum vorstellen, dass nur wenige Tage zuvor im Park die Menschen schreiend vor CS-Gas-Granaten, welche

teils aus Hubschraubern geworfen wurden, geflohen sind. Denn die türkische Polizei hatte mit aller Gewalt einen friedlichen Protestzug der kurdischen Opposition auseinandergetrieben.

Auch Derya möchte ihr Leid mitteilen: „Du bist noch so jung und aus Europa. Ich möchte, dass ihr euch dort auch mit unserem Leiden auseinandersetzt. Ihr redet über Ägypten, Libyen und Israel. Doch uns habt ihr seit dreißig Jahren vergessen.“ Ihre Söhne Jiyan und Hanefi wurden gefoltert, ihr dritter Sohn starb in Haft: „Asan war 21 Jahre alt und wurde auf einer Demonstration in Istanbul verhaftet und in eine überfüllte Zelle gesteckt. Als er 23 Jahre alt wurde, wurde er in eine Einzelzelle gebracht und dort zu Tode gefoltert. Ich habe erst 23 Tage später von seinem Tod erfahren.“

Auch Derya wurde aus ihrem Dorf in der Nähe von Licê vertrieben. Der Familienbesitz, 45 Schafe und viele Ziegen, wurde getötet, das Dorf vom türkischen Militär niedergebrannt. Es war in der Zeit um 1990, als die Gewalt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen PKK eine neue Eskalationsstufe erreicht hatte. Ihr Sohn Hanefi sollte im Dorf als so genannter Dorfschützer (paramilitärische Einheiten, welche im Osten der Türkei gegen die PKK eingesetzt werden) zwangsrekrutiert werden. Er weigerte sich und wurde daraufhin verhaftet: „Sie haben ihn tagelang gefoltert. Dann haben sie ihm ein großes Stück des Oberschenkels herausgeschnitten und uns vor die Haustür gelegt. Wir haben den Menschenrechtsverein eingeschaltet und ihn dann aus der Haft bekommen. Doch er ist während der Haft auch noch erblindet, da er zuckerkrank ist.“

Der letzte Schicksalsschlag kam 1998. Die Familie war mittlerweile nach Amed geflohen, als ihr dritter Sohn wegen öffentlichen Hörens von kurdischsprachiger Musik verhaftet wurde. Er wurde 45 Tage lang gefoltert und hat sich nie von den psychischen wie physischen Folgen erholt. „Ich erinnere mich jeden Tag an den Moment, als ich meinen Asan tot in den Armen gehalten habe. Auch jetzt noch sterben jeden Tag unsere Kinder, nur dass das Militär jetzt auch noch chemische Waffen einsetzt, damit wir unsere Kinder nicht mehr identifizieren können. Erdoğan beklagt stets die Gewalt in anderen Ländern, kritisiert Israel für das, was dort mit den Palästinensern geschieht. Doch die Gewalt im eigenen Land gegen uns Kurden, diese Gewalt verschweigt er!“

Die Situation in Amed ist auch jetzt, im Jahre 2011, angespannt. Immer noch sitzen tausende Kurden aus politischen Gründen in Gefängnissen, darunter 43 akut vom Tod durch schwere Krankheiten bedroht. Auch Kinder befinden sich unter den Inhaftierten. Wer einen Stein auf einer Demonstration wirft, kann für Jahre hinter den Gefängnismauern verschwinden.

Doch es gibt noch weitere Probleme: Durch die Flucht aus den Dörfern ist eine große, stark verarmte Schicht von Kurden entstanden, die Arbeitslosigkeit in dieser überfüllten Stadt ist auf über 32 % gestiegen. Viele der Familien sind zerrissen worden oder Kinder haben gar keine Eltern mehr. Die älteren Geschwister sitzen in den Gefängnissen und die Jüngsten fangen an, sich in Gewalt oder Drogen zu flüchten. Insbesondere der Drogenhandel, welcher von einigen türkischen Militärs mit kontrolliert wird, ist in den letzten Jahren zu einem ernsthaften Problem in den osttürkischen Großstädten geworden – jedes zweite Kind von kurdischen Flüchtlingen über sechs Jahre ist zumindest zigarettenabhängig, oft kommt noch das Schnüffeln von Klebstoffen oder harten Drogen dazu. Auch islamistische Gruppen versuchen die Situation durch kostenlose Schulbildung und das Austeilen von Essen auszunutzen. Viele ältere kurdische Aktivisten sehen daher die Zukunft eher in düsteren Farben.



Sitzstreik gegen Polizeiangriffe Foto: B. Hiller

Am frühen Abend treffe ich die beiden Friedensmütter auf einer Demonstration in der Nähe des Friedensparks wieder. Viele weitere Friedensmütter, einige von ihnen mit einem Foto eines Verstorbenen in der Hand, beteiligen sich an diesem Protestzug. Der Marsch wird nach wenigen hundert Metern von Polizeikräften, bewaffnet mit Gas-Granatwerfern und Maschinenpistolen und unterstützt von gepanzerten Fahrzeugen und Wasserwerfern, aufgehalten. Daraufhin setzen sich die Protestierenden auf die Straße und beginnen eine Sitzblockade, welche bis in die Nacht hinein dauert. Es werden Feuer angezündet und Govend, der traditionelle kurdische Tanz, auf der Straße aufgeführt. Auch ein Feuerwerk erhellt für kurze Zeit den Nachthimmel von Amed. Nach all dieser Gewalt und den Verlusten in der eigenen Familie haben diese Frauen den Willen zum Protest noch immer nicht verloren. Und so mag darin ein Funke Hoffnung für die kommenden Parlamentswahlen im Sommer und den aktuellen zivilen Aufstand in den kurdischen Gebieten der Ost-Türkei liegen. ♦

Erlebnisbericht aus der KCK-Sprachschule Ehmedê Xanî

Die kollektive Form des Lernens ist in keiner Weise vergleichbar mit „Schule“

Sosin, 06.02.2011

„Die Sprache eines Volkes ist seine Lebendigkeit und seine Lebendigkeit ist seine Sprache“ (Abdullah Öcalan)

Oder anders formuliert: Sprache macht ein Volk lebendig, und seine Lebendigkeit findet seinen Ausdruck in seiner Sprache. Stirbt eine Sprache, so stirbt auch sein Volk.

Die Lebendigkeit der kurdischen Sprache zu erhalten und zu verteidigen, und damit auch die Kulturgüter, das Wissen und die Identität des kurdischen Volkes, ist eine Aufgabe des Komitees für Sprache und Bildung der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan). Im Oktober fand eine Versammlung mit TeilnehmerInnen aus allen Teilen Kurdistans statt. Deren Ergebnisse veranschaulichen relativ gut auch die Aufgabenbereiche des Komitees. So ist ein Ziel, drei Akademien zu gründen und am Aufbau eines Sprachinstitutes mit Autorität zu arbeiten, um vor allem die Schriftsprache zu festigen und zu vereinheitlichen. Es gibt bisher in verschiedenen Ländern Institute, die sich mit der kurdischen Sprache beschäftigen. Jedes arbeitet nach seinem eigenen Standard und es ist bisher noch nicht gelungen, diese zusammenzubringen.

Die in Maxmur [*Flüchtlingscamp im Nordirak*] entwickelte und mit Erfolg angewandte Schul- und Unterrichtsmethodik in der kurdischen Muttersprache soll als Vorbild für weitere Diskussionen und den Aufbau eines eigenen Schulsystems dienen. Dafür wird auch an der Erweiterung von Unterrichtsmaterialien gearbeitet. Die Forschungen zu kurdischer Literatur und Poesie sollen in allen Dialekten stattfinden und die Übersetzungsarbeiten sollen auf klassische internationale Literatur ausgeweitet werden, um den Bildungshorizont zu erweitern. Eines der wichtigsten Ergebnisse ist die Entscheidung, auch einen politischen Schwerpunkt auf die Muttersprache zu legen. In keinem der vier Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt ist, ist es der kurdischen Bevölkerung möglich, die eigene Sprache umfassend zu kultivieren, sich in der eigenen Sprache zu bilden und weiterzuentwickeln. Die eigene Muttersprache zu verteidigen ist ein Grundstein der Verteidigung eines Volkes und die bisherige Arbeit auf dieser Ebene ist in der kurdischen Bewegung als nicht ausreichend bewertet worden.

Vor allem in der Türkei, in Syrien und im Iran reicht die Assimilierungspolitik zum Teil so weit, dass die eigene Muttersprache abgelehnt, als minderwertig empfunden und in den Familien nicht mehr weitergegeben, dafür die jeweilige offizielle Hegemonialsprache und damit auch die entsprechende Hegemonialherrschaft anerkannt und sogar als höherwertig bevorzugt wird. Auch diesen Kreislauf der Autoassimilation aufzubrechen ist Ziel des Komitees, die eigene Sprache als wertvoll, als Teil der eigenen Identität zu begreifen und durch die Anwendung und Weitergabe lebendig zu erhalten.

Neben den politischen, forschenden und organisatorischen Aufgaben finden so auch ganz praktische Bildungseinheiten in der kurdischen Sprache statt. Ich hatte die Möglichkeit, an einer dieser dreimonatigen Ausbildungen teilzunehmen und möchte gern einige Erfahrungen mit euch teilen.

Die Ausbildung an der Schule Ehmedê Xanî ist eher intern ausgerichtet, an KämpferInnen aus den Verteidigungseinheiten und KaderInnen aus dem ideologischen oder politischen Bereich, aber auch andere FreundInnen können daran teilhaben.

Die Aufteilung des kurdischen Volkes auf verschiedene Hegemonialstaaten spiegelt sich auch sprachlich in der Guerilla wider. Die KämpferInnen und KaderInnen kommen ebenso aus den verschiedensten Lebenskontexten, sind selbst zum Teil mit den Hegemonialsprachen und deren Bildungssystemen groß geworden. Manche haben sich bereits in jungen Jahren angeschlossen und nur wenig oder gar keine schriftsprachliche Bildung durchlaufen. Dies betrifft auch insbesondere Frauen, die vor ihrem Beitritt innerhalb ihrer Familien keine Möglichkeit hatten, Lesen oder Schreiben zu lernen.

So begannen also auch in unserer Bildungseinheit die TeilnehmerInnen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen. Einige mussten sich erst einmal die Grundlagen aneignen, wie das Alphabet, also Buchstaben zu schreiben, zu lesen und zu Silben, Wörtern und letztendlich zu Sätzen zusammenzufügen. Keine leichte Aufgabe, und sie eröffnete Menschen, die ihr Leben dem Kampf für die Freiheit ihres Volkes widmen, einen ganz neuen Kampf mit den eigenen Fähigkeiten und Schwächen. Andere legten den Schwerpunkt ihrer Entwicklung auf die Festigung von Rechtschreibung und Grammatik sowie Übersetzungsarbeiten und mussten sich damit häufig entgegen ihren muttersprachlichen Dialekten mit neuer Aussprache, neuen Schreibweisen und einem Berg von Regeln auseinandersetzen. Andere nutzten wiederum die Ausbildung, um anschließend selbst als LehrerIn arbeiten zu können.

Trotz der verschiedenen Ziele und Bedürfnisse war das Leben, Arbeiten und Lernen eine kollektive Verantwortung und so waren die Entwicklungen jeder/s Einzelnen das Ergebnis gemeinsamer Mühe, gemeinsamer Kraft und manchmal auch gemeinsamer Qual.

Die kollektive Form des Lernens ist in keiner Weise vergleichbar mit „Schule“, wie ich sie innerhalb des staatlichen Systems kennengelernt habe. Jede/n Einzelne/n mit ihren oder seinen Besonderheiten und Bedürfnissen wahrzunehmen und diesen gerecht zu werden und gleichzeitig für das kollektive Ziel zu arbeiten, die kollektiven Bedürfnisse umzusetzen, ist kein leichter Weg. Jedoch in seiner Konsequenz eben die Form des kommunalen Lebens, auf deren Basis die PKK-Ideologie einer freien Gesellschaft fußt. Die Herangehensweise, das Ziel des Kampfes nicht auf eine Zeit nach dem „Sieg“ zu beschränken, sondern als moralische Grundlage im Jetzt und Heute des gemeinsamen Lebens umzusetzen, ist eine der Besonderheiten der kurdischen Bewegung und insbesondere des Alltags in der Guerilla und war so auch in der sprachlichen Bildung spür- und erlebbar.

Es fällt mir schwer, dieses Zusammenleben und -lernen schriftlich auszudrücken und die Kraft, die Lebensfreude und den Widerstandsgeist, der immer auch ein Teil des Alltags war, zu teilen. Wenn ich anfange, den Ablauf zu beschreiben, dann liest sich dies für mich so technisch, dass ich das Gefühl habe, es wird dem, was ich auch mit Herz und Seele erlebt habe, einfach nicht gerecht. Dennoch will ich es kurz zusammenfassen:

Der Unterricht an der Schule Ehmedê Xanî wurde den verschiedenen Bedürfnissen entsprechend in zwei Klassenstufen durchgeführt und fand in der Regel vormittags statt. Nachmittag und Abend standen zum selbstorganisierten Lernen sowie für Arbeiten des Alltags zur freien Verfügung und wurden unter anderem auch auf Wunsch für ergänzenden Unterricht für FremdsprachlerInnen oder ÜbersetzerInnen genutzt. Selbstorganisiertes Lernen bedeutete, Hausaufgaben zu machen und nach eigener Zeiteinteilung an den eigenen Schwierigkeiten und Hürden zu arbeiten. Auch dies war fast immer ein gemeinsamer Prozess, in dem jede/r ihre/seine Fähigkeiten und Stärken einbringen konnte und an ihren/seinen Schwächen mit der Hilfe der anderen arbeiten konnte.

Jede Unterrichtseinheit wurde am Ende gemeinsam ausgewertet, was gut gewesen, was verstanden worden war, wo es Mängel in der Methodik des Lehrens und wo es Mängel auf Seiten der „SchülerInnen“, der Lernenden gegeben hatte. Diese Methode der Kritik und Selbstkritik, der Auswertung des gemeinsamen Lernprozesses war ebenso ein Teil des gemeinsamen Lebensalltags. Auch fanden regelmäßig Gruppenplena („tekmil“) statt, auf denen die Kommunen, in denen das gemeinsame Leben organisiert war, ihren Lebens- und Lernalltag reflektierten.

Am Ende jedes Monats fanden Prüfungen statt, in denen die Ergebnisse des gemeinsam Erlernten bewertet wurden. Für viele waren diese Prüfungen eine enorme psychische Belastung und die Nerven aller waren in dieser Zeit immer angespannt.

Das Lehr- und Ausbildungskonzept an den Schulen der Bewegung ist kein starres System wie an staatlichen Bildungsinstitutionen. Nicht nur während der Auswertungen der einzelnen Unterrichtseinheiten, auch am Ende jeder Bildungsphase, so auch unserer, diskutieren und reflektieren die Verantwortlichen der Schule ihre Methodik gemeinsam mit den Lernenden, und auf diese Weise befindet sich auch die Sprachschule in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung. So stand zum Beispiel am Ende unserer Bildungsphase auch das Thema der Prüfungen auf der Tagesordnung, außerdem die Fragestellung, ob Prüfungen tatsächlich ein angebrachtes Instrument in einem revolutionären Bildungsprozess sind oder nicht eher Druck erzeugen und einem staatlichen Bildungszwang ähneln.

Die Schule Ehmedê Xanî ist wie bereits anfangs erwähnt ein Ausbildungsort für KämpferInnen und KaderInnen und so ist der Unterricht nicht allein ausgerichtet auf das reine Erlernen von Sprache und Grammatik. Mit dem Verständnis von Sprache als Ausdruck von Kultur, Kunst und Identität eines Volkes gehörten das Kennenlernen der Geschichte der Sprache im Allgemeinen und der kurdischen im Detail ebenso zum Bildungsinhalt wie die Annäherung an kurdische Literatur und Poesie, und eben auch die ideologische Auseinandersetzung mit Assimilations- und Autoassimilationsprozessen und der jeweils individuellen Sicht auf und Annäherung an die eigene Muttersprache.

Jede Unterrichtseinheit wurde am Ende gemeinsam ausgewertet, was gut gewesen, was verstanden worden war, wo es Mängel in der Methodik des Lehrens und wo es Mängel auf Seiten der „SchülerInnen“, der Lernenden gegeben hatte.

Viele derjenigen, die an dieser Bildungsphase teilnahmen, waren Frauen. Und so gehörten autonome Versammlungen und Bildungseinheiten der Frauen ebenso zu unserem Lebensalltag. Wir diskutierten unser gemeinsames Leben unter uns Frauen, beschäftigten uns mit der Geschichte der Unterdrückung der Frauen innerhalb des patriarchalen Gesellschaftssystems und innerhalb von Religion und genauso mit den Kämpfen, die Frauen in diesem Prozess gegen ihre Unterdrückung geführt haben, und analysierten dieses auch im Kontext unserer eigenen Lebenserfahrung, unser eigenen Sozialisation.

Dass die Frauenbefreiung in der Ideologie der PKK eine bedeutende Rolle einnimmt, war mir mit Beginn meines Aufenthalts an der Sprachschule bewusst, und trotzdem war es für mich auf eine Weise überraschend, mit welcher Selbstverständlichkeit und Klarheit dieser Kampf gelebt wird, der eben so selbstverständlich gar nicht ist – nicht für uns Frauen, die in Europa aufgewachsen sind, und eben auch nicht für Frauen im Mittleren Osten. Die Deutlichkeit der Auseinandersetzung hat sich für mich vor allem darin ausgedrückt, dass sie keine rein ideologische Annäherung ist, sondern eben auch den so notwendigen Kampf im Alltag umfasst. ♦

Praxis und Perspektiven frauenspezifischer Medienarbeit und die gesellschaftliche Macht der Medien

Wir legen Wert auf jede einzelne Stimme …

Interview mit Mitarbeiterinnen der PAJK-Mediengruppe

Könnt ihr etwas über euren Arbeitsbereich erzählen und darüber, wann ihr euch gegründet habt?

Wie ihr wisst, ist die PAJK [*Partei der Frauenbefreiung Kurdistans*] eine Frauenpartei, die auf ideologischem Gebiet arbeitet. Seit ihrer Gründung [*2004*] hat sie eine eigene Mediengruppe. Bereits in den Anfangszeiten der PKK waren Frauen in der Pressearbeit vertreten. Aber erst mit Beginn der frauenspezifischen Organisierung haben wir uns als Frauen wie jetzt in den Strukturen der PAJK organisiert. Gurbetelli Ersöz war eine Vorreiterin in der Frauenpressearbeit und wir wandeln sozusagen auf den von ihr hinterlassenen Spuren. Sie war in der Türkei die erste Frau, die als Chefredakteurin einer Zeitung, der Özgür Gündem, tätig war. Sie hat also nicht nur für uns eine besondere Bedeutung, sondern auch für den Journalismus in der Türkei.

Was sind die ideologischen Grundlagen eurer Arbeit und eure Perspektiven insbesondere hinsichtlich frauenspezifischer Medienarbeit?

Die Medien im Allgemeinen dienen dem kapitalistischen System, den Hierarchien, der Macht, dem Militarismus und verbreiten die Propaganda des patriarchalischen Systems. Damit wenden sie sich gegen die Bevölkerung. Der Gesellschaft wird der Individualismus nahegelegt. Das machen aktuell die Medien auf der ganzen Welt. Unser vorrangiges Ziel ist es, die patriarchale Mentalität zu überwinden und eine Alternative zu schaffen, eine alternative mediale Sichtweise.

Wie ihr wisst, ist die PKK eine Bewegung, in der die Frauenbefreiungsideologie von zentraler Bedeutung ist. Aus Sicht Abdullah Öcalans und der gesamten Bewegung wird die Frauenbefreiung mit der Befreiung der Gesamtgesellschaft gleichgesetzt. Der Gesellschaft ein dementsprechendes Bewusstsein zu vermitteln, ist eine direkte Aufgabe der Medien. Heutzutage haben weltweit sogar sehr arme Menschen einen Fernseher. Es ist das größte Massenmedium. Wir lehnen Technologie nicht generell ab, aber wir sind dagegen, dass sie zum Nachteil der Menschen eingesetzt wird.

Um der Bevölkerung ein Bewusstsein vermitteln zu können, müssen wir uns erst selbst ein solches aneignen. Als Medienarbeiterinnen, die entsprechend der Frauenbefreiungsideologie tätig sind, gilt für uns, dass wir uns zunächst selbst weiterbilden. Ich habe zum Beispiel in der Türkei Journalismus studiert, aber die Bildung, die in den staatlichen Einrichtungen vermittelt wird, entspricht immer der herrschenden Sichtweise auf gesellschaftliche Probleme. Deshalb ist es unser Ziel, uns als Medienarbeiterinnen mit einer weiblichen Sichtweise zu schulen, im Gegensatz zu der Bildung, die das herrschende System vermittelt. Wir sprechen daher von „freien Medien".

Ich möchte ein Beispiel geben: Die im herrschenden System tätigen JournalistInnen benutzen eine patriarchale Sprache. Wir versuchen hingegen, den Begriffen auf den Grund zu gehen. So heißt etwa WissenschaftlerIn auf Türkisch „Wissenschaftsmann". Wir machen uns diese Begriffe bewusst und versuchen, eine andere, eine weibliche Sprache zu gebrauchen, also statt „Wissenschaftsmann" benutzen wir „Wissenschaftsmensch".

Aber natürlich geht es nicht nur um den Sprachgebrauch, sondern auch um die Hierarchie im Aufbau eines Artikels oder eines Beitrags. So wird im kapitalistischen System der Schwerpunkt auf den Rang oder die Macht gelegt; wir hingegen betrachten ein Thema entsprechend der Tagesordnung der Gesellschaft. Das zeigt sich auch in der Kameraführung: Wir filmen die Menschen nicht von unten oder oben, um sie kleiner oder größer zu machen, um bestimmte Hierarchien zu reproduzieren, wie es im herrschenden System üblich ist. Für uns gilt das Prinzip der Gleichheit, und auch wenn wir ein Kind filmen, erfolgt das auf Augenhöhe. Dabei handelt es sich nicht um eine technische Angelegenheit, sondern um eine philosophische.

In welchen Medien und zu welchen Themen publiziert ihr?

Wie ihr vielleicht wisst, gibt es in allen vier Teilen Kurdistans, in Europa und in Russland Fraueneinheiten, die der PAJK angehören. Jede Einheit publiziert eine eigene Frauenzeitschrift; in dieser wird die historische, die aktuelle und die mögliche künftige Rolle der Frau in der Gesellschaft thematisiert; es wird darüber diskutiert, welche Rolle, Aufgabe, Mis-

sion Frauen in einer neuen Gesellschaftsordnung einnehmen müssen. Auch hierbei handelt es sich um die Vermittlung von Bewusstsein. In unseren Texten behandeln wir gesellschaftliche Probleme, Wirtschaft, das Thema Selbstverteidigung, Kunst als ein Medium, das der Gesellschaft Form und Ästhetik verleiht, und viele andere Themen aus Frauensicht. Die Zeitschriften richten sich an die Gesellschaft und an unsere aktiven Mitarbeiterinnen. Auch hier in den Bergen bringen wir drei Frauenzeitschriften heraus, sie werden im gesamten Guerillagebiet verteilt. Eine davon heißt „Göttin Zilan" und bietet für die weiblichen Militanten Informationen zu unserer Organisierung und unseren Zielen.

Natürlich machen wir auch Fernsehprogramme hier in den Bergen, in denen gezeigt wird, wie die Guerillakämpferinnen leben, was ihre Ziele sind, wie sie ihr Leben organisieren, zu welchen Themen sie Schulungen durchführen, warum sie überhaupt in den Bergen sind, warum sie hierhergekommen sind, wogegen sie Widerstand leisten usw. Es werden aktuelle Themen wie zum Beispiel im Moment die Demokratische Autonomie diskutiert, aus Frauensicht, aus der Sicht von Frauen in der Guerilla. Wir machen tägliche, wöchentliche und monatliche Programme. Wir machen auch Radioprogramme. Weiterhin erarbeiten wir Broschüren zu bestimmten Themen wie z. B. zum gesellschaftlichen Sexismus, zur Selbstverteidigung, zu Frauen und Wirtschaft, zu historischen und aktuellen Themen, zur Frauengeschichte und der kurdischen Geschichte vom Neolithikum bis heute. Und wir veröffentlichen Bücher, die sowohl in den Bergen als auch, wie die Zeitschriften, in den vier Teilen Kurdistans und anderen Gebieten an die kurdische Diaspora verteilt werden.

Wer sind die Autorinnen eurer Beiträge, wer spricht?

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir versuchen, eine Alternative zu den herrschenden Medien darzustellen. Bei uns ist es zum Beispiel so, dass nicht immer dieselben Frauen auftreten, sondern die Meinung aller Guerillakämpferinnen gefragt ist. Es geht dabei nicht um die Stellung der jeweiligen Frau innerhalb der Organisation. Jede Guerillakämpferin soll über die Medien die Möglichkeit haben, sich mitzuteilen. Hier in den Bergen beschäftigen sich auch viele mit Literatur, mit Poesie, mit Philosophie. Wir leben hier in und mit der Natur, das bietet wunderbare Möglichkeiten, sich mit den verschiedensten Facetten der Philosophie zu beschäftigen. In den herrschenden Medien kommen oft immer dieselben Leute zu Wort; wir hingegen legen Wert auf jede einzelne Stimme, auf Vielfalt. Die Sichtweise jeder Einzelnen zählt. Es sind auch türkische Frauen hier, deutsche Frauen, iranische Frauen, daraus ergibt sich eine sehr bunte Sichtweise. ♦



Arbeitsplatz der monatlich erscheinenden Zeitung „Star" Foto: Sterk

Mitarbeiterinnen aus dem Pressebereich der Frauenguerilla YJA Star über ihre Arbeit und ihre monatliche Zeitung „Star“

„Licht der Gedanken“

Emma Sterk

Könnt ihr euch und eure Arbeit kurz vorstellen?

Wir sind Mitarbeiterinnen der Presseeinheit der YJA Star (Yekîtîya Jinên Azad/Einheit der freien Frauen) in den Bergen. Weil unsere Bewegung sich ständig ideologisch weiterentwickelt, wird Einheiten wie unserer große Bedeutung beigemessen. In der Geschichte der kurdischen Bewegung hat es immer Pressearbeit gegeben, so zum Beispiel die „Dengê Kurdistan“ (Stimme Kurdistans). Später ist innerhalb der Bewegung der PKK die Zeitung „Serxwebûn“ (Unabhängigkeit) herausgekommen. In Europa erscheint als Presseorgan der Frauenbewegung die Zeitschrift „Jina Serbilind“ (Die stolze Frau). Als Frauenbewegung haben wir uns auch in den Bergen organisiert. Warum sind wir hier in den Bergen, was sind unsere Ziele, wie sind unsere Strukturen aufgebaut – um Themen wie diese dem Volk und den Frauen weltweit bekannt zu machen, machen wir kontinuierliche Pressearbeit.

Hier in den Bergen gibt es verschiedene Institutionen der Frauenbewegung, wie die PAJK (Partiya Azadiya Jin a Kurdistan/Partei der Frauenbefreiung Kurdistans), die KJB (Koma Jinên Bilind/Hoher Frauenrat), und auch diese haben eigene Presseorgane, so zum Beispiel die PAJK die Zeitschrift „Tanrıça Zilan“ (Göttin Zilan), die YJA Star, also die Frauenguerilla, bringt seit 2004 monatlich die Zeitschrift „Star“ heraus. Sie richtet sich an die Frauen in der Guerilla und bearbeitet Themen wie militärische Kultur, Strategie und Taktik, Ideologie und aktuelle Perspektiven.

Wie kam es dazu, dass ihr im Pressebereich arbeitet?

Alle Frauen, die neu in die Berge kommen, erhalten zunächst eine Ausbildung als Guerillakämpferin; danach findet entsprechend dem Bedarf der Organisation und den Wünschen und Fähigkeiten der Kämpferinnen eine Umverteilung in die verschiedenen Arbeitsbereiche statt. Presse, Kultur und Kunst, Bildung, Guerillakampf, das sind alles Arbeitsbereiche in den Bergen. Wir hier sind sowohl Guerillakämpferinnen als auch Mitarbeiterinnen der Presseeinheit, wir machen also beides. Wenn hier also eine Kriegssituation entsteht, wenn es einen Angriff gibt, dann packen wir unsere Laptops in den Rucksack und ziehen in den Krieg. Eine Guerillakämpferin kennt alle Einzelheiten des Lebens in den Bergen. Sie weiß, was hier eine Rolle spielt, und kann dementsprechend darüber berichten.

Und wer sind die Autorinnen der Artikel in eurer Zeitung?

Normalerweise sind es Freundinnen aus der Leitungsebene der YJA Star, der KJB oder der PAJK-Koordination. Darüber hinaus fordern wir für jede Ausgabe Texte zu bestimmten Themen von Freundinnen an, die sich mit dem jeweiligen Thema beschäftigt haben. Und wir bekommen aus allen Gebieten Texte zu den Gefallenen, zum Guerillaleben in der Natur usw. zugeschickt.

Worum geht es in eurer Zeitschrift „Star“?

Unsere Zeitschrift Star ist wie gesagt eine kulturelle, ideologische, politische und militärische Monatszeitschrift und teilt sich in unterschiedliche Rubriken und Themenschwerpunkte. Das Ziel dabei ist es, zu einer gedanklichen Aufklärung von Frauen beizutragen und der Benachteiligung von Frauen in der Geschichte und heute etwas entgegenzusetzen. Alle Themen werden aus Frauenperspektive behandelt und wir achten sehr darauf, dass die Texte keinen patriarchalischen Blickwinkel beinhalten. Veröffentlicht werden Texte auf Kurdisch, Türkisch und Arabisch.

Auf den ersten Seiten geht es um die Perspektiven des Vorsitzenden Abdullah Öcalan und dabei insbesondere seine Perspektiven zur Frauenbefreiung. Danach gibt es zwei Schwerpunkte; einen, in dem wir Texte von Gefallenen veröffentlichen. Manchmal sind es kurze Anekdoten, Erinnerungen, Briefe; manche haben Tagebücher hinterlassen, aus denen wir Ausschnitte veröffentlichen. Und einen zweiten, in dem wir selbst über die Gefallenen schreiben, oder wir fordern andere Freundinnen auf, zu schreiben und uns ihre Texte zur Verfügung zu stellen.

Dann thematisieren wir die aktuellen politischen Entwicklungen in der Region und weltweit, analysieren und kommentieren diese aus unserer Sicht, also aus Frauensicht. Weitere Themen sind beispielsweise Mensch und Ökologie, Mensch

und Natur, Feminismus, Geschichte, Philosophie, Biologie, Anatomie usw., alle Lebensbereiche, die Frauen etwas angehen.

Unter der Überschrift „Licht der Gedanken“ veröffentlichen wir eigene Texte, die der Schulung dienen und die Themen aus den Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan behandeln, wie zum Beispiel der Begriff „kapitalistische Moderne“.

Im Bereich „Frauen und Leben“ geht es um Frauengeschichte und die Geschichte des Frauenbefreiungskampfes.

Im Schwerpunkt „Freie Stimme“ werden literarische Texte von Guerillakämpferinnen, ihre Gedichte oder manchmal auch Interviews veröffentlicht. In den Interviews werden aktuelle Themen behandelt. Zum Beispiel hat die Frauenbewegung eine Kampagne unter dem Motto „Die Vergewaltigungskultur überwinden, den Befreiungskampf steigern“ initiiert. Wir überlegen uns Fragen zum Thema und holen über diesen Fragenkatalog die Meinung von fünf, sechs Freundinnen ein.

In der Gesundheitsrubrik geht es um die gesundheitlichen Probleme, die insbesondere Frauen bei der Guerilla erleben, um Behandlungsmöglichkeiten, worauf geachtet werden muss, wie frau sich schützen kann etc.

Und wir haben noch eine sehr wichtige Rubrik namens „Sonne“: Darin werden Briefe von der Guerilla an Abdullah Öcalan veröffentlicht. Diese Briefe können ihn zwar nicht erreichen, weil er auf einer Insel gefangen gehalten wird, aber dennoch werden solche Briefe unentwegt geschrieben, auch in der Hoffnung, dass sie ihn irgendwann erreichen können.

Ihr meintet, die „Star“ ist auch eine militärische Zeitschrift. Diskutiert ihr dort auch das Konzept von Selbstverteidigung?

Ja, es gibt eine Rubrik mit dem Titel „Militärische Wissenschaft“; darin geht es um militärische Taktik, Strategie und Aktionsformen. Die Texte dienen der militärischen Professionalisierung. Oder wir legen ein Thema fest, wie z. B. „Frauenguerilla und Disziplin“ oder „Aktionsformen der Frauenguerilla“. Manchmal behandeln wir auch militärische Technik und informieren über verschiedene Waffensysteme, auch biologische und chemische. Wir betreiben Recherche und informieren dann über neue Waffentechniken, ihre Auswirkungen oder wie frau sich schützen kann.

Für den Bereich „Selbstverteidigung“ gibt es eine eigene Rubrik. Sie ist schließlich eine unserer wichtigsten Rubriken: In der Geschichte fehlt Frauen in jeder Hinsicht die Möglichkeit der Selbstverteidigung. Wir thematisieren hier die Frage, wie kurdische Frauen und Frauen allgemein sich effektiv selbst verteidigen können, sowohl in philosophischer als auch in praktischer Hinsicht. Auch hierbei greifen wir auf die Verteidigungsschriften zurück und versuchen, eine Perspektive der Selbstverteidigung zu entwickeln. Das Recht auf Selbstverteidigung ist ein natürliches Recht; wir versuchen, das Verständnis dafür in dieser Rubrik zu vertiefen.

Wo kann eure Zeitung gelesen werden?

Wir versuchen, die Zeitschrift an alle Guerillaeinheiten in den Medya-Verteidigungsgebieten zu verteilen. Unsere Zeitung erscheint nur in den Bergen, weil der Feind verhindert, dass sie auch außerhalb verteilt wird. Aber wir haben eine Internetseite, die natürlich weltweit eingesehen werden kann. Manche Texte unserer Zeitschrift können da gelesen werden. ♦



Vorbereitung für die Arbeit an der Zeitung „Star“ Foto: Sterk

Neuer Höhepunkt des türkischen Staudammwahns

2000-jähriger Kurort Allianoi geflutet!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Während in der Türkei die Auseinandersetzungen um die vielen zerstörerischen Talsperren an Schärfe zunehmen, ist in Westanatolien das eingetreten, was wir jahrelang befürchteten: Der 2000 Jahre alte antike Kurort Allianoi wurde am 20. Februar 2011 nach zehnjährigen Diskussionen und Auseinandersetzungen in den Wassermassen des Yortanlı-Staudamms versenkt. Der Kurort Allianoi in der westtürkischen Provinz Izmir gehört zu den ältesten Stätten seiner Art und stand in direktem Zusammenhang mit dem wenige Kilometer entfernten und weltweit berühmten antiken Ort Pergamon. Allianoi wurde mit seinen alten Baudenkmälern und weltweit einzigartigen berühmten Badethermen geopfert. Und das alles angeblich nur für die Bewässerung von Feldern einer kleineren Ebene. Dies ist rücksichtsloser Fortschritt Marke Türkei!

Seit mehr als zehn Jahren wurde gegen diesen Damm Widerstand geleistet, 55 000 Unterschriften wurden gesammelt und viele Demonstrationen durchgeführt. Allianoi wurde neben Hêskîf (Hasankeyf) zum Symbol des Widerstands gegen die Kulturzerstörung durch Talsperren. Trotz enormen Medienechos der letzten Jahre hielt die türkische Regierung an ihrem Vorhaben fest, missachtete sogar eigene Gesetze und Gerichte und hat nun das Gebiet geflutet.

Allianoi ist der letzte Fall in einer Kette ähnlicher Ereignisse in der Türkei. Im Jahr 2000 versank die über 2000 Jahre alte Stadt Zeugma am Euphrat in den Fluten des Birecik-Staudammes – errichtet mit deutscher und österreichischer Unterstützung. 1994 wurde durch den weiter oberhalb liegenden Atatürk-Stausee Samsat, die Hauptstadt eines 2000 Jahre alten Königreichs, unter Wassermassen begraben. 2003 wurde schließlich Hallan Çemi, die bisher älteste entdeckte Siedlungsstätte der Menschheitsgeschichte, für alle Zeiten durch den Batman-Stausee geflutet.

Nach seiner Entdeckung Ende der 90er Jahre wurde Allianoi ab 2001 erstmals durch ein archäologisches Team ausgegraben. Im selben Jahr wurde es unter Denkmalschutz ersten Grades gestellt. Als dann der Bau des Yortanlı-Staudamms in nur einem Kilometer Entfernung stromabwärts des kleinen Flusses begann, war es eben dieses Ausgrabungsteam, das den Kurort Allianoi erst türkeiweit und danach international durch eine bemerkenswerte Kampagne bekannt machte. Die AktivistInnen fanden vor allem in Izmir UnterstützerInnen und SympathisantInnen, aber auch in mittelgroßen Städten der näheren Umgebung. Doch die BewohnerInnen der umliegenden Dörfer, die von der Bewässerung profitieren sollen, stellten sich nicht gegen das Staudammprojekt. Das blieb bis zuletzt so, weshalb der Umweltminister Veysel Eroğlu, der heute als Inbegriff der zerstörerischen Talsperrenpolitik des türkischen Staates angesehen wird, manchmal leichtes Spiel hatte und weshalb die lokale Unterstützung der Kampagne – die Allianoi-Initiativgruppe – nicht die notwendige Stärke entwickelte.

Besondere Merkmale der Allianoi-Initiativgruppe waren ihre Vielfältigkeit, die wissenschaftlichen Beiträge, die Suche nach Koalitionen mit anderen talsperrenkritischen Bewegungen, Kontakte mit Medien und die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten für Anfragen an die Regierung. Zusätzlich wurde die Kampagne von gut geführten Gerichtsverfahren begleitet. Obwohl der Staudamm 2005 fertig gestellt worden war, konnte dank der schon laufenden Klagen lange nicht geflutet werden. Zunächst war das Gesetz ein Hindernis, wonach kulturelle Güter unter höchstem Denkmalschutz nicht verändert – in diesem Fall überflutet – werden dürfen. Zur Aufhebung des Denkmalschutzstatus war ein Beschluss des regionalen Denkmalschutzrates in Izmir notwendig. Dieser relativ unabhängige Rat konnte das jedoch wegen des öffentlichen Drucks durch die Allianoi-Initiativgruppe und andere Gruppen nicht beschließen. Als in den Jahren 2005 und 2006 die Überflutung von Hêskîf (Hasankeyf) wieder intensiv diskutiert wurde, gab es zwei populäre Fälle, die der türkischen Regierung Kopfschmerzen bereiteten. So wurde Ende 2006 ein Gesetz beschlossen, das die mögliche Überflutung kultureller Stätten durch Talsperren regelte. Auch wenn es sich anfänglich positiv („möglichst keine Talsperren in Regionen mit bedeutenden kulturellen Stätten“) anhörte, diente es schließlich dazu, den bestehenden Widerspruch im Gesetz beim Bau von Talsperren zu beheben. Die Entscheidung, ob ein Staudamm gebaut werden soll oder nicht, sollte beim Staatlichen Wasseramt DSI liegen, also bei der staatlichen Institution, die die Talsperren plant und umsetzt! Deshalb klagte die Allianoi-Initiativgruppe zusammen mit der Initiative zur Rettung von Hasankeyf gegen dieses Gesetz. Im Jahre 2009 erfolgte ein Gerichtsbeschluss, der zunächst nur ein kleiner Teilerfolg war. Denn nur die Entscheidungsgewalt sollte vom DSI auf die regionalen Denkmalschutzräte übertragen werden; sonst blieb alles beim Alten. Eine erneute Klage brachte im endgültigen Beschluss 2010 jedoch nichts ein. Ein wichtiger Punkt dieses Gesetzes blieb erhalten: Wenn öffentliches Interesse an der geplanten Talsperre besteht, muss die kulturelle Stätte nach der Ausgrabung umgesetzt werden, was für

Hêskîf (Hasankeyf) geplant ist! Wenn die Umsetzung nicht möglich ist, soll der Ort mit entsprechendem Material (Deckschichten) abgedeckt werden, damit er nach Jahrzehnten wieder unbeschadet ausgegraben werden kann. Genau dieser Punkt kam bei Allianoi zur Anwendung. Die Regierung plante die Abdeckung mit Ton, wogegen sofort protestiert und geklagt wurde. Dies zeigte Erfolg, es wurden neue wissenschaftliche Untersuchungen angefordert. Aller internationalen Erfahrung nach wäre das Ergebnis wahrscheinlich nicht positiv für die Regierung ausgefallen. Also beauftragte in dieser Wartephase das DSI ein Unternehmen mit der Bedeckung von Allianoi mit Sand. Sand ist noch riskanter als Ton, da er wasserdurchlässig ist. Obwohl die Bedeckung über Nacht in einer Eilaktion begonnen wurde, kamen Tausende Menschen nach Allianoi, einige ketteten sich sogar an. Mehrere Prominente kritisierten das Vorgehen öffentlich. Doch der Protest erreichte nicht die erwünschte Stärke. Es gab dann noch eine weitere Klage, doch die anschließende Überflutung im Februar 2011 konnte nicht mehr verhindert werden. Jetzt wird es wieder Klagen geben, und der Kampf wird nicht aufhören, kündigte die Allianoi-Initiativgruppe an.



Die Ausgrabungsstätte Allianoi Foto: Ayboğa

Die Flutung von Allianoi ist zweifellos eine der größten Barbareien der Neuzeit an der Kulturgeschichte in der Republik Türkei. Es ist, wie einer der klagenden RechtsanwältInnen, Arif Ali Cangı, sagte, „Mord an der Geschichte".

Allianoi sollte allen Menschen eine Lehre sein, die für den Erhalt von Kultur, Natur und Siedlungen und eine sozial-ökologische dezentrale Entwicklung kämpfen. Es zeigt, dass aktiver massenhafter Protest vor Ort sehr entscheidend ist und ohne ihn selbst gut geführte und erfolgreiche Klagen nicht ausreichen.

Stand beim Ilısu-Staudamm

Zum Ilısu-Staudamm gingen die Entwicklungen inzwischen weiter. Nachdem im Dezember 2010 über 80 % der EinwohnerInnen von Hêskîf (Hasankeyf) sich im Rahmen einer von uns gestarteten Unterschriftenkampagne an die Regierung gewandt hatten, um die Aufhebung der Sperrung der Felsenburg und des weitläufigen Geländes darum herum zu fordern, meldete der Gouverneur im Januar 2011, dass im Frühjahr 2011 der Zugang für TouristInnen wieder möglich sein würde. Doch es gab keine Informationen darüber, was das im Einzelnen bedeutet. Unsere Initiative verfolgt diese Entwicklung ganz genau.

Am 19. März 2011 wurden zum fünften Mal in Folge aus Protest gegen den Ilısu-Staudamm in einer Massenaktion Bäume in Hêskîf (Hasankeyf) gepflanzt. Die 400 TeilnehmerInnen aus Hêskîf (Hasankeyf) und aus Êlih (Batman) sowie die Newroz-Delegationen betonten mit ihrer Pflanzung von über 100 Bäumen, dass die gesellschaftliche Entwicklung durch abgestimmte Investitionen vor Ort und nicht durch Vertreibung der Menschen langfristig zu erreichen sei. Diese Rekordteilnahme an der Baumpflanzaktion zeigt die Verankerung unserer Initiative vor Ort. Doch muss noch viel für eine sehr schlagfertige Bewegung getan werden.

Im Februar 2011 begann eine internationale Kampagne gegen die baskisch-spanische Bank BBVA, weil sie seit Dezember 2010 25 % der Aktien der türkischen GarantiBank besitzt. Die GarantiBank ist bekanntlich einer der Hauptkreditgeber des Ilısu-Staudamms. Neben Briefen unserer Initiative und mehrerer europäischer NGOs an die BBVA haben sich im spanischen Staat mehr als ein Dutzend Gruppen und NGOs zusammengetan, um gegen die BBVA zu protestieren. Nach einem offenen Brief wurde vor der Aktionärsversammlung am 10. März in Bilbao protestiert. In der Aktionärsversammlung griff ein kritischer Aktionär in einer Rede die BBVA scharf an und auch draußen protestierten mehrere AktivistInnen spektakulär mit dem Einsatz von Farben gegen die Beteiligung am Ilısu-Projekt. Die BBVA ist auch an vielen anderen zerstörerischen Projekten beteiligt. Wir verfolgen damit die Strategie, auch die internationale Finanzierung des Ilısu-Projektes zu attackieren. Auch die Gruppen in Spanien haben angekündigt, weiter gegen die BBVA zu protestieren.

Anlässlich des Internationalen Aktionstages gegen Staudämme und für Flüsse, Wasser und Leben (14. März) fanden weltweit Aktionen statt, um auf die dramatischen Folgen von Staudämmen für die Menschen und die Umwelt aufmerksam zu machen. Auch in der Türkei fanden mehrere Aktionen in Istanbul, Rize, Izmit, Antalya, Êlih (Batman), Şirnex (Şırnak) und Dêrsim (Tunceli) statt. In Êlih protestierten wir u. a. mit einem kritischen Theaterstück zum Ilısu-Projekt auf einem der öffentlichen Plätze.

Eine weitere interessante Entwicklung ist die folgende: Am 23. März 2011 führte auf Anordnung des Verwaltungsgerichts von Amed (Diyarbakır) vom Februar eine internationale ExpertInnengruppe Untersuchungen in Hêskîf (Hasankeyf) über eine mögliche Umsetzung der kulturellen Güter durch.

Dies basierte auf einer Klage des Rechtsanwalts Murat Cano aus dem Jahr 2003 für eine Annullierung des Vertrags zwischen türkischer Regierung und Ilısu-Konsortium – einer von insgesamt sechs bisher durchgeführten Klagen gegen das Ilısu-Projekt. Die Regierung und das DSI behaupten seit Jahren, dass zwölf der wichtigsten Kulturgüter in den neuen Kulturpark umgesetzt werden könnten und dass nur 20 % des Denkmalschutzgebietes in Hêskîf (Hasankeyf) überflutet werden würden. Doch im Rahmen der Entwicklungen der zwischen 2007 und 2009 geltenden Exportkreditversicherungsauflagen der drei europäischen Regierungen hatte sich herausgestellt, dass sich wahrscheinlich nur sehr wenige Kulturgüter umsetzen lassen würden; und zwar einfach aus technisch-wissenschaftlichen Gründen.

Eigentlich ist der Denkmalschutzrat von Amed (Diyarbakır) für diese Kulturgüter verantwortlich. Doch ist von ihm bisher kein Beschluss zu einer möglichen Überflutung durch den Ilısu-Stausee gefasst worden, was einer schweigenden Zustimmung gleichkommt. Von diesem Rat ist nichts zu erwarten, weil die WissenschaftlerInnen vor dem Staat gut dastehen wollen.

Die Behauptung der Regierung und des Konsortiums, wonach bis zu 100 Mio. Euro in den Kulturschutz von Hêskîf (Hasankeyf) fließen würden, stellt sich immer mehr als eine Lüge heraus. Denn es sind Jahre vergangen und der Bau hat begonnen. Immer noch ist praktisch nichts passiert. Dies zeigt auch, dass es keine wissenschaftlich vernünftig begründeten Pläne für eine Umsetzung der Kulturgüter geben kann. Hier hat die Regierung nicht nur gelogen, sondern auch klar gegen bestehende Gesetze – wie weiter oben zu Allianoi erwähnt – verstoßen. Denn alle von Talsperren bedrohten Kulturgüter ersten Schutzgrades müssen erst ausgegraben, dann wie in Allianoi bedeckt oder umgesetzt werden. Wenn nun wissenschaftliche Pläne klar aufzeigen, dass dies für Hêskîf (Hasankeyf) praktisch nicht geht, darf nach bestehenden Gesetzen eigentlich gar nicht gebaut werden.



Baumpflanzaktion in Hêskîf Foto: Ayboğa

Auch wenn der türkische Staat oft Gerichtsbeschlüsse ignoriert oder übergeht, schätzen wir die Aufstellung dieses ExpertInnenteams, wofür die Initiative zusammen mit dem Anwalt 6 000 Euro vorgestreckt hat, natürlich positiv ein. Das Gericht hat diesem ExpertInnenteam wegen der genannten Feststellungen, vor allem aber wegen der andauernden Proteste, zustimmen müssen. Wir warten nun auf die Ergebnisse dieses ExpertInnenteams, doch verlassen wir uns nicht darauf. Wir werden es öffentlich begleiten, denn es darf nicht von der Regierung unter Druck gesetzt werden und soll frei nach wissenschaftlichen Kriterien untersuchen. So ist das Verhalten des Regierungsvertreters, der das ExpertInnenteam begleitet, unakzeptabel, wenn er sagt, dass die Regierung sich an alle Gesetze und Regelungen halte.

Dieses Verfahren zeigt weiterhin, dass die Auseinandersetzung um den Ilısu-Staudamm noch nicht ganz ausgetragen ist. Es gibt viele weitere Widersprüche zum türkischen Gesetz. Wenn auch theoretisch das Verwaltungsgericht von Amed (Diyarbakır) den Bau des Ilısu-Staudamms stoppen kann und die Lage eigentlich dafür spricht, ist es angesichts der Interessenlage des Staates und des Kapitals schwer vorstellbar, dass dies nach dreimonatigen Untersuchungen durch das ExpertInnenteam geschieht. Auch wenn es nicht geschehen sollte, sind wir doch zuversichtlich, dass der Bau dieses zerstörerischen Projektes bald gestoppt werden kann.

Währenddessen zeigen Organisationen aus Deutschland und der Türkei mit einem neuen Bericht auf, wie schwerwiegend die Staudammpolitik der türkischen Regierung Menschenrechte verletzt. Der Bericht wurde am 14.3.2011, dem Internationalen Aktionstag für Flüsse, beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf eingereicht. Der Ausschuss wird in seiner Sitzung im Mai 2011 bewerten, inwieweit die türkische Regierung ihrer Verpflichtung nachkommt, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte umzusetzen. Der Pakt ist völkerrechtlich verbindlich und verbietet unter anderem, Menschen ihrer Lebensgrundlagen zu berauben. Da die Türkei den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 2003 ratifiziert hat, ist sie zu einer deutlichen Änderung ihrer Staudammpolitik verpflichtet. Denn sie verstößt gegen zahlreiche im Pakt garantierte Rechte, darunter diejenigen auf Nahrung, Wasser, Wohnen und Gesundheit. Der Bericht untersucht sowohl die gesetzlichen Grundlagen, wie die Enteignungs- und Umsiedlungsgesetze sowie verschiedene Umweltgesetze, als auch eine Reihe von Einzelfällen, darunter den Ilısu-Staudamm, Dämme im Munzur- und im Çoruh-Tal und den Yortanlı-Staudamm. Besonderes Augenmerk legt der Bericht zudem auf die Situation der Nomaden, deren einmalige Kultur durch Staudammbauten akut gefährdet ist, und das Recht auf eine gesunde Umwelt. Der Bericht „Dam construction in Turkey and its impact on economic, cultural and social rights" ist zu finden unter: http://www.gegenstroemung.org ♦

Die demokratische Öffentlichkeit ist jetzt gefragt

Rückwärts in die Zukunft

AZADÎ, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Zu der am 20. Januar 2011 veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (3 StR 179/10), mit der die Anwendung des § 129b StGB auch auf die PKK und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen empfohlen wird, sprach AZADÎ mit Dr. Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des kurdisch-deutschen „Vereins für Demokratie und Internationales Recht e.V." (MAF-DAD).

Wer ist Ihrer Meinung nach die treibende Kraft dieser verschärften Repressionsabsichten und wie ist der Meinungswandel zu erklären, nach weit mehr als zehn Jahren festzustellen, dass die PKK-Strukturen in Deutschland plötzlich nicht mehr als „selbstständiger", sondern als ein „unselbstständiger Teil der Auslandsorganisation" bewertet werden müsse?

Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" (§ 129 Strafgesetzbuch) oder wegen Verstoßes gegen das PKK-Verbot von 1993 (§ 20 Vereinsgesetz) ist ja eine jahrelange und viel kritisierte Praxis gewesen. Nach dieser Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) kann eine neue Stufe der Repression erreicht werden – hinsichtlich der Strafhöhe und der Anzahl potenziell von Ermittlungen Betroffener.

Die treibende Kraft dieser negativen Entwicklung ist die Bundesanwaltschaft (BAW). Die oberste Anklagebehörde in politischen Fällen hat einige Erfahrungen mit dem seit 2002 bestehenden § 129b gemacht, der die Mitgliedschaft oder die Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung bestraft. Es handelt sich um Prozesse gegen islamistische Gruppen, die tamilische LTTE oder die türkische Organisation DHKP-C. Diese Erfahrungen und Urteile sollen jetzt auch auf die kurdische Bewegung in Deutschland angewandt werden.

Der BGH zieht dabei mit und ist bereit, seine bisherige Rechtsprechung aufzugeben. Juristische Gründe dafür oder eine veränderte Sachlage gibt es nicht. Zum Zeitpunkt dieses Urteils gab es den § 129b schon seit acht Jahren, bislang hatte er in Bezug auf angebliche „PKK-Strukturen" aber keine Rolle gespielt.

Welche praktischen Konsequenzen hätte die BGH-Entscheidung für den betroffenen Kreis, sollte das Bundesjustizministerium die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der PKK nach § 129b StGB erteilen?

Es wäre ein Schritt um 20 Jahre zurück. Die bundesdeutsche Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz wäre wieder bei der Gleichung gelandet: Kurden = Terroristen. Die Konsequenzen bestehen in zweifacher Hinsicht. Für so genannte Funktionäre könnten Urteile mit einer deutlich höheren Strafe herauskommen; denn der § 129b ist ein Verbrechen und hat einen weit höheren Strafrahmen als der § 129. In den Pilotprozessen gegen Aktivisten der DHKP-C gab es überwiegend Urteile zwischen 5 und 10 Jahren. Auch würde der Kreis der von Ermittlungsverfahren betroffenen Kurdinnen und Kurden „deutlich größer werden", wie der BGH in seiner Entscheidung selbst feststellt. Politisch Aktive können als Mitglieder – oder zumindest Unterstützer – einer ausländischen terroristischen Vereinigung angesehen werden. „Terrorunterstützung" ist für das Gericht schon „die Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen oder die Vornahme einfacher Hilfsdienste".

Man denke auch an das Verfahren wegen einer islamistischen Internetseite mit inkriminierten Links oder Beiträgen, die zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe führten. § 129b bedeutet also, kurz gesagt, langjährige Haft für „Kader" und eine Grauzone zwischen legalen Aktivitäten und drohender Strafverfolgung für einen großen Personenkreis.

Der BGH bezieht sich in seiner Argumentation u. a. auch auf die EU-Terrorliste, auf der die PKK und deren Nachfolgeorganisationen wie KONGRA-GEL aufgelistet sind. Im Falle der DHKP-C-Verfahren hatte die Bundesanwaltschaft den Versuch unternommen, die Anklagen auf den § 34 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in Zusammenhang mit der EU-Terrorliste zu stützen. Dies hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verworfen – zumindest bezüglich der Zeit bis zum Juni 2007. Wäre ein ähnlicher Versuch bezüglich der PKK denkbar?

Die europäische Terrorliste selbst ist keine Grundlage für ein Ermittlungsverfahren oder gar ein Urteil in Deutschland. Sie wird nur zur politischen und juristischen Argumentation

herangezogen. Dass sie auf Geheimdienstunterlagen beruht, rechtsstaatswidrig zusammengestellt wird und bei vielen gelisteten Organisationen ein Instrument der politischen Anti-Propaganda ist, wurde schon vielfach kritisiert. Im Raum der „Freiheit und des Rechts", wie sich die EU gern nennt, muss eine solche Praxis der „schwarzen Liste" aufhören. Was Verurteilungen wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz betrifft, ist die Bundesanwaltschaft mit ihren Pilotverfahren noch nicht erfolgreich gewesen. Das wird aber fortgesetzt werden. Kriminalisiert werden soll – mit einer noch höheren Strafe als selbst beim § 129b – das Sammeln von Spendengeldern für eine „terroristische Vereinigung" – hier kommt also wieder die Listung der Europäischen Union zum Tragen.

Die Richter des 3. Strafsenats empfehlen darüber hinaus, den Kreis der zu Verfolgenden auszuweiten. Sie sind der Auffassung, es solle nicht differenziert werden zwischen FunktionärInnen und „sonstigen Angehörigen" der Organisation. Welche Auswirkungen hätte das auf die kurdischen Vereine und deren Mitglieder?

Von der gewollten „Grauzone" für politisch Aktive hatte ich ja schon gesprochen. In den DHKP-C-Verfahren spielten legale Tätigkeiten, die in Deutschland die Wahrnehmung von Grundrechten sind, eine Rolle: Vereinsarbeit, Demonstrationen, Veranstaltungen, Zeitungsherausgabe. In den 129b-Prozessen wurden daraus Aktivitäten im Rahmen einer terroristischen Vereinigung. Es gibt ja die massenhafte Erfahrung mit Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Die Verfolgung wegen § 129b wäre wesentlich verschärfter.

Teilen Sie unsere Befürchtung, dass für den Fall der Erteilung einer Verfolgungsermächtigung nach § 129b StGB die Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts torpediert und sich eine verschärfte Repression „gegen den Gedanken der Völkerverständigung" richtet?

Es bestätigt sich, dass Deutschland das Verfolgungsland Nr. 1 gegen die kurdische Bewegung in Europa ist. Es gibt ja nicht nur die enge politische, wirtschaftliche, militärische und diplomatische Beziehung zwischen der BRD und der Türkischen Republik. Es gibt auch eine Verfolgungskooperation. Regelmäßigen Kontakt haben auch das deutsche Bundeskriminalamt und die türkische Generalsicherheitsdirektion sowie die Bundesanwaltschaft und die türkische Staatsanwaltschaft. Das ist politisch ein ganz falscher Weg und ermutigt die türkische Führung in ihrem antikurdischen Kurs. Auch was die Versuche nach einem politischen Dialog mit dem deutschen Staat betrifft, wäre die Stigmatisierung als „Terroristen" falsch und schädlich.

Zum Schluss die kurze Frage: Was tun?

Was die juristische Seite betrifft, kann man zurzeit nur informieren und die weitere Entwicklung analysieren. Einer möglichen neuen Stufe der Repression ist der Weg bereitet, aber eine Praxis hat noch nicht begonnen. § 129b-Verfahren haben die Besonderheit, dass das Bundesjustizministerium eine schriftliche Ermächtigung zur Verfolgung gegen genau bezeichnete Organisationen geben muss. PKK/KADEK/Kongra-Gel/KCK gehören bislang nicht dazu. Es ist also eine politische Ermessensentscheidung der Justizministerin. Deshalb:

Nicht nur die kurdische Gemeinschaft und ihre Vereine, auch Menschenrechtsorganisationen, Juristenvereinigungen, Abgeordnete, Parteien, Professoren oder fortschrittliche Medien sind gefragt. ♦

Was will die deutsche Politik?

Monika Morres, 24. März 2011

Ob Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) den Bundesgerichtshof zu seiner Entscheidung, die Strafverfolgung gegen die kurdische Bewegung zu verschärfen, angeregt hat, wissen wir nicht. Ob die Bundesanwaltschaft dazu animiert wird, die Ermächtigung nach § 129b beim Ministerium zu beantragen, ebenso wenig. In beiden Fällen werden die Verantwortlichen unsere Spekulationen über eine Einflussnahme der Politik auf die Justiz empört von sich weisen. Es wäre allerdings nicht das erste Mal, dass Vermutungen im Nachhinein bestätigt werden.

Was der (neue) Kollege Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) über die kurdische Bewegung denkt, machen dessen Antworten auf eine Kleine Anfrage der LINKSFRAKTION zum Thema „Kurdenspezifische Migrationspolitik" vom Februar sehr deutlich.

Auf die Frage, wie die Bundesregierung gedenke, der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Kurdinnen und Kurden aufgrund der Kriminalisierung spezifischer politischer Betätigung zu begegnen, lautet die unverfrorene Antwort: „Der Bundesregierung ist keine Kriminalisierung kurdenspezifischer politischer Betätigung bekannt" und gipfelt in der Aussage: „Allerdings unterliegen auch die Funktionäre und Anhänger der in Deutschland verbotenen PKK, soweit sie sich strafbar machen, der Strafverfolgung."

Befragt, wie die Bundesregierung „eine Revision des PKK-Betätigungsverbots von 1993 als Möglichkeit einer integrativen und zeitgemäßen Politik" erachte, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre der PKK „Gewaltfreiheit in der BRD" attestiert wurde, folgen Antworten, wie sie von allen bisherigen Bundesregierungen hinlänglich bekannt sind, wobei wir den ersten beiden Sätzen beipflichten wollen:

Schauplatz Großdemonstrationen

„In Deutschland lebt die bei weitem größte kurdische Exilgemeinde außerhalb der nahöstlichen kurdischen Siedlungsgebiete. Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe ist die PKK ein unverändert dominanter Faktor.“ Und was folgert die Bundesregierung hieraus?

„Mit weitreichenden konspirativen Einflusslinien und offener Agitation über ihren in Belgien ansässigen Sender ROJ-TV versteht es die PKK, den in der Türkei mit terroristischen Mitteln geführten Konflikt gerade auch in Deutschland präsent zu halten.“ Um das Gefahren-Szenario weiterzuentwickeln, folgt:

„Deutschland ist in gleicher Weise Raum der Refinanzierung und Rekrutierung wie Schauplatz von Großdemonstrationen und neuerdings wieder vermehrter gewalttätiger Auseinandersetzungen der PKK-Jugendorganisation mit türkischen Gruppierungen.“

Was die Bundesregierung konkret unter „Schauplatz“ versteht, wird nicht weiter ausgeführt und dass kurdische Organisationen und Vereine das demokratische Grundrecht auf Versammlung und Demonstration auch für sich in Anspruch nehmen, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, wird hier aber in einen kriminellen, gar terroristischen Kontext gestellt.

PKK „destruktiver Faktor der inneren Sicherheit“

Wie eng dieser Zusammenhang konstruiert ist, soll die weitere Aussage verdeutlichen:

„Die PKK insgesamt bleibt ein destruktiver Faktor der inneren Sicherheit. Ihre spontane Fähigkeit, auf Lageveränderungen in der Türkei gerade in Deutschland mit massenmilitanten Aktionen zu reagieren, hat sie wiederholt unter Beweis gestellt und damit ein rein taktisches Verhältnis zur Gewalt offenbart.“

Das genügt, um die Kriminalisierung aufrechtzuerhalten:

„Das Betätigungsverbot gegen die PKK bleibt deshalb als Instrument der Prävention wie als Grundlage der Überwachung eines der virulentesten Phänomene innerhalb des militanten ausländischen Extremismus unverzichtbar.“

Mit Blick auf die Entwicklungen in der Türkei, fragt die LINKSFRAKTION danach, welche Schritte die Bundesregierung konkret zur Lösung der kurdischen Frage unternehme und inwieweit sie eine Einbeziehung von Abdullah Öcalan in den Dialog mit der türkischen Regierung für wünschenswert halte. Die Antwort:

„Die Bundesregierung beobachtet die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei, darunter insbesondere auch die Entwicklungen im Hinblick auf die Kurdenfrage, sehr aufmerksam. Der von der türkischen Regierung im Sommer 2009 eingeleitete Prozess der sog. „Demokratischen Öffnung“, der vor allem auch eine dauerhafte Überwindung des Kurdenkonflikts einleiten sollte, hat bisher noch nicht die erhofften Ergebnisse gebracht.“ Eine Aussage, der zugestimmt werden kann.

Bundesregierung führt Gespräche und „ermutigt“

Zum konkreten Beitrag der deutschen Politik in diesem Prozess erfahren wir:

„Die Bundesregierung ermutigt die türkische Regierung in ihren Kontakten, diesen Prozess entschlossen weiterzuführen. In ihren Gesprächen mit der türkischen Seite weist die Bundesregierung regelmäßig darauf hin, dass Lösungen nur durch Gespräche gefunden werden können.“

Ob die Bundesregierung die Türkei im Zusammenhang mit den brutalen Übergriffen der Sicherheitskräfte mit Tränengas und Wasserwerfern auf die TeilnehmerInnen des diesjährigen Newroz-Festes in Amed (Diyarbakır) darauf hingewiesen hat, dass „Lösungen nur durch Gespräche gefunden werden können“, ist uns nicht bekannt.

Der Angriff auf die Menschen dort erfolgte ausgerechnet in dem Moment, in dem sie in von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) initiierten großen Zelten über Perspektiven für eine politische Lösung der kurdischen Frage diskutieren wollten. ♦

Deutschland als Hinterland für türkische Hizbullah-Konterguerilla

Blutspur nach Deutschland

Nick Brauns

Wenige Hundert Meter nach dem Verlassen des Polizeipräsidiums von Amed (Diyarbakır) wurde Polizeichef Gaffar Okkan am 24. Januar 2001 auf dem Sezai-Karakoç-Boulevard im Bezirk Şehitlik bei einem Überfall auf seinen Dienstwagen umgebracht. Mit Okkan starben fünf weitere Polizeibeamte. 460 Schüsse aus Kalaschnikow-Schnellfeuergewehren hatten die 20 Attentäter, die sich zuvor offenbar in einer Moschee verborgen hatten, abgegeben. Okkan, der auch Präsident des beliebten Fußballvereins Diyarbakır Spor war, wurde von der Bevölkerung von Amed (Diyarbakır) geschätzt, weil er die Aktivitäten des Geheimdienstes der Militärpolizei JITEM zurückgedrängt hatte, sodass Verschleppungen und Folterungen von Oppositionellen oder ihre Ermordung auf offener Straße massiv zurückgingen.

Ein Dorn im Auge war Okkan dadurch jenen dunklen Kräften des „tiefen Staates", die während des Spezialkrieges in den 90er Jahren für Tausende Morde an kurdischen Zivilisten verantwortlich waren und nun während des von der Arbeiterpartei Kurdistans PKK verfügten Waffenstillstands um ihren Einfluss fürchteten. Der damalige Innenminister Sadettin Tantan beschuldigte kurz nach der Tat die türkische Hizbullah (im Folgenden TH). Diese in den 80er Jahren im Umfeld von islamischen Buchläden in Amed (Diyarbakır) entstandene sunnitische Organisation, die keine Verbindung zur gleichnamigen schiitischen Widerstandspartei im Libanon hat, bildete während der 90er Jahre einen integralen Bestandteil der türkischen Konterguerilla. Sie wurde vom türkischen Staat systematisch als Gegengewicht zur Arbeiterpartei Kurdistans PKK gefördert. [*s. a. KR 154, S. 10 ff.*]Mit blankem Terror gingen ihre Todesschwadronen in kurdischen Städten wie Amed (Diyarbakır), Êlih (Batman), Farqîn (Silvan), Nisêbîn (Nusaybin), Qoser (Kızıltepe), Midyad (Midyat), Ergani, Mazıdağ, Dêrika Çiyayê Mazî (Derik), Hezex (İdil) und Çewlik (Bingöl), in denen die Massenaktionen der PKK besonders weit entwickelt waren, gegen die zivilen Aktivisten der Befreiungsbewegung, aber auch gegen Anhänger gemäßigter islamischer Strömungen vor. Vermutlich gingen Tausende dieser Morde „unbekannter Täter" auf das Konto der Hizbullah-Killerkommandos, die unter dem wachsamen Blick und dem Schutz des Staates agieren konnten. Ermordet wurden so unter anderem der Abgeordnete der prokurdischen Demokratiepartei DEP, Mehmet Sincar, die Korrespondenten der Zeitung Özgür Ülke, Cengiz Altun und Hüseyin Deniz, der Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD aus Êlih (Batman), Sıddık Tan, der Geistliche Sıddık Turhallı in Amed (Diyarbakır) sowie die islamische Feministin Konca Kuris. Auffällig bei den Aktionen der Hizbullah war, dass sie sich niemals gegen staatliche Einrichtungen gerichtet hatten und in der Regel tagsüber – oft in Anwesenheit der staatlichen Sicherheitskräfte – stattfanden. Doch zunehmend geriet die Hizbullah in der zweiten Hälfte der 90er Jahre außer Kontrolle des Staatsapparates. Ihr Terror richtete sich nun auch gegen islamische Geschäftsleute, die entführt und erst gegen hohes Lösegeld wieder freigelassen oder ermordet wurden. In den Kellern einiger von der Hizbullah genutzter Gebäude fand die Polizei später Massengräber mit den Leichen grausam ermordeter Opfer, deren Folter zuvor auf Videobändern dokumentiert worden war. Nach der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus Kenia auf die Gefängnisinsel Imralı am 15. Februar 1999 und der Verkündung eines langandauernden Waffenstillstands der Guerilla wurde die Hizbullah nicht mehr als Gegenkraft benötigt. Sie galt nun vielmehr als Gefahr für die nationale Sicherheit. Ab März 1999 startete die türkische Polizei mehrere großangelegte Operationen zur Zerschlagung der Terrororganisation. Bei einem Feuergefecht mit der Polizei wurde am 17. Januar 2000 in Istanbul der Gründer der Hizbullah, Hüseyin Velioğlu, getötet. Insgesamt wurden zwischen 1999 und 2002 mehr als 5 000 Personen unter dem Verdacht inhaftiert, Mitglieder der Hizbullah zu sein. Zudem wurden Listen mit den Namen von 20 000 Sympathisanten der Organisation entdeckt.

Mordbefehl aus Deutschland?

„Nach dem Attentat auf Polizeipräsidenten: Kam der Mordbefehl aus Deutschland?", titelte der Berliner „Tagesspiegel" nach dem Anschlag auf Okkan und nannte den Nachfolger Velioğlus, İsa Altsoy, als Hintermann des Anschlages. „Der 40-jährige Altsoy soll nach diesen Informationen vor etwa einem Jahr mit falschem Pass in die Bundesrepublik eingereist sein, wo er bis heute vermutet wird. Bereits im Februar 2000 soll er von Deutschland aus einen Befehl gegeben haben, mit Anschlägen auf die türkische Polizei Rache für die Erschießung Velioğlus und die Festnahme hunderter Hisbollah-Mitglieder zu nehmen."[1] Am 21. April 2009 wurde der mutmaßliche Türkei-Chef der Hizbullah, Beşir Varol, von der 6. Großen Strafkammer in Amed (Diyarbakır) wegen Anstiftung zur Tötung von Okkan zu einer Haftstrafe von 18 Jahren und 9 Monaten verurteilt.

Welche Rolle Hizbullah-Führer Altsoy bei dem Attentat auf den Polizeipräsidenten gespielt hat, konnte nicht geklärt werden. Denn Altsoy hatte sich im Jahr 2000 mit Hilfe eines falschen iranischen Passes auf den Namen Mohammad Javad dem Zugriff der türkischen Polizei durch Flucht ins Ausland entzogen.[2] „Unter seiner Führung rekrutiert die Hizbullah seine Mitglieder auch in der kurdischen Diaspora, veröffentlicht Bücher und Magazine und verfügt in Diyarbakir … über eigene Buchhandlungen", schrieb Amalia van Gent in der NZZ.[3] Altsoy gilt auch

als Verfasser des 2004 unter dem Pseudonym Isa Bagadi veröffentlichten Buches „Kendi Dilinden Hizbullah ve Mücadele Tarihinden Önemli Kesitler“ (Hizbullah in eigenen Worten und ein wichtiger Querschnitt Geschichte des Kampfes).

Im Dezember 2007 wurde Altsoy aufgrund eines türkischen Interpol-Haftbefehls beim Grenzübertritt von Deutschland in die Schweiz verhaftet, doch später wieder freigelassen. Auch in 12 weiteren Fällen hatten türkische Justizbehörden nach Auskunft der Bundesregierung seit 2003 die Auslieferung von in Deutschland lebenden mutmaßlichen Hizbullah-Aktivisten verlangt. Nur in einem Fall erfolgte tatsächlich die Überstellung der gesuchten Person in die Türkei. In den anderen Fällen lehnten die zuständigen Gerichte oder Justizbehörden eine Auslieferung aufgrund mangelnder beiderseitiger Strafbarkeit, Asyl- und Auslieferungsschutz sowie der Nichterfüllung formeller Voraussetzungen ab.[4]

Die vorübergehende Verhaftung Altsoys war ein weiterer Beleg für die Vermutung, dass Deutschland ein Rückzugsraum für Hizbullah-Aktivisten aus der Türkei ist, die sich der vorübergehenden Verfolgung ihrer Organisation entzogen hatten, um von hier aus auch die Neuorganisation der Bewegung in der Türkei zu koordinieren. So warnte der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005, dass Anhänger der Hizbullah „vor dem Fahndungsdruck der türkischen Behörden in verstärktem Maße nach Europa und dabei auch nach Deutschland ausgewichen“ seien.[5] Und der Bremer Verfassungsschutz meldete im Jahr : „Seit der Zerschlagung in der Türkei bemühen sich die in Europa lebenden Anhänger um einen Wiederaufbau der Organisation im Heimatland. Zunehmend betreiben die Anhänger der Organisation dafür u. a. in Deutschland Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen.“[6] So seien die der TH zuzurechnenden Zeitschriften „Inzar“ (Warnung) und „Doğru Haber“ (Richtige Nachricht) in Bremen verbreitet worden, in denen auch offen antisemitisch agitiert wird. „Fakt ist, der Tag wird kommen, an dem die Muslime die Juden besiegen werden, sie werden sie töten, wo immer sie sie sehen“[7], heißt es in Inzar. Der Bremer Verfassungsschutz geht dabei von rund 200 Hizbullah-Mitgliedern in Deutschland aus.

Schattenstrukturen in Deutschland

„Eine Anzahl von TH-Mitgliedern konnte sich ihrer Verhaftung im Jahre 2000 durch die Flucht nach Europa bzw. in die Nachbarstaaten der Türkei entziehen“, bestätigte nun die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der innenpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke im Februar 2011. „Nach dem Jahr 2000 baute die TH in verschiedenen europäischen Staaten (Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien, Belgien, Niederlande und Frankreich) Personennetzwerke sowie Schattenstrukturen erneut auf.“[8] US-Sicherheitsexperte Gareth Jenkins, Autor des Buches „Political Islam in Turkey“, warnte 2008 im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“: „Heute hat sich die Hisbollah sowohl militärisch als auch politisch neu organisiert, die Führung sitzt vermutlich in Deutschland und entzieht sich so dem Zugriff der türkischen Behörden. Die Hisbollah ist heute wieder die bei Weitem größte Untergrundorganisation in der Türkei.“[9] Die Hizbullah habe sich nach ihrer Zerschlagung „vorwiegend von Deutschland aus neu konstituiert“[10], meldete die Welt. Die türkische Tageszeitung Hürriyet nannte unter Berufung auf die türkische Generaldirektion für Sicherheit neben Isa Altsoy die Namen der sechs weiteren Hizbullah-Führer Mehmet Tahir Çiçek, Mehmet Ali Doyar, Metin Tekgöçen, Kemal Kızar, Ali Demir und Nimet Bayka, die sich in Deutschland bzw. anderen europäischen Ländern aufhalten sollen.[11] Einige von ihnen sollen inzwischen sogar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Ob die Informationen der Tageszeitung DIE WELT zutreffen, dass sich die Führung der TH in Deutschland aufhalte, wollte die Linksfraktion in ihrer Anfrage von der Bundesregierung wissen. Hier dementiert die Bundesregierung nicht, weicht aber ebenso wie bei Fragen zur Anzahl von Hizbullah-Mitgliedern in Deutschland, ihren Vereinsstrukturen und möglichen Kontakten zur Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş einer offenen Antwort aus. Die Antworten seien Verschlusssache (VS) – „VS-Vertraulich“ bzw. „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ –, wird auf die Geheimschutzstelle des Bundestages verwiesen, in die nur Bundestagsabgeordnete unter dem Siegel der Verschwiegenheit Einblick haben. Damit gibt die Regierung indirekt zu, dass die Hizbullah in Deutschland offensichtlich mit Wissen des Verfassungsschutzes agiert – und dies nicht erst seit gestern.

Bereits in den 90er Jahren bot sich die Bundesrepublik als Rückzugsland für Hizbullah-Aktivisten an, die nach ihren Morden in der Türkei aus der Schusslinie gebracht werden mussten. So setzte sich Şefik Polat, einer für eine Reihe von Morden unter anderem am Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins von Êlih (Batman), Sıddık Tan, verantwortlicher Hizbullah-Führer aus Êlih (Batman), 1993 nach Deutschland ab. Polat wurde von Innenminister Ismet Sezgin als „die Schlüsselfigur“ für den Mord am Schriftsteller Uğur Mumcu bezeichnet. Mumcu, ein Mitarbeiter der Tageszeitung Cumhuriyet, hatte sich mit kritischen Themen wie Waffenschmuggel, Korruption, aber auch dem politischen Islam und der kurdischen Frage beschäftigt. Am 24. Januar 1993 wurde er in Ankara durch eine Bombe in seinem Auto getötet. Polat war zwei Tage nach der Ermordung Mumcus festgenommen worden. Doch schon nach zwei Tagen Haft kam der Hizbullah-Mann frei. Er wurde nach Deutschland gebracht, wo er politisches Asyl beantragte. Zur Täuschung der Asylrichter erklärte er, er halte den Kampf der PKK für legitim. Der Mord an Mumcu kam in der Anhörung ebenso wenig zur Sprache wie der Mord an Sıddık Tan. „Die türkische Konterguerilla benutzte die Hizbullah auch, um ihr einige andere Morde, die sie unmittelbar selbst begangen hatte, in die Schuhe zu schieben, um die eigene Verantwortung zu vertuschen. Und in dem Fall des Mordes an Mumcu, der für die türkische Öffentlichkeit äußerst wichtig war, wurde trotz der bekanntlich sonst so engen polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland nicht im geringsten gegen Polat vorgegangen, obwohl sein Aufenthaltsort bekannt war“, schreibt Konterguerilla-Experte Selahattin Çelik und fügt hinzu: „Şefik Polat ist keine Ausnahme. Seit 1993 wurden noch viele andere Hizbullah-Kader, die in Morde verwickelt waren, in westeuropäische Länder, insbesondere die Bundesrepublik, geschickt.“[12]

Zurückgreifen konnten die Hizbullah-Führer nach ihrer Flucht aus der Türkei in Deutschland wohl nicht nur auf ihre

bereits in den 90er Jahren hierher gelangten Kameraden, sondern auch auf die Strukturen der von kurdischen Migranten dominierten „Islami Hareket". Diese Gruppierung hatte sich 1989 vom später vom Bundesinnenministerium verbotenen Kalifatsstaat des Metin Kaplan abgespalten, weil sie sich stärker am Iran orientierte und eine offener gewaltorientierte Ausrichtung vertrat. Die Islami Hareket soll nach Informationen türkischer Journalisten Beziehungen zur türkischen Hizbullah unterhalten haben oder sogar deren „legaler Zweig" in Europa gewesen sein. Dies hatte unter anderem Metin Dalman in einem Beitrag für das ZDF-Magazin Kennzeichen D unter Verweis auf die Aussagen des im Herbst 1993 nach Deutschland geflohenen Hizbullah-Aktivisten Şevik Polat behauptet.[13] Eindeutige Belege für die Identität der offiziell im Jahr 2002 selbst aufgelösten Islami Hareket mit der TH gibt es nach Aussagen des Verfassungsschutzes NRW zwar nicht. Doch „da sich Ideologie und Zielsetzung von `Kalifatsstaat´ und `Türkischer Hizbullah´ nicht wesentlich unterscheiden und es auch schon vorher zu Wechseln einzelner Personen vom `Kalifatsstaat´ über die `Islami Hareket´ zur `Türkischen Hizbullah´ gekommen zu sein scheint, kann ein potentielles Rekrutierungsreservoir nicht ausgeschlossen werden"[14], so der Geheimdienst in einer Einschätzung.

Heute unterhält die türkische Hizbullah in der Bundesrepublik nach Erkenntnissen der Bundesregierung mehrere Moscheevereine, darunter die Hamburger Vahdet Moschee, die auch Mitglied im „Schura Rat" der islamischen Gemeinschaften ist. In den zur Hizbullah gehörenden Vereinen werden religiöse und politische Veranstaltungen durchgeführt und Spenden gesammelt, so etwa zu Gunsten von Erdbebenopfern in der Türkei.

„Beträchtliches Bedrohungspotential"

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung verfügt die Hizbullah in der Türkei heute zwar nur über maximal 3 500 Mitglieder, doch über ihr breites Sympathisantennetzwerk könne sie wie etwa zum Geburtstag des Propheten Muhammad am 8. März 2009 in Amed (Diyarbakır) mehrere zehntausend Personen mobilisieren. Anfang Januar 2011 wurden unter dem Jubel von Tausenden Anhängern 18 hochrangige Hizbullah-Führer nach zehnjähriger Verfahrensverschleppung aus türkischer Haft entlassen. Als der Oberste Gerichtshof zwei Wochen später die erstinstanzlich im Jahr 2000 verhängten lebenslänglichen Haftstrafen wegen Mordes an 188 Menschen bestätigte, waren 16 der unter Meldeauflagen Entlassenen spurlos verschwunden. Die prokurdischen und kemalistischen Oppositionsparteien beschuldigten daher die islamisch-konservative AKP-Regierung, mit der TH zu kooperieren. Zu einer solchen Kooperation liegen der Bundesregierung nach eigenen Angaben keine Erkenntnisse vor.

Endziel der türkischen Hizbullah sei weiterhin die Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf türkischem Staatsgebiet. „Im Rahmen ihrer derzeitigen Strategie verzichtet die TH dabei nach außen hin auf Gewalt und richtet sich stattdessen verstärkt an der sozioökonomischen Strategie der palästinensischen HAMAS aus"[15], meint die Bundesregierung. „Die TH verfolgt das Ziel, sich innerhalb der türkischen Gesellschaft als einflussreiche Organisation zu etablieren, um sich auf diese Weise wieder mehr politische Unterstützung zu verschaffen und politische Präsenz zu zeigen."[16]

Der letzte gewaltsame Übergriff in der Türkei, der der Hizbullah zugeordnet wird, fand laut Bundesregierung im Jahr 2001 statt. Um sich eine Basis zur Umgestaltung der Gesellschaftsordnung von innen her zu schaffen, verstärkt die Hizbullah ihre Bemühungen im sozialen Bereich sowie ihre Propagandaaktivitäten. „Nicht auszuschließen bleibt dabei, dass die TH zukünftig die Option der Gewaltanwendung wieder in Betracht zieht", warnt die Bundesregierung. In einem solchen Fall ginge von der Organisation „ein beträchtliches Bedrohungspotential aus, da die TH auf aus der Haft entlassene `alte Aktivisten´ zurückgreifen kann und über straffe Organisationsstrukturen verfügt."[17]

Deutsche Mitverantwortung

„Deutschland darf kein Hinterland für Konterguerilla-Mörder sein", erklärte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, nach der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken. Doch während linke türkische und kurdische Organisationen in der Bundesrepublik mit Terrorparagraphen und dem PKK-Verbot verfolgt werden, erfreuen sich die ehemaligen Konterguerilla-Killer der Hizbullah offensichtlich des weitgehenden Wohlwollens der deutschen Sicherheitsbehörden. Unter den Augen des Verfassungsschutzes konnten sie sich in Moscheevereinen organisieren und von hier aus auch den Wiederaufbau der Organisation in Kurdistan leiten. In Verfassungsschutzberichten taucht die Organisation dabei nur in Ausnahmefällen auf, obwohl selbst die Bundesregierung von einem beträchtlichen Bedrohungspotential spricht. Verbote gegen Hizbullah-nahe Vereine oder die zum Teil offen antisemitische Presse der Organisation wurden bislang keine bekannt. Die deutsche Politik gegenüber der Hizbullah entspricht so der Politik der türkischen AKP-Regierung, die inhaftierten Hizbullah-Führer kurz vor ihrer endgültigen Verurteilung frei und unter den Augen der Polizei abtauchen zu lassen. Offensichtlich ist die Existenz einer reaktionären islamischen Bewegung als Gegengewicht zur kurdischen Befreiungsbewegung auch im Interesse der Bundesregierung. Deutschland trifft damit auch in diesem Punkt eine Mitverantwortung für die ungelöste kurdische Frage in der Türkei. ♦

Fußnoten:
1 Tagesspiegel 25.1.2001.
2 Milliyet 12.3.2001.
3 NZZ 13.6.2006.
4 Bundestagsdrucksache 17/4963.
5 Verfassungsschutz NRW, Zwischenbericht September 2005, 40.
6 Verfassungsschutzbericht Bremen 2009, 63.
7 Inzar Februar 2009.
8 Bundestagsdrucksache 17/4963.
9 Welt 11.4.2008.
10 Welt 22.1.2010.
11 Hürriyet 9.1.2008
12 Selahattin Çelik: Die Todesmaschine – Türkische Konterguerilla, Köln 1999, 122f.
13 ZDF, Kennzeichen D, 26.11.1997.
14 Verfassungsschutz NRW, Zwischenbericht September 2005, 41.
15 Bundestagsdrucksache 17/4963.
16 Ebda.
17 Ebda.

ORIENTALISMUS bei SAID und ÖCALAN, und unser Alltag

Für eine alternative demokratische Moderne

Luqman Guldivê

Eine alte Frau, nach eigenen Angaben eine pensionierte Lehrerin, zeigte auf die Straße und sagte: Früher war alles besser, weniger Lärm und viel weniger Dreck; die Afrikaner und eure Landsleute (sie wusste nicht, woher ich stamme) haben alles verdorben. Ich erwiderte voller Ironie: Nachdem ihr so lange gutmütig versucht habt, sie zu kolonialisieren, ist es wirklich unverschämt, dass sie hierher kommen und alles verderben. Sie antwortete darauf, dass die Kongolesen nicht bereit gewesen seien, sich selbst zu verwalten, und Belgien lediglich versucht habe, ihnen beizubringen, wie ein Staat funktioniert und wie man sich selbst verwalten kann. Wohl nicht sehr erfolgreich!

Dies spielte sich vor einem Jahr ab, als ich den kurdischen Fernsehsender Roj TV im belgischen Denderleeuw nach einem Angriff der belgischen Polizei besuchte. Eine alte flämische Frau sagte es, als wäre es selbstverständlich, dass Belgien bzw. andere westliche Mächte als Kolonialmacht die Menschen im Kongo – und eigentlich überall in „weniger entwickelten" nichteuropäischen Kulturen – beherrschen und verwalten musste, weil sie das selber nicht konnten und nicht wussten.

Ein eigentlich gar nicht so fremder Gedanke bei der Annäherung an andere Völker – auch heute und durch die neokolonialistischen Weltmächte. Dass die Iraker selbst nicht in der Lage gewesen seien, sich zu verwalten, und eine westliche Koalition gebraucht hätten, um sich vom Joch des Diktators – ehemaliger Freund und Verbündeter derselben Koalition – zu befreien, wissen „wir" ja alle. Afghanistan kennen „wir" auch noch; die Afghanen – alles andere als demokratisch und korrupt bis in die Fingerspitzen – hätten ohne „unsere" europäisch-westliche Koalition gar keine Chance auf eine demokratische Entwicklung gehabt. Die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten passen schon nicht mehr so sehr ins Bild, aber das werden „wir" im Nachhinein in Ordnung bringen, „wir" sind ja schon in Libyen dabei, den unfähigen „Orientalen" zu helfen, den Diktator loszuwerden. Was hätten „sie" ohne „uns" wohl gemacht?

Die westlichen Mächte brauchten wohl den Orientalismus, um Kriege untereinander zu vermeiden und teilen zu können.

Es kann sich sehr vereinfacht anhören, aber meine Erfahrung mit der alten flämischen Dame in Denderleeuw und mit politischen Ereignissen und insbesondere Rechtfertigungen und Begründungen vielerlei Aktionen des Westens im „Orient" deuten alle auf eine Besonderheit unserer westlichen „Moderne" – im Sinne von kapitalistischem Weltsystem – hin. Unser Verhalten und unsere Handlungen gegenüber denjenigen, die von uns als kulturell weniger entwickelt und fähig betrachtet werden, sind sehr von diesem Konzept – oder eher diesem Konstrukt, ebenso wie „Westen" selbst – des „Orientalismus" geprägt.

Es ist nicht zu übersehen, dass dieses Konstrukt uns (in erster Linie Menschen westlicher Prägung, aber auch „Orientalen") auf einer Art und Weise beeinflusst hat, dass wir uns Okzident und Orient ohne die im Rahmen dieses Konstrukts geschaffenen Ideen, Eindrücke und auch Klischees nicht mehr vorstellen können. Es mag sich übertrieben anhören, aber als ein ehemaliger Student der Arabistik und Iranistik muss ich die Übermacht dieses Konstrukts anerkennen. In allen Bereichen unserer Annäherung (sowohl als „Okzidentale" als auch als „Orientale") sind die Kategorien bestimmend, die von diesem Konstrukt festgelegt wurden und werden. Da selbst die Identität „okzidental" konstruiert ist, stellt sich für viele Menschen die Frage, wie eine alternative Annäherung aussehen kann?

Das hat sich auch Edward W. Said (1935–2003), einer der besten Literaturwissenschaftler des zwanzigsten Jahrhunderts, gefragt. In seinem Buch *Orientalism*[1], das er im Jahre 1978 verfasste, versucht er Orientalismus zu verstehen und zu beschreiben, bevor er sich dieser Frage widmet. Er hebt besonders hervor, dass weder der Begriff „Orient" noch das Konzept des „Westens" in irgendeiner Form eine ontologische Stabilität aufwiesen; beide seien vom Menschen geschaffen (*made up of human efforts*), zum Teil durch Behauptungen und zum Teil durch Identifizierung des Anderen. Aus dieser Grundvorstellung heraus, in der er eine strenge (wenn nicht essenzielle) Liaison zwischen Westen und Orient darstellt, argumentiert Said, dass es einen Unterschied zwischen zwei Formen des Wissens (*knowledge*) gebe (wenn beide Vorstellungen als Formen desselben angesehen werden dürf-

ten). Nach ihm ist dieser Unterschied entscheidend, um *Orientalismus* verstehen zu können.

Bevor ich auf diesen Unterschied zurückkomme, möchte ich gern darauf hinweisen, dass Edward W. Saids Interesse eher auf Kultur, Ideen, Geschichte und Macht gerichtet ist und weniger auf das, was wir heute als Nahostpolitik beschreiben würden. Sein Interessenschwerpunkt lässt uns auch verstehen, welche Position er im Rahmen des genannten Unterschiedes einnimmt. Für ihn gibt es auf der einen Seite das Wissen über andere Völker und Zeiten, welches aus Verständnis, Mitgefühl und sorgfältiger Forschung resultiert. Wie wir schon aus seinem eigenen Schwerpunkt erkennen, betrachtet er diese Art Wissen als eine eher konstruktive Annäherung und wird sie später als eine mögliche Basis für eine Alternative vorschlagen. Auf der anderen Seite gibt es aber ein Wissen[2], dass Teil einer globalen Kampagne der Selbstbehauptung, der Kriegsführung und des puren Krieges ist (Herrschaftswissen). Wenn wir diesen Unterschied näher betrachten, sehen wir, dass vor allem der Zweck des Erwerbens dieses Wissens für die Art des Wissens bestimmend ist. Said weist auf einen sehr großen Unterschied zwischen dem Willen zum Verständnis für die Zwecke der Koexistenz und der Erweiterung des humanistischen Horizonts und dem Willen zur Dominanz für die Zwecke der Kontrolle und Erweiterung des Einflussgebiets hin. Wie wir schon ahnen können, macht er einen großen Unterschied zwischen denjenigen Wissenschaftlern aus, die aus humanistischen Beweggründen handeln, und jenen, welche im Auftrag eines Staates handelnde professionelle „Wissenschaftler" sind.

> Die Alternative wäre dadurch zu schaffen, dass erkannt werde, dass eine andere Welt (außerhalb der kapitalistischen Moderne) möglich sei, die auf demokratischen Prinzipien beruhe.

Edward W. Said identifiziert Orientalismus als jenes Wissen über den Orient, welches Dinge (*things*) in Klassen, im Gerichtsgebäude, Gefängnis oder im Forschungshandbuch, in der Forschung, bei der richterlichen Entscheidung oder der Machtausübung als *oriental* klassifiziert (vgl. Said 2003: S. 41). Die westlichen Mächte brauchten wohl den Orientalismus, um Kriege untereinander zu vermeiden und teilen zu können. Nach Said war das, was sie teilten, nicht nur Land, Profit und Herrschaft, sondern vor allem eine Art intellektuelle Macht. Eine intellektuelle Macht, die Said Orientalismus nennt (ebenda). Er sah den Orientalismus als eine Art Archiv oder Bücherei an, die durch eine Ideenfamilie und ein vereinheitlichtes Bündel an Werten zusammengehalten wird und ihre Effektivität bewiesen hat. Diese Ideen haben vielerlei Funktionen: Sie erklären das Verhalten der Orientalen, sie geben den Orientalen eine Mentalität, eine Genealogie, eine Atmosphäre, vor allem erlauben sie den Europäern, die Orientalen als ein Phänomen zu sehen, welches regelmäßige Eigenschaften besitzt. Dieser Gedanke, der sowohl die Völker beeinflusst hat, die als orientale, wie auch jene, die als okzidentale bezeichnet werden, weist auf den Unterschied zwischen „Überlegenheit" – Stärke – des Okzidents und „Minderwertigkeit" – Schwäche – des Orients als die Essenz des Orientalismus hin. Nach Said hat der Orientalismus selbst im Laufe seiner Geschichte diesen Unterschied vertieft und sogar verfestigt. Der Orientalismus erdenkt Unterschiede zwischen Kulturen erst durch die Schaffung eines Schlachtfeldes, das sie trennt, und lädt dann den Westen ein, den anderen durch überlegenes Wissen und entsprechende Macht zu kontrollieren und zu beherrschen. Orientalismus nimmt also den Völkern des „Orients" auch ihr Selbstbestimmungsrecht.

Abdullah Öcalan sieht im Orientalismus einen wissenschaftlichen Ausdruck der ideologischen Hegemonie – das entspricht in etwa Saids Begriff von „intellektueller Macht" –, die von der europäischen Moderne (kapitalistische Moderne) für Orient und Nahen Osten entwickelt worden sei.[3] Die Funktion von Orientalismus halte bis heute als eine sehr einflussreiche geistige Hegemonie an. Öcalan hält diese ideologische Eroberung für viel einflussreicher als die Globalisierung der – kapitalistischen – Moderne.[4] Für Öcalan besteht Orientalismus nicht aus den Gedanken der europäischen Wissenschaftler über die Zivilisationen und Gesellschaften des Nahen Ostens. Statt der Entwicklung des wissenschaftlichen Gedankenguts über die eigene gesellschaftliche Natur und der Verwirklichung eigener Aufklärung stellt für ihn die Abhängigkeit von der ideologischen Hegemonie der Modernität, und deren Wissensstrukturen zugrunde zu legen, Orientalismus dar.

Öcalan übt scharfe Kritik an diversen östlichen und westlichen Versuchen, die sich als Alternative der Moderne (bzw. Anti-Kapitalismus) präsentieren. Er weist darauf hin, dass fast alle auf orientalistischen Thesen basierten; als Beispiel nennt er die islamistischen Anti-Modernisten. Die Anarchisten und diverse linke Bewegungen seien, so Öcalan, nicht in der Lage, im Allgemeinen ohne Modernismus (als kapitalistisches Weltsystem) und bezüglich des Nahen Ostens ohne Orientalismus zu denken; sie könnten sich davon nicht befreien. Er bezeichnet die chinesische Moderne als Triumph des Orientalismus, weil sie sich eben genau auf dem Orientalismus basierend verwirklicht habe. Denn die Kritik des Orientalismus allein biete noch nicht die Möglichkeit, sich aus seinem Bann zu befreien. Es müsse eine alternative Ideologie bzw. Annäherungsweise geben, damit die Menschen nicht eine Moderne durch eine andere ersetzen (der Iran ersetzte die kapitalistische Moderne durch eine schiitische Moderne). Öcalan schlägt vor, Moderne als ein langfristiges und auf drei Grundsteinen (Kapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus) basierendes Weltsystem, mit seiner Anbindung an das zentrale Zivilisationssystem, zu kritisieren. Er ergänzt sein Bild dadurch, dass er eine Alternative mit einer demokratischen Systematik vorschlägt. Für ihn kann man nur, wenn man Anti-Modernist ist, Anti-Orientalist werden. Er betrachtet den radikalen Islamismus als eine „orientalistische" Art des Modernismus und sieht die türkischen, arabischen und persischen Revolutionen als „orientalistische" Revolutionen an, weil sie als ihr erstes Ziel die Grün-

dung moderner Nationalstaaten gewählt hätten. Schlussfolgernd sei zu erkennen, dass die kapitalistische Moderne im Nahen Osten ein internes Phänomen geworden sei, sie sei aber anders als im Westen, sie sei das schwächste Glied des globalen Kapitalismus. Die Alternative wäre dadurch zu schaffen, dass erkannt werde, dass eine andere Welt (außerhalb der kapitalistischen Moderne) möglich sei, die auf demokratischen Prinzipien beruhe.

Nun, die alte flämische Dame, die Akademiker des ungenauen Fachbereichs Orientalistik, Politiker im „Westen" und im „Orient", „wir" im Westen und Orient sind sehr stark vom Orientalismus geprägt; die Erkenntnis, dass Orientalismus die Summe des durch den Willen zur Dominanz für die Zwecke der Kontrolle erworbenen Wissens ist (Saids Vorstellung) und dass sie die ideologische Hegemonie der europäischen Moderne für den Nahen Osten ist (Öcalans Auffassung), reicht nicht aus, um uns vom Orientalismus zu befreien. Notwendig ist ebenfalls, dass das alternative (für Said humanistische) Wissen gestärkt wird, die kapitalistische Moderne richtig analysiert wird und das Wissen für die alternative demokratische Moderne erworben wird, dass Erfahrungen gesammelt und soziale, kulturelle und politische Strukturen gebildet werden. Dann würde die Koexistenz der alten flämischen Rentnerin und ihrer afrikanischen und kurdischen Nachbarn vielleicht anders aussehen. ♦

Fußnoten:
1 Said, Edward W.: Orientalism, vintage books, New York, 2003 (Erstausgabe 1978).
2 Er tendiert eher dazu, dies nicht als Wissen zu beschreiben („if that is what it is").
3 Uygarlık Manifestosu 4. Kitap: Ortadoğu'da Uygarlık Krizi ve Demokratik Uygarlık Çözümü, Mezoptamya Yayinevi, Neuss, 2010.
4 Der Begriff wird von Öcalan ausschließlich für das kapitalistische Weltsystem benutzt, er schlägt ein alternatives Weltsystem vor, das er als demokratische Moderne bezeichnet.

Wan: Ökologisches Frauen-Dorf in Planung

Die Kommission für Geschlechtergerechtigkeit des Provinzrates von Wan (Van) hat entschieden, ein Dorf für Frauen zu errichten, in dem die Lebenssicherheit von Frauen gewährleistet werden soll, die bedroht und unterdrückt werden und die um ihr Leben fürchten müssen. In diesem Dorf soll die Lebenssicherheit der Frauen gewährleistet werden, sie sollen vollen Zugang zu einem Gesundheits- und Bildungssystem erhalten und gleichzeitig in einem ökologisch ausgerichteten Dorf organische Landwirtschaft und Tierzucht betreiben.

Frauen, die im jungen Alter für Brautgeld verheiratet werden, die aufgrund des Ehrbegriffes ermordet werden, die bei der Polizei verzweifelt um Unterstützung bitten, doch wieder zurück zu ihren Mördern geschickt werden, die Opfer von Belästigungen und Vergewaltigungen werden, die ständiger physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind – aufgrund der täglichen Ereignisse dieser Art, die auf Seite drei der türkischen Presse in Form von kurzen Meldungen erscheinen, hat der Provinzrat von Wan sich für ein solches „Frauendorf" entschieden. Die Arbeiten für den Aufbau des 150 Hektar großen Dorfes in Wan, in welchem Frauen aus Wan, Bitlis, Agiri (Ağrı), Muş, Erdexan (Ardahan), Îdir (Iğdır), Colemêrg (Hakkari), Erzirom (Erzurum) und Qers (Kars) Platz finden sollen, haben bereits begonnen.

Für die Sicherheit der Frauen wird die Stadtverwaltung Wan verantwortlich sein. Außerdem sollen die Frauen dabei unterstützt werden, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen. So sollen berufsausbildende Kurse im Dorf angeboten werden. In dem Dorf sollen die Frauen einerseits Möglichkeit erhalten, sich psychisch zu rehabilitieren, und andererseits sich darauf vorbereiten können, sozial und wirtschaftlich sich von Neuem in die Gesellschaft einzubringen. Die Frauen sollen dann selbst die Entscheidung fällen dürfen, wann sie das Dorf verlassen und ihr Leben von Neuem aufbauen wollen.

Ein Großteil des Dorfes soll in Grünflächen umgewandelt werden und als Energiequelle soll vor allem die Solarenergie verwendet werden. Geplant sind einstöckige Häuser mit Vorgarten, sodass die Frauen im Sommer im Garten und im Winter in Gewächshäusern anbauen können. Die Produktion und der Konsum sollen vollständig auf natürlicher Grundlage basieren und für den Tausch soll es einen zentralen Marktplatz geben.

„In einer zweimonatigen Vorarbeit haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Frauenvereine das Projekt ausgearbeitet und somit die Grundlage für das erste Rehabilitationszentrum für Frauen in dieser Form in der Türkei erarbeitet", so die Vorsitzende des Provinzrates von Wan, Semira Varlı. Ziel sei es, dass alle Frauen, die dieses Dorf verlassen, anschließend in der Lage sind, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Das Dorf soll zum 08. März 2012, dem Weltfrauentag, fertiggestellt werden.

Quelle: ANF, 31.03.2011, ISKU

Die Deplatzierung der Kurden in den Sozialwissenschaften

Existenzkampf auf wissenschaftlich-akademischer Ebene erforderlich

Ayhan S. Işık

In den 1950er Jahren war es ein wissenschaftliches Ziel, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in einzelne Disziplinen aufgeteilten Sozialwissenschaften mit interdisziplinären Ansätzen erneut zusammenzuführen.

Die Untersuchungsebenen der Sozialwissenschaften, eurozentriert, orientalistisch und mit einer nicht vorwärts gerichteten Perspektive begründet, wurden eingeengt und im Namen der Fachkunde in ihre Grenzen gezwängt. Und damit wurden die Bindungen zwischen den einzelnen Disziplinen nahezu getrennt. Die als Sozialwissenschaften institutionalisierten fünf Grundwissenschaften (Geschichts- und Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Politologie, Anthropologie) wurden als wichtiges Medium zur positiv gesehenen gesellschaftlichen Neugestaltung und Nationenbildung verstanden.

Die Gulbenkian-Kommission traf sich im Jahre 1993, um ein neues Verständnis der Sozialwissenschaften zu entwickeln und deren Arbeitsteilung zu hinterfragen. Der von Anfang an auf fehlerhafter Grundlage stehende Begriff von Wissenschaft sollte neu untersucht werden.[1]

Dieses Verständnis hatte – wie in vielen anderen Ländern – auch in der Türkei seinen Widerhall gefunden. Aber da dort die Sozialwissenschaften zusammen mit dem Staat reichlich gesündigt hatten und sich davon reinigen müssen, würde diese Phase viel Zeit in Anspruch nehmen.

Heute ist es – abgesehen von einigen wenigen Arbeiten – zweifelhaft, ob diese Reinigung überhaupt gewollt ist.

Sozialwissenschaften in der Türkei

Mit den 1930er Jahren entwickelte sich ein Verständnis von „Wissenschaft", welches der Unterstützung der Staatspolitik diente und eine organische Bindung an Staat und Ideologie hatte.

Mit Arbeiten wie „Die These der türkischen Geschichte", „Die Theorie der Sonne und der Sprache" wurde daraus eine physische Basis für die Vereinheitlichung einer neuen Nation zu schaffen versucht. Von den Unionisten inspiriert entstand in den Sozialwissenschaften dahingehend – fern jeglicher Wissenschaftlichkeit – ein „Wissenschafts"-Begriff, der Ideologien wie Nationalismus und Rassismus zur Referenz nimmt. Die Staatstreue eines hohen Anteils türkischer Intellektueller und Universitätsdozenten, die in dieser Kultur aufwachsen, hindert die Sozialwissenschaften in der Türkei daran, einen autonomen Bereich – abseits der offiziellen Staatsideologie – zu entwickeln. Daher wurden statt unabhängiger und wissenschaftsbasierter Akademiker nun treue Staatsbeamte erzogen, die die offizielle Ideologie verkörpern, die Kapıkule-Logik[2] immer noch nicht überwunden und sich geschworen haben, den Staat zu schützen. Ihr eigentliches Anliegen war es – statt auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten –, wie die unionistischen Vorgänger den Staat zu schützen und zu befreien. Die mit dieser Denkstruktur geformten Intellektuellen und Akademiker richteten ihr Augenmerk auf den Staat statt auf die gesellschaftliche Opposition, die Reformkraft von der Basis her.

Die akademische Existenz von jenseits der offiziellen Ideologie stehenden und vor allem den Kurden gegenüber alternativ eingestellten Wissenschaftlern wie Ismail Beşikçi wurde beendet. Sie wurden entweder inhaftiert und damit abgeschreckt oder daran gehindert, die Wahrheit auszusprechen. Sind Sozialwissenschaften in einer solchen Situation in der Türkei möglich?[3] Auch wenn manche heute ernsthafte Verbesserungen in der Türkei behaupten, werden diejenigen Akademiker, welche die kurdische Frage ansprechen, von ihrer Beziehung zum Staat ausgeschlossen.

Die Universitäten in der Türkei sind heute Kampfterrain der Richterideologie und Erziehungsstätten für die eigenen Kader, gleichzeitig aber Bereiche, in denen die angeblich hoch gepriesene Wissenschaft mit den verbreiteten Lügen erneut verleugnet wird.[4] In den Sozialwissenschaften werden – mit wenigen Ausnahmen – die Türken thematisiert und entsprechende Forschungsperspektiven verinnerlicht. Vonseiten der Wissenschaftszentren wurde versucht, die „Anderen" entweder zu erniedrigen, zu diskriminieren, abzuweisen oder auch dem Türkentum unterzuordnen.

Kurden und Sozialwissenschaften

Die Einordnung der Kurden in die Sozialwissenschaften in der Türkei erfolgte über die Berichte in den späten Phasen des osmanischen Imperiums und anschließend in den ersten Jahren der Republik, zuerst durch die Fremdmissionäre, die Botschafter und Agenten der westlichen Staaten, die in das Land der Osmanen kamen.

Diese wissenschaftlich fundierten Berichte wurden von der „İttihat ve Terakki"-Administration („Einheit und Fortschritt"), die den osmanischen Staat in seiner letzten Phase

vollständig übernommen hatte, in dem Bemühen benutzt, eine neue Nation und Heimat aufzubauen. Dafür wurden diverse Kommissionen gegründet, um die Furcht vor ethnischen und religiösen Unterschiedlichkeiten und die Politik dagegen zu behandeln. Dazu wurden zudem Berichte erstellt. Es ist signifikant, dass der als Begründer der Soziologie in der Türkei bekannte und anerkannte Ziya Gökalp [*gilt als ein Vordenker der Staatsideologie der türkischen Republik*] einer der führenden Protagonisten bei diesen Arbeiten war.

Wir können nicht außer Acht lassen, dass die Republik diese Politik getreulich fortführte, aber in einer realistischeren Herangehensweise.

In den Berichten der Gründerväter des neuen Regimes (Ismet Inönü, Kâzım Karabekir, Celal Bayar …) werden wir Zeugen davon, wie die Rahmen gezogen und die Kurden vernichtet und als nicht existent gesehen werden. In diesem System, das den „Anderen" keine Lebensberechtigung zuspricht, zeigen die Universitäten und Akademien das von ihnen verlangte Bemühen, das erwünschte Wissen zu produzieren, wieder und wieder. Daher wurde jahrelang daran gearbeitet zu beweisen, dass die Kurden Türken seien. Die Universitäten des türkischen Staates, die die Subsumierung aller innerhalb der türkischen Staatsgrenzen lebenden „Anderen" unter die Türken zu belegen versuchten, haben erst in den letzten 15, 20 Jahren infolge der Bestrebungen des kurdischen Volkes begonnen, sich von dieser Haltung zu lösen.

Aber weil diese ungewollte Veränderung im Orbit von Politik und Staat erfolgte, wird über die Kurden immer noch nicht auf wissenschaftlicher Basis gearbeitet.

Diejenigen Universitäten und Nichtregierungsorganisationen, welche von sich behaupten, der kurdischen Frage gegenüber am gerechtesten eingestellt zu sein, gehen (in einigen Arbeiten auch erfolgreich) mit einer orientalistischen Perspektive an das Thema heran, versachlichen und verleugnen die Kurden.

Auch auf dem Symposium 1998 „Die Sozialwissenschaften in der Türkei neu überdenken" (später unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem neuen offenen Verständnis der Sozialwissenschaften" als Buch veröffentlicht)[5] wurden die Kurden – sowohl als freiwillige Teilnehmer als auch als „Forschungsobjekt" betrachtet – in gewohnter Art und Weise verleugnet und weiterhin von den Sozialwissenschaften ferngehalten. Auf der Tagung, die von der Ökologie bis zur Religion, von der Evolution bis zur nichtwestlichen Moderne etc. viele Themen behandelte, wurden die Kurden, oder die „Anderen", in der Sozialwissenschaft verschwiegen. Die Akademiker, die sich auf die Seite der staatlichen Verleugnung geschlagen hatten und nicht auf die Seite der Sozialwissenschaften – obwohl man dem Symposium einen sozialistischen Blickwinkel zusprach - trugen daher eine Mitschuld daran, dass die Kurden schlicht nicht erwähnt worden waren.

Die kurdische Frage ist vielleicht eines der Themen, welche die Sozialwissenschaften intensiver erforschen sollten. Abgesehen davon, dass diese verzweigte Materie in der gegenwärtigen Periode der Republik auf wissenschaftlicher Grundlage analysiert gehört, wird das Bild der kurdischen Bewegung zusammen mit terroristischen Zuschreibungen als gefährliche Quelle des Bösen hingestellt. Um dadurch ihre politischen, ökonomischen und kulturellen Rechte und dadurch ihre Existenz auf akademischer Ebene zu ignorieren.

Die unter dem Druck dieser Aussage gefertigten akademischen Arbeiten bevorzugen aufgrund der Tatsache, unter Angst entstanden zu sein, statt einer autonomen akademischen Beziehung zur Politik eine Ersatzposition.

Daher wird eine solche Makro-Angelegenheit wie die kurdische Frage, welche alle sozialen Wissenschaftsdisziplinen verkettet, mit sowohl akademisch als auch politisch sinnlosen Begrifflichkeiten definiert.

Denn statt ein auf wissenschaftlichen Fakten basierendes akademisches Produkt zu schaffen, werden Begriffe wie Geschwisterlichkeit, Einheit, Zusammenleben und auch unbrauchbare juristische Begriffe wie Nation angekoppelt und es wird mit dieser Wahrnehmung versucht, dies unserer Gegenwart anzupassen. Ziel ist, ein nationales und territoriales Thema wie die kurdische Frage – die religiösen Sensibilitäten der kurdischen Gesellschaft einkalkuliert – mit einem islamischen Akzent sanft aus dem Alltag herauszutragen und das Ganze auf diese Weise zu lösen.

Denn es entstehen akademisch-intellektuelle Arbeiten, die sich nicht auf den aus der kurdischen Frage hervorgegangenen Krieg beziehen, sondern auf Einzelaspekte der kurdischen Frage fokussieren und die Entwicklungen dieses Themas missachten.[6]

Die Mentalität hinter der grundlegenden Herangehensweise besagt: „Die Kurden können kein Wissen über sich selbst produzieren, sie können keine wissenschaftlichen Arbeiten hervorbringen, wir machen das in ihrem Namen und veröffentlichen es."

Die sozialwissenschaftlichen Arbeiten der Kurden

Wenn die Kurden nach Kenntnissen über ihre eigene Gesellschaft suchen, haben sie ihre Wissenslücken außerhalb der Akademien aus unabhängigen Arbeiten zu füllen.

Dieser Bereich ist eher den westlichen Orientalisten überlassen. In den westlichen Universitäten hingegen wird er erst jetzt erkundet. Daher waren die Kurden über eine lange Zeit hinweg auf Wissen von außerhalb der Akademien aus teils wissenschaftlichen, teils individuellen Quellen angewiesen. Die erst neuerdings über die Kurden durchgeführten sozialwissenschaftlichen Arbeiten sind ein Produkt aus individuellen Bemühungen und aus den Anstrengungen einiger amateurhafter kleiner Gruppen.

In dieser Hinsicht hat es keine ausreichende Institutionalisierung gegeben. Daher sind die Arbeiten der Sozialwissenschaften weit verstreut. Entsprechend ist auch in den unterschiedlichen Teilen Kurdistans eine tiefe Spaltung offensichtlich.

Sei es die Unterscheidung im Alphabet, sei es die Vormachtstellung der jeweiligen herrschenden Landeskultur, bei den Forschungsarbeiten der Kurden bestehen im Hinblick auf die Kollektivität ernsthafte Probleme.

Zahlreiche wichtige Arbeiten entstehen leider in Unkenntnis voneinander. Darüber sollte man Bescheid wissen.

Sowohl bei der Entwicklung der akademischen Institutionen als auch beim Entstehen der Einrichtungen erhalten die Diskussionen unter den Kurden nicht die Wertschätzung, die sie verdienen.

Statt durch die Institutionalisierung auf akademischer Ebene erfährt man voneinander durch Informationsnetzwerke. Manche regionalen Arbeiten sind weit davon entfernt, der Allgemeinheit vermittelt zu werden.

Im Norden gibt es sehr wenig Kenntnis über die Universitäten in Südkurdistan. Die Rolle der Aufklärung versuchen einige staatliche Universitäten in Nordkurdistan zu übernehmen.

In Europa hingegen beginnen nun diejenigen, die sich der kurdischen Frage angenommen haben, damit, sich an den Universitäten unter dem Titel „kurdische Forschung“ nach und nach zu etablieren.

Daneben arbeiten bekanntlich zahlreiche Studenten und Akademiker an unterschiedlichen Universitäten auf der Welt über die Kurden und über die kurdische Frage. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass diese neu heranwachsende Generation gerechter ist und Sozialwissenschaften schafft, in denen auch die Kurden ihren Platz finden. Daher ist es von dringlicher Notwendigkeit, dass es Institutionen geben muss, in denen diese neue Generation zusammentreffen und gemeinsam arbeiten kann.

Ergebnis:

Die Bereiche, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse erzeugt werden, haben die Besonderheit, dass sie auf autonomer Ebene ausgestaltet werden.

Daher sind diese – auch wenn es widersprüchlich erscheint – politisch gebunden. Das größte Hindernis für die wissenschaftliche Arbeit beispielsweise der Kurden ist das Fehlen eines politischen Status, was in dem Mangel an Bildungseinrichtungen begründet liegt, so dass sie natürlich betrachtet nicht über die eigenen Belange und über diejenigen der Allgemeinheit wissenschaftlich arbeiten können.

Also ist neben den politischen Bestrebungen gleichzeitig und parallel hierzu ein Existenzkampf auf wissenschaftlich-akademischer Ebene erforderlich.

Der geeignetste Weg für die Kurden, eine ihnen gerecht werdende Position einnehmen und sich artikulieren zu können, führt über die aus ihren eigenen Arbeiten entstehenden Einrichtungen wie autonome Akademien und Institute. ♦

Fußnoten:
1 Immanuel Wallerstein u. a. (Hg.): Die Sozialwissenschaften öffnen: Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Campus Verlag 1996 (1. Auflage). Die Kommission war eingesetzt worden von der Stiftung Calouste Gulbenkian, Lissabon.
2 Kapıkule ist der türkisch-bulgarische Grenzübergang, die asiatisch-europäische Schwelle.
3 Toplum Ve Kuram: Kürt Toplumunda Değişim Dinamikleri Ve Sınıflar, Toplum ve Kuram yayınları (İstanbul: Toplum ve Kuram yayınları, 2009), 4.
4 İsmail Beşikçi: Türkiye'de sosyal Bilimler Mümkün mü? Ibid., 205–210.
5 Defter ve Toplum ve Bilim ortak Çalışma Grubu, Sosyal Bilimleri Yeniden Düşünmek: Yeni Bir Kavrayışa Doğru: Sempozyum Bildirileri (İstanbul: Metis, 1998).
6 Toplum Ve Kuram, 4. Toplumsal Mücadele ve Politik Şiddet Hattında Kürt Hareketi (İstanbul: Toplum ve Kuram yayınları, 2010).



Newroz in Êlih (Batman): „Für ein Leben in Ehre – Entweder Freiheit oder Freiheit“ Foto: DIHA

Internationalismus der kurdischen Bewegung

Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene

Interview mit Reimar Heider

Du arbeitest seit langen Jahren für die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan". Kannst du erklären, was die kurdische Bewegung unter Internationalismus versteht? War die kurdische Bewegung schon immer eine internationalistische Bewegung?

Die kurdische Bewegung war von Anfang an eine internationalistische. Sie ist nicht nur von KurdInnen, sondern aus der Linken in der Türkei heraus gegründet worden. Die erste Kerngruppe von drei Personen bestand aus zwei Türken und einem Kurden. Sie ist im Laufe ihrer langjährigen Kampfpraxis zum einen Bündnisse mit Gruppen aus verschiedenen Ländern eingegangen und zum anderen hat sie auch immer, wenn es die Möglichkeit dazu gab, ihre Türen offengehalten sowohl für politischen Austausch als auch für die Möglichkeit zur Ausbildung, die von Bewegungen aus anderen Ländern genutzt werden konnte. Da gibt es so Beispiele, die so weit reichen wie Pakistan und auf der anderen Seite Mitteleuropa. Sie hat aber vor allem ihren politischen Kampf nicht auf Kurdistan beschränkt, sondern ihn immer in die globalen Unterdrückungsverhältnisse verortet und sich als Teil einer weltweiten Front gesehen im Kampf gegen Kolonialismus, Ausbeutung, Kapitalismus und Sexismus. Das macht sie sowohl in meinen Augen als auch nach eigenem Bekunden zu einer internationalistischen Bewegung.

Stimmt es, dass sich die kurdische Bewegung schon vor 1984 an Kämpfen in Palästina beteiligt hat?

Ja, tatsächlich. Es gab ja 1980 den Militärputsch in der Türkei. Der PKK war es damals gelungen, einen guten Teil ihrer AktivistInnen aus der Türkei bereits vor dem Putsch herauszuschleusen. Und sie haben dann im Bekaa-Tal in Libanon die politische und militärische Ausbildung aufgenommen und sich auf den Guerillakampf, also auf den bewaffneten Widerstand gegen die Militärdiktatur, vorbereitet. In dieser Zeit gab es eine sehr enge Zusammenarbeit mit palästinensischen Gruppen. Und die ersten Kampfhandlungen der kurdischen Guerilla, noch bevor in Kurdistan bewaffnet gekämpft wurde, waren im Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanon 1982, sozusagen in der gemeinsamen Abwehrfront mit linken palästinensischen Gruppen. Da sind in Kämpfen gegen die Besatzung elf PKK-Mitglieder gestorben.

Gibt es noch andere Beispiele für die internationalistischen Perspektiven und deren Praxis von der kurdischen Bewegung?

Die kurdische Bewegung besteht aus Menschen mit vielen nationalen Hintergründen. Es sind nicht nur eine große Zahl von Menschen mit türkischer Herkunft, die sich beteiligen, sondern es gibt AraberInnen, es gibt Menschen aus Armenien, es hat sich auch eine kleine Zahl von Menschen aus Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern angeschlossen. Es gab vielfach den Versuch, mit Bewegungen aus anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Das heißt, nach dem Putsch gab es das Angebot an revolutionäre Gruppen in der Türkei, den Widerstand gegen das faschistische Regime in der Türkei gemeinsam mit der PKK zu entwickeln. Es gab Versuche, mit armenischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Eine militante Bewegung der Assyrer ist im Prinzip aus der PKK hervorgegangen bzw. mit Unterstützung der PKK erst entstanden. Sie hat sich dann später selbständig gemacht. Es gab Unterstützung für eine militante sozialistische Bewegung aus einem Teil Pakistans. Leider endete diese beim Durchqueren des Irans mit der Festnahme der Genossinnen und Genossen. Es gab mehrere Bündnisse mit verschiedenen revolutionären Gruppen aus der Türkei, die auch teilweise länger angedauert haben. Das heißt, es gab ständig Versuche, internationale Fronten zu schaffen, also mit Bewegungen aus anderen Ländern zusammenzuarbeiten, weil der Kampf als ein gemeinsamer Kampf gegen kapitalistische und imperialistische Unterdrückung begriffen wurde.

Jetzt gab es ja auf Seiten der kurdischen Bewegung 2004/2005 einen grundlegenden Richtungswandel. Welche internationalistischen Perspektiven ergeben sich daraus für die kurdische Bewegung und welche Veränderungen gibt es diesbezüglich im Vergleich zu vorher?

Es wird seit 1999 intensiv über die Veränderungen in der Welt diskutiert. Die PKK ist entstanden in einer späten Phase antikolonialer Befreiungskämpfe. Allerdings hat keine nationale Befreiungsbewegung seit dem Gelingen der nicaraguanischen Revolution 1979 ihr ursprüngliches Ziel der „nationalen Befreiung" erreichen können. Gleichzeitig haben die Staaten, die aus Befreiungskämpfen heraus gegründet wurden, nicht

notwendigerweise zu einer Befreiung der Gesellschaften geführt. Das ist in der kurdischen Bewegung insbesondere seit 1999 diskutiert worden. Und seither findet eine sehr klare Distanzierung vom vorherigen Ziel des Aufbaus eines kurdischen Staates statt. Die Lösungsmöglichkeiten, die für eine kurdische Frage favorisiert werden, bewegen sich alle im Bereich von konföderalistischen Strukturen. Es geht dabei nicht um territoriale Föderationen, sondern um netzwerkartige Strukturen, um die Zusammenarbeit von Basisbewegungen insbesondere im Bereich der Frauenbewegung und kulturellen Bewegungen. Die ganze Front wird nicht mehr definiert als eine von Proletariat gegen Kapital oder von nationalen Widersprüchen. Sondern es wird ein ganz breites Spektrum von Unterdrückungsverhältnissen analysiert, mit der sexistischen Unterdrückung durch patriarchale Verhältnisse an allererster Stelle. Für den Internationalismus heißt das, dass dieser Begriff innerhalb der Bewegung kaum noch verwendet wird. Es wird eher von Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene gesprochen. Die Selbstdefinition ist keine nationale mehr. In meinen Augen ist es ziemlich bemerkenswert, dass quasi eine klassische nationale Befreiungsbewegung sich einen antinationalen Rahmen gibt.

Zusammenarbeit auf internationaler Ebene gibt es zwischen verschiedenen Frauenbewegungen, dabei natürlich in erster Linie in und um Kurdistan, aber auch weltweit und gleichzeitig mit ökologischen Bewegungen und mit Basisbewegungen in den angrenzenden Ländern und anderswo. Der Begriff Internationalismus hat sich bei relativ gleichbleibender Praxis in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen doch inhaltlich total gewandelt.

Was versteht denn die kurdische Bewegung unter Staat und Nation?

Da gibt es eine sehr spannende und theoretische Diskussion, die sich völlig entfernt hat von dem realsozialistischen Denken, das es als ersten Schritt für notwendig erachtet, die Staatsmacht zu erringen, also entweder eine Revolution in einem Staat erfolgreich durchzuführen oder einen eigenen Staat auf einem bestimmten Territorium aufzubauen. Davon ist sich komplett verabschiedet worden. Der Staat wird nicht mehr als mögliches Mittel für eine Befreiung der Gesellschaft gesehen, sondern im Gegenteil als deren größtes Hindernis. Der Staat wird eher definiert als Gesamtheit aller Herrschaftsstrukturen, d. h. nicht nur ein Ding, was sich aus bestimmten staatlichen Strukturen zusammensetzt, sondern als etwas, was in zwischenmenschlichen Verhältnissen überall einfließt, bis in die patriarchale Kernfamilie, wo der Mann quasi als Agent des Staates fungiert. Daher ist die Alternative, die die Bewegung ihm entgegensetzt, diese staatlichen Strukturen, soweit es geht, zurückzudrängen und zu bekämpfen und demokratische Alternativen, überall wo es möglich ist, aufzubauen. Das Ziel ist eine autonome oder konföderale Struktur, ein Netzwerk von Basisbewegungen, das die gesellschaftlichen Probleme löst, ohne den Staat dafür zu bemühen. Das ähnlichste Konzept, was es im internationalen Rahmen gibt, ist das der Zapatisten in Chiapas.

Wer wäre denn für die kurdische Bewegung mit dieser neuen internationalistischen Perspektive potentielle/r BündnispartnerIn?

BündnispartnerInnen sind in erster Linie feministische Bewegungen und natürlich weiterhin alle fortschrittlichen Bewegungen, die sich als demokratisch oder sozialistisch definieren. Es sind aber vor allem auch kulturelle Bewegungen wie z. B. die indigenen Bewegungen in Lateinamerika. Wobei es im Nahen Osten dazu noch nicht allzu viele Beispiele gibt, aber es steht quasi vor der Tür. Es wird klar, dass diese ganzen Nationalstaaten, sei es die Türkei, der Iran oder Irak, keine Nationalstaaten in dem Sinne sind, dass es nur eine Nation gibt. Sondern es sind alles Vielvölkerstaaten und es findet jetzt eine kulturelle Renaissance der verschiedenen Gruppen statt, ob es jetzt Sprache betrifft oder Kultur. Es wird dabei nicht angestrebt, diese Staaten in viele mikronationalistische Einheiten zu spalten. Aber solche kulturellen Bewegungen sind BündnispartnerInnen ebenso wie ökologische Bewegungen, die in ihrem Ansatz die zahlreichen ökologischen Probleme berücksichtigen, aber auch die Abschaffung aller Herrschaftsverhältnisse, wobei die Beherrschung der Natur Teil davon ist, zum Ziel haben. Das Spektrum der möglichen BündnispartnerInnen der kurdischen Bewegung hat sich sehr stark verbreitert.

2004/2005 hat die kurdische Bewegung sich offiziell als Perspektive den Demokratischen Konföderalismus auf die Fahnen geschrieben, worüber du ja kurz gesprochen hast. Jetzt gibt es noch etwas, das Demokratische Autonomie heißt. Was ist das und was hat das mit Internationalismus zu tun?

Dieses Konzept der Demokratischen Autonomie ist nicht sehr viel anders als das Konzept des Demokratischen Konföderalismus. Es ist eine leichte Akzentverschiebung in der Art und Weise, wie darüber geredet wird. Es gab die Gefahr, dass Konföderalismus verwechselt wird mit staatlichen Strukturen. Weil Konföderationen gerade in der europäischen Literatur als Staatenbünde begriffen werden, worum es überhaupt nicht ging. Autonomie wird deswegen „Demokratische Autonomie“ genannt, weil es nicht um eine territoriale Autonomie geht oder um eine Autonomie für KurdInnen, also eigene Verwaltungseinheiten oder ein bestimmtes Territorium, was zugesprochen oder gefordert wird und autonom regiert werden soll. Sondern es geht darum, staatliche Strukturen zurückzudrängen und alternative und demokratische Strukturen aufzubauen z. B. Rätestrukturen angefangen in Stadtteilen über Städte und Regionen. Sie sollen gegen staatliche, sozusagen verfassungsmäßige Strukturen, Alternativen aufzeigen, eine alternative Organisierung sein. Und da, wo solche demokratischen Strukturen existieren, die die Interessen der Menschen besser vertreten als staatliche Strukturen, da existiert halt eine Demokratische Autonomie, d. h. es lässt sich nicht territorial eingrenzen.

Dieses Konzept ist überhaupt kein Konzept, was auf KurdInnen beschränkt ist, sondern es werden Frauenräte aufgebaut, wo sich Frauen jeglicher Nationalität beteiligen, es wer-

den Jugendräte aufgebaut, es gibt aber auch religiöse Gruppen, die sich in solchen Räten organisieren. Das heißt, es ist ein Konzept, eine Utopie, mit deren Aufbau schon begonnen wird und die letztlich für eine Lösung von vielen Problemen der Länder dieser Region des Nahen Ostens vorgeschlagen wird. Also nicht für eine nationale Gruppe, also z. B. als Autonomie für KurdInnen, sondern als eine demokratische Alternative zu den bestehenden repressiven Staaten mit ihren vielen Problemen.



Kurdinnen bei der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela Foto: DIHA

Welche Perspektiven siehst du für den Demokratischen Konföderalismus als Modell für Deutschland oder für Europa?

Ich glaube, die Betonung der Selbstbeteiligung und der Perspektive, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, staatlichen Strukturen nicht zu vertrauen und nicht auf staatliche Lösungen für Probleme zu hoffen – das kann auch hier sehr aktuell werden. Es besteht ja nicht nur eine Politikmüdigkeit, sondern es besteht zunehmend das ganz klare Bewusstsein, dass Staaten, Parlamente und Parteien die Leute massiv betrügen, keine wirklichen Lösungen produzieren, weder für globale Krisen noch für lokale Probleme. So dass, wenn die Wut groß genug wird und die Frustration wieder in Aktivität umschlägt, in Deutschland oder Europa der Blick darauf fallen kann, wo es auch außerhalb von Mitteleuropa vorwärtsweisende Diskussionen, Strukturen, Aktivismen gibt. Der Blick darauf kann stärker werden und vielleicht lassen sich davon auch Leute hier inspirieren, demokratische Rätestrukturen wieder aufzubauen.

Der Begriff Internationalismus wird hier in Europa oder zumindest hier in Deutschland immer wieder kritisiert aufgrund dessen, dass der Bezugspunkt von Internationalismus Staat oder Nation ist. Du hast vorhin von einer supranationalen Bündnis- oder Zusammenarbeit gesprochen. Fändest du es sinnvoll, einen neuen Begriff zu finden?

Internationalismus wird ja gerne auch polemisch mit Bindestrich als Inter-Nationalismus kritisiert. Ich denke aber, dass es eine Tatsache ist, dass viel politisches Denken z. B. in Deutschland einfach sehr national geprägt ist. Es gibt national sehr unterschiedliche Politikstile und wenn man ehrlich ist, findet Politik immer noch ganz überwiegend im nationalen Rahmen statt. Es gibt auch keine wahnsinnig gute Zusammenarbeit beispielsweise mit polnischen oder tschechischen Basisinitiativen, sondern das ganze Denken bleibt sehr stark im nationalen Rahmen verhaftet. Und bei dem Versuch, diesen Rahmen zu sprengen, ihn ein Stück weit zu ignorieren oder unter Beibehaltung der bestehenden Grenzen der Türkei zu agieren, interessiert dieser nationale Rahmen erst einmal nicht. Sondern es werden Netzwerke in alle Richtungen über diese Grenzen hinaus aufgebaut. Das ist etwas sehr Vorwärtsweisendes und Inspirierendes.

Du arbeitest ja für die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan". Welche Rolle spielt Abdullah Öcalan in dieser aktuellen Phase und was sind seine Perspektiven auf die momentanen Entwicklungen?

Öcalan war eigentlich derjenige, der diese Diskussion in der Bewegung angestoßen hat. Er hat nach seiner Entführung 1999, und nachdem er zum Tode verurteilt wurde und seither in Isolationshaft sitzt, versucht, diese Zäsur, diesen Bruch dafür zu nutzen, überholte Konzepte der kurdische Bewegung neu zur Diskussion zu stellen. Er hat zu diesem Zweck eine Reihe von Büchern geschrieben, die innerhalb der kurdischen Bewegung sehr stark diskutiert wurden. Er ist eigentlich der Architekt dieses Konzeptes. Er hat viel gelesen im Gefängnis von z. B. Murray Bookchin, einem US-amerikanischen Ökoanarchisten, obwohl er selber diesen Begriff nicht so mögen würde. Er hat sich mit theoretischen Konzepten von Wallerstein und Foucault, aber auch mit Kämpfen wie Mexiko und Chiapas beschäftigt und versucht, diese Konzepte auf Kurdistan anzuwenden, um vorwärtsweisende Lösungen zu entwickeln und aus dieser Sackgasse des Waffenkampfes, des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes, herauszukommen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Konzept in Kurdistan sehr stark angenommen wird und eine sehr bedeutende Dynamik angenommen hat.

Ich glaube, es könnte interessant für diejenigen sein, die ein unklares Bild von der kurdischen Bewegung oder noch alte Eindrücke aus den 1990er Jahren haben, sich mit Leuten an einen Tisch zu setzen und zu diskutieren oder zu fragen, was in der kurdischen Bewegung eigentlich momentan diskutiert wird. Ich glaube, viele werden überrascht sein. ♦

Der erste „Piratenprozess" in der Bundesrepublik Deutschland

Das Sammeln militärischer Informationen auf See zur Situation an Land

Anita Friedetzky, Hamburg

Auf der einen Seite die sich konsolidierende Militärmacht Europa, die mit ihrer Antipiraterie-Operation „Atalanta" (EU NAVFOR – European Union Naval Force Somalia) vor der von Lebensmittelkonzernen leergefischten Küste Somalias seit 2008 Jagd auf „Piraten" macht, offiziell humanitäre Hilfstransporte schützt und „militärische Informationen sammelt" – auf der anderen Seite zehn Männer, darunter halbe Kinder, die in eben diesem, seit Jahren vom Bürgerkrieg beherrschten, Land keine Existenzmöglichkeit als Fischer und Joblose haben, aber sich und ihre Familien mit irgendetwas über Wasser halten müssen: Das sind grob umrissen die Koordinaten, innerhalb derer der erste „Piratenprozess" der Bundesrepublik vor dem Landgericht Hamburg als „Jugendverkehrsstrafsache" seit November 2010 verhandelt wird.

Alles immer in Absprache mit der Atalanta-Einsatzzentrale ...

Laut Anklage und bisherigen Zeugenaussagen sollen die zehn Somalis am 5. April 2010 mit zwei kleinen Booten, Skiffs genannt, von einem „Mutterschiff" aus, bewaffnet, das deutsche Containerschiff Taipan gekapert und die 15-köpfige Besatzung, die sich im „safe room" versteckte, zu Geiseln gemacht haben. Die niederländische Kriegsfregatte Tromp sei dem Handelsschiff, das mit „unbekannter Fracht" von Haifa nach Mombasa unterwegs gewesen sei, daraufhin „zu Hilfe gekommen", obwohl es sich außerhalb seines Einsatzgebietes befunden habe. Es habe die vermeintlichen Piraten festgesetzt und nach Dschibuti gebracht. Alles immer in Absprache mit der Atalanta-Einsatzzentrale und der niederländischen wie deutschen Staatsanwaltschaft.

Einer der Angeklagten habe bei seiner Vernehmung noch auf hoher See „bereut" und umfangreiche Angaben über die „Führungssituation an Land" gemacht, sagte offenbar zur großen Überraschung des Gerichts Marineoffizier de Wind, an Bord der Tromp zuständig für die Befragung der Verdächtigen. In den Prozessakten sei dies nicht enthalten, weil es geheim sei. Die deutsche Staatsanwaltschaft habe der Vernehmung, um „verwendbare militärische Informationen zu erhalten", damals zugestimmt, aber darauf bestanden, dass die Aussage „for netherland eyes only" sein dürfe. Der Bericht des „Piraten" sei dem niederländischen Geheimdienst übergeben worden. Für den Vorfall auf der Taipan sei leider nichts Verwendbares dabei gewesen.

Die Verteidigung der Angeklagten hatte bereits Widerspruch gegen die Verwendung von auf der Tromp gemachten Aussagen im Prozess angekündigt – bis auf einen Angeklagten, der „mit der Sache der anderen" von Anfang an nichts zu tun haben wollte. Zum Erstaunen aller handelt es sich bei demjenigen, der laut de Wind „drei sehr freundliche Gespräche" mit ihm geführt haben soll, aber um einen anderen Angeklagten, den er im Gerichtssaal auch konkret benannte.

Insgesamt, so de Wind, seien im Verlauf der „Mission" 86 Verdächtige an Bord der Tromp gewesen. Bei den Befragungen seien sie immer „auf das Recht, freiwillige Erklärungen abzugeben", und auf alle anderen Rechte hingewiesen worden. Sie seien auch freiwillig zu den Vernehmungen gekommen – zwar in Handfesseln von Wachleuten herbeigeführt und manchmal hätte die zuständige Wache sie an den Stuhl fesseln müssen, weil sie „einen Hungerstreik gemacht oder die Wache mit Essen beworfen oder angespuckt" hätten, aber sie seien immer „mit Respekt behandelt worden". Auf die Frage des Richters, ob es stimme, dass einer der Angeklagten bei der Befragung nackt an den Stuhl gefesselt worden sei, meinte de Wind, das sei „absolut niemals passiert". Einer der vermeintlichen Piraten hatte sich aus Angst von der Tromp ins Meer gestürzt, war aber wieder an Bord geholt worden. An Bord habe er dann geweint. Er hätte wohl nach Somalia zurückschwimmen wollen, so de Wind, als er am 6. April 2011 erneut als Zeuge in Hamburg aussagte, habe aber „nie eine Chance gehabt". Die meisten „Piraten" hätten seines Wissens nicht schwimmen können.

Alle „Piraten" ergaben sich derart freiwillig

Die „Piraten" wurden von einem Spezialteam der niederländischen Marine „festgesetzt", das von einem Hubschrauber aus über der Taipan abgesetzt worden war. Flankiert wurde diese Maßnahme von schwerem Beschuss der Taipan, vor allem auf die Schiffsbrücke, wo „Piraten" ausgemacht worden sein sollen. Während beim Heranfliegen zum „Boarding" von der Tromp aus geschossen wurde, setzte diese beim Boarding selbst den Beschuss aus, um nicht die eigenen Leute zu treffen.

Den „Feuerschutz“ übernahm dann der Hubschrauber. Die ganze Zeit über beobachtete ein deutsches Bundeswehrflugzeug aus großer Höhe die Szene. Diejenigen Aufnahmen, die im Gerichtssaal gezeigt wurden, waren allerdings auffallend undeutlich. Er habe beim Boarding des Spezialteams zwei barfüßige Männer mit erhobenen Armen eine Schiffstreppe „verwirrt rauf- und runterlaufen“ sehen, sagte der Hubschrauberkommandant aus. Sie hätten die abgesetzten Soldaten zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht sehen können. Alle „Piraten“ ergaben sich derart freiwillig. Man habe sie, auf dem Schiffsdeck liegend, an Händen und Füßen gefesselt.

Als die zehn „Piraten“ vom Spezialteam an Bord der Tromp gebracht wurden, seien sie alle fotografiert, medizinisch untersucht und mit neuer Kleidung ausgestattet worden. Ein „psychologischer Berater“ habe ebenfalls zur Verfügung gestanden. Weil sie einige Handys und ein Thuraya-Satellitentelefon nicht zuordnen konnten, habe er, so de Wind, einen Trick benutzt. Er habe gesagt, dass die Holländer ehrlich wären und sich nicht fremdes Eigentum aneignen würden. Und als das noch nicht wirkte, habe er gesagt, dass sie, wenn sie sagen würden, wem das jeweilige Handy gehöre, damit nach Hause telefonieren könnten. Nur das Thuraya-Telefon sei daraufhin ohne Besitzer geblieben.

De Wind gab zu, für den Geheimdienst der niederländischen Marine zu arbeiten. Das Thuraya-Telefon hätten sie bereits am 15. März bei einer „Festsetzung“, bei der auch einer der Angeklagten von der Taipan dabei gewesen sei, beschlagnahmt gehabt. Im Gegensatz zu allen Handys, die sie zwecks Auswertung behalten hätten, wäre das Satellitentelefon jedoch aufgrund der „Bitte“ des niederländischen Geheimdienstes mit den damals wegen mangelnder Piraterie-Beweise wieder Freigelassenen von Bord gegangen. Mithilfe des Thuraya-Telefons hätte man die Verdächtigen weiter gut orten können. Die Freigelassenen seien auf das „Mutterschiff“, die schon vor längerer Zeit gekaperte holländische „Hudhud“, zurückgeschippert und seien auch am 5. April 2010 von dort aus zur Kaperung der Taipan gestartet. Das Telefon habe man auf der Brücke der Taipan gefunden, es sei aber ausgeschaltet gewesen.

Neben der Frage der Verwertbarkeit der Vernehmungen durch die niederländische Marine – weshalb de Wind noch ein weiteres Mal als Zeuge geladen werden soll – ist noch eine Reihe weiterer Fragen ungeklärt. So fehlen in den Prozessakten all jene Dokumente, die nur der holländische Geheimdienst hat, und die im Falle der Taipan-Aktion – anders als gewöhnlich – nicht an alle NATO-Beteiligten weitergeleitet wurden. Einige Dokumente gäbe es auch nicht mehr – wie z. B. die Namensliste derjenigen „Wachleute“, die auf der Tromp und auch bei den Vernehmungen „die Sicherheit garantieren“ sollten. Der Leiter des Spezial-Einsatzteams war für deren Einteilung zuständig. Vor Gericht wurde er „Herr Jeffrey“ genannt. Sein richtiger Name ist unbekannt. Er erscheint mit Perücke, Brille und Oberlippenbart, stark geschminkt. Er sei während der Vernehmungen der Einzige gewesen, der „frei ein und aus gehen“ konnte. Bei den Vernehmungen seien außer de Wind noch zwei weitere Offiziere, die mitschrieben, und ein „Wachmann“ anwesend gewesen. Alles sei auf Video aufgezeichnet worden und de Wind habe aus seinen Notizen später die „Gesprächs“-Berichte gefertigt. Der fensterlose Verhörraum lag direkt neben dem Hubschrauber-Hangar, wo sich die „Festgesetzten“, Tag und Nacht gefesselt, aufhalten mussten. Nur zum Toilettengang seien ihnen die Fesseln abgenommen worden. Und es dauerte eine gute Woche, bis sie wieder an Land kamen!

Es müssen noch eine Reihe Zeugen gehört werden. Ein Mannschaftsmitglied der Taipan aus Sri Lanka reagiert aber nicht auf die offizielle Ladung.

Bezüglich des Angriffspotentials und des Einsatzes von Waffen auf Seiten der „Piraten“ wurde Widersprüchliches bezeugt. Die Staatsanwaltschaft und vor allem ein ukrainisches Mannschaftsmitglied der Taipan bezichtigen die Angeklagten gar des versuchten Mordes, während der deutsche Kapitän der Taipan aussagte, er habe sich nicht lebensbedrohlich angegriffen gefühlt. Geklärt werden muss in diesem Zusammenhang auch noch, ob die zum Teil massiven Einschusslöcher, die das Schiff übersäen, von den verrosteten Gewehren der „Piraten“ oder von den sehr wahrscheinlich weitaus effektiveren Waffen des Militärs stammen.

Haftverschonungsantrag wurde abgelehnt

Es soll auch noch ein Sachverständiger zur Beurteilung der Situation in Somalia hinzugezogen werden, u. a. weil sämtliche Dokumente, die die Angeklagten insbesondere zum Beleg ihrer Altersangaben vorlegten, als „in ihrer Echtheit nicht überprüfbar“ bislang vom Gericht abgelehnt wurden und eine reguläre Zusammenarbeit mit somalischen Behörden wohl nicht möglich ist, weil diese schlicht nicht funktionsfähig seien. Dennoch lehnte das Gericht schon mal die Hinzuziehung eines psychiatrischen Gutachters für einen der Angeklagten ab. Der frühe Verlust der Eltern, die ermordet wurden, das völlig ungesicherte Leben des Angeklagten und dann auch noch der Verlust des Sohnes müssten nicht zwingend posttraumatische Belastungsstörungen zur Folge haben. Ein Haftverschonungsantrag für die drei Jugendlichen wurde auch bereits abgelehnt.

Aber die 20 RechtsanwältInnen geben nicht auf. Der vom Gericht vorgeschlagene Somalia-Experte ist Professor an der Führungsakademie der Bundeswehr, was von Rechtsanwältin Heinecke kritisiert wurde. Sie schlug jemanden vom Institut für Frieden und Konfliktforschung vor.

Der Prozess findet montags und dienstags von 9.00 bis 16.00 Uhr statt. Terminiert ist er bis August 2011. ♦

Leseprobe aus:

Jenseits von Staat, Macht und Gewalt

von Abdullah Öcalan

In der letzten Ausgabe des Kurdistan Reports hatten wir aus dem Werk von Abdullah Öcalan „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" aus dem Kapitel „Über die Probleme des Mittleren Ostens" die Analyse über „Das mittelöstliche Denken" vorgestellt. Wir werden mit der Leseprobe fortfahren und haben diesmal aus dem Kapitel „Kritik, Selbstkritik und Neuaufbau der PKK" die „Erste Phase: Entstehung", Seite 414–422 ausgesucht. Diese gibt einen Einblick in die Entstehungsgeschichte und den historischen Kontext der kurdischen Freiheitsbewegung.



MESOPOTAMIEN VERLAG, Neuss
ISBN: 9783941012202
Paperback, Preis: 15,00 €

Wir begannen im April 1973 als eine Gruppe, die als Amateure zu bezeichnen schon zu viel wäre. Am Ufer des Çubuk-Staudammes in Ankara sprach diese sechsköpfige Gruppe zum ersten Mal davon, als eigene Kurdistan-Gruppe aufzutreten, und zwar weil Kurdistan eine klassische Kolonie sei. Es war, als ob wir ein Geheimnis gemeinsam erstmals enthüllten. Während wir bis dahin nur jeweils unter vier Augen über diese Dinge gesprochen hatten, war dies der Anfang eines gemeinsamen Handelns, der schließlich in den Aufbau einer Organisation mündete. Von 1974-1976 arbeitete die Gruppe unter dem Dach des Demokratischen Hochschulvereins Ankara (ADYÖD). Im März 1977 reiste ich von Ankara aus nach Kurdistan und führte Veranstaltungen in Ağrı, Doğubeyazıt, Digor bei Kars, Dêrsim, Bingöl, Elaziğ, Diyarbakır, Urfa und Antep durch. Dies waren die ersten Schritte der Gruppe in Kurdistan. Danach kehrte ich nach Ankara zurück. Drei Tage nach unserer Veranstaltung wurde Haki Karer[1] in Antep erschossen, was bei uns eine Schockwirkung auslöste. Wir reagierten darauf mit einem Schritt vorwärts und begannen mit dem Aufbau einer Partei. Gegen Ende desselben Jahres verfasste ich in Antep einen Programmentwurf. Im Sommer 1978 flog ich nach einer problematischen Heirat ins Zentrum von Kurdistan, nach Diyarbakır. Am 27. November gründete unsere 22-köpfige Gruppe von Amateuren im Dorf Fis die Partei. Da uns klar war, dass wir in den Städten nicht lange am Leben blieben, wenn wir als Partei aufträten, mussten wir sowohl die Option der Berge als auch die des Mittleren Ostens[2] nutzen. Wie Abraham bei seinem Exodus machten wir uns von Urfa aus am 1. Juli 1979 nach Syrien und von dort ins Land Kanaan auf, um die Freiheit zu suchen.

Wir wollen nun die ideologischen und politischen Rahmenbedingungen dieser Phase betrachten, die bis zum 15. August 1984 andauerte, der den Beginn des bewaffneten Kampfes markierte.

In den 1970er Jahren begann sich ein Bruch in der Geschichte des kapitalistischen Systems abzuzeichnen. Das System hatte sich nach dem II. Weltkrieg wieder gefangen. Die USA hatten eine definitive Führungsrolle eingenommen, Europa war wieder auf die Beine gekommen, und im Fernen Osten war mit Japan ein Riese entstanden. Die nationalen Befreiungsbewegungen erlebten ihre stärkste Zeit, und das realsozialistische System stand auf dem Höhepunkt seines Einflusses. An genau diesem Punkt hatte mit der Jugendbewegung von 1968 eine neue geistige Revolution begonnen.

Es mag erstaunlich erscheinen, dass ein historisch-gesellschaftliches System, das auf seinem Höhepunkt steht, in eine Phase des Chaos einmünden soll. Aber erinnern wir uns daran, dass nur einen Schritt nach dem Gipfel der Abstieg beginnt. Immer mehr Wissenschaftler gehen heute davon aus, dass tatsächlich eine Phase des Chaos begonnen hat, deren Effekte sich immer schneller ausbreiten[3]. Im Rückblick erscheint als wichtiger Faktor, dass die staatsorientierten Bewegungen des Realsozialismus, der Sozialdemokratie und der nationalen Befreiung in den letzten einhundertfünfzig Jahren ihre Ziele zwar erreicht hatten, jedoch weit davon entfernt waren, ihre Versprechungen der Masse des Volkes gegenüber zu halten, und dass die Menschen das mittlerweile verstanden hatten. Es ist wie mit der Frage, ob das Christentum Rom eroberte oder Rom das Christentum. Vielleicht ist beides zum Teil richtig. Das Christentum ging eine Synthese mit dem Kaiserkult ein, woraus der Feudalismus des Mittelalters entstand. So veränderte sich das gesellschaftliche System, auch wenn es nicht Freiheit und Gleichheit brachte. Anderseits ist es eine Tatsache, dass das Christentum auf diese Weise seinen freiheitlichen und egalitären Charakter größtenteils einbüßte.

Den Strömungen des Sozialismus, der Sozialdemokratie und der nationalen Befreiung, die das kapitalistische System in seiner „wilden" Zeit hervorgebracht hatte, gelang es letztlich nicht, sich vom System zu lösen. Sie waren aus ihm geboren. Zweifellos wäre es unrealistisch zu behaupten, sie hätten sich absichtlich zu Steigbügelhaltern des Systems gemacht. Wir können jedoch heute getrost feststellen, dass sie nicht die Absicht hatten, die Rationalität des Systems und seine Lebensweise zu überwinden. Wo es diese Versuche dennoch gab, erschöpften sie sich meist in Phrasen und Parolen. Die Wurzel von egalitären, freiheitlichen Ideologien liegt außerhalb der hierarchischen und der Klassengesellschaft. Sie werden aus der Sehnsucht nach kommunalem und demokratischem Leben geboren. Und doch kennen wir auch viele Beispiele aus der

Geschichte, wo sie durch Gewalt oder Zugeständnisse soweit korrumpiert wurden, dass sie ihre Essenz verloren. Wenn wir uns heute den Zerfall der realsozialistischen Länder, die Krise der Staaten nach der erfolgten nationalen Befreiung und die schwindenden Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und konservativen Regierungen vor Augen führen, können wir getrost feststellen, dass alle diese Strömungen nicht mehr sind als Spielarten des Systems. Die Krise in den siebziger Jahren hatte damit zu tun, dass offenbar wurde, dass das System nicht mehr genügend von diesen Spielarten würde profitieren können. Die 68er Jugendbewegung drückte im Grunde diese Tatsache aus. Das Erhoffte war nicht eingetreten. Alle drei Strömungen waren zur Macht gelangt und hatten nicht halten können, was sie versprochen hatten. Aus ihnen heraus war eine neue Klasse von Kapitalisten und Bürokraten entstanden. Die Methoden der meisten waren rückständiger als die des klassischen Kapitalismus. Ihre Krisen und der Mangel an Freiheit und Gleichheit ließen die Menschen das System wieder suchen, das sie kritisiert hatten.

Diese Tatsache war eine ernsthafte Bedrohung für die Legitimität des kapitalistischen Staates. Er sollte die Fähigkeit einbüßen, die Massen zu beeindrucken. Die Opposition sollte sich nicht-staatsorientierten Strömungen zuwenden. Die Revolution von 1968 hatte zwar selbst viele Mängel, bereitete aber dafür den Weg. Mit der neuen Linken, dem Feminismus, der Ökologiebewegung und lokalen kulturellen Strömungen entwickelte sich eine neue Form von breit gefächerter Opposition gegen den Staat. Dies war der Hauptfaktor für das beginnende Chaos im System. Auf der anderen Seite führten wachsende Umweltprobleme, steigende Löhne durch eine Politik der Zugeständnisse und ein Nachfragedefizit, ausgelöst durch die Armut der Massen, zu einer Ausgabensteigerung bei gleichzeitigem Angebotsüberschuss. Die Widersprüche im System zwischen Japan und den USA hatten zugenommen. Seit den achtziger Jahren sah man im Neoliberalismus eine Lösung für diese chaotische Situation. Der Zerfall der Sowjetunion in den neunziger Jahren war kein Erfolg für das System, sondern ein Faktor, der die Krise weiter verschärfte. Die neue „globale Offensive“ des Neoliberalismus fand vor diesem Hintergrund statt. Man versuchte durch ein Bombardement der Medien, die sich immer mehr zu Monopolen entwickeln, betrügerische Paradigmen zu produzieren. Fieberhaft wurde an theoretischen Konstrukten gearbeitet, die ein neues Ziel für das System benennen sollten. Die These vom „Kampf der Kulturen“ anstelle des Kampfes gegen den Kommunismus fand Anklang. Die Unvereinbarkeit der Regime in dem als islamisch bezeichneten Teil der Welt mit den Interessen des Systems geriet stärker ins Blickfeld.

Während derart weit reichende Entwicklungen Anfang der siebziger Jahre auf der Welt stattfanden, war es der kurdischen Bewegung in der Türkei, die sich der Linken und der kurdischen Frage verbunden sah, nicht gelungen, die klassischen linken und nationalistischen Positionen zu überwinden. Man betrachtete die Welt aus einer recht zurückgebliebenen Position. Während sich die Linke der Türkei an der Sowjetunion, China, Albanien und dem Eurokommunismus orientierte, war die kurdische Linke eine schwächliche, zwischen primitivem kurdischen Nationalismus und türkischer Linken hin und hergerissene Bewegung von Intellektuellen. Ich persönlich interessierte mich damals für beide Strömungen. Ich versuchte, mich als Sympathisant zu betätigen. Zwar überwog meine Sympathie für die THKP-C, die aus der Revolutionären Jugendbewegung Dev-Genç hervorgegangen war, jedoch interessierte ich mich auch weiterhin für einige Organisationen, die sich ausführlicher mit der kurdischen Frage beschäftigten. Dass Deniz Gezmiş, der Anführer der THKO, sich noch mit seinen letzten Worten vor der Hinrichtung für ein geschwisterliches Zusammenleben in Freiheit von Kurden und Türken einsetzte, setzte ein Zeichen, das man nie vergessen darf. Gleichzeitig wurde ich 1970 Mitglied der DDKO[4]. In den Wirren nach dem Putsch vom 12. März 1971 hätte ich in einer derart komplizierten organisatorischen Situation jederzeit illegal werden können. Tatsächlich wurde ich nach dem Märtyrertod von Mahir Çayan im März 1972 nach einer Besetzung der politikwissenschaftlichen Fakultät verhaftet und nach sieben Monaten wegen Mangels an Beweisen freigelassen. Ich sah, dass die Situation der Organisationen, in die ich meine Hoffnungen gesetzt hatte, nicht allzu gut war, und kam zu der Überzeugung, dass es besser sei, eine neue Organisierung zu initiieren.

Während sich die Linke der Türkei an der Sowjetunion, China, Albanien und dem Eurokommunismus orientierte, war die kurdische Linke eine schwächliche, zwischen primitivem kurdischen Nationalismus und türkischer Linken hin und hergerissene Bewegung von Intellektuellen.

Diese im Frühjahr 1973 gefällte Entscheidung, sich unabhängig zu organisieren, war weniger wegen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, als vielmehr wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung wichtig. Wir hielten es für angemessener, weder als primitiv kurdisch-nationalistische Strömung noch als eine der linken Strömungen, die im Grunde türkisch-nationalistisch waren, sondern zunächst unter dem Namen „Revolutionäre Kurdistans“ mit einer eigenen Interpretation der Geschichte und der Gegenwart aufzutreten. Unsere Linie war anders, und ihre Bedeutung wurde täglich klarer. Sie sollte ideologisch weder in den Strömungen der herrschenden Nation, noch im primitiven Nationalismus der kollaborierenden kurdischen Strömungen aufgehen, die nur einen verlängerten Arm der herrschenden nationalen Mächte darstellten. Politisch die Initiative in die Hand zu nehmen, brachte eine freie Identität mit sich. Ich glaube, dass diese Entscheidung richtig war. Sie trug in sich den Keim einer Entwicklung, die den Kurden und dadurch den anderen Völkern, soweit sie sich beteiligten, das Bewusstsein vermitteln würde, ein freies Volk zu sein. Die Identität eines freien Volkes anzustreben, ohne in den Nationalismus der unterdrückenden oder der unterdrückten Nationen zu verfallen, war die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit. Sie richtete sich auch gegen die weltweiten Verirrungen des Realsozialismus, der nationalen Befreiungsbewegungen und der Sozialdemokratie, welche allesamt zu Spielarten des Kapitalismus geworden waren. Eine übertriebene

Betonung der nationalen Befreiung hätte vielleicht in die Irre führen können. Dabei spielte die dogmatische Interpretation des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine große Rolle. Die Interpretation „Jeder Nation ihren Staat" galt seinerzeit als primäre und einzig richtige. Dies rührte vom Machtbegriff des Realsozialismus her und behinderte eine kreative Linie. Die 1978 erfolgte Gründungsdeklaration der PKK verhinderte jedoch ein weiteres Ausufern dieses Irrwegs[5]. Anstatt die gleiche Richtung einzuschlagen wie die klassischen afrikanischen nationalen Befreiungsbewegungen, stellten wir die Freiheit des Volkes in den Vordergrund. Dies passte – obwohl uns dies nicht sehr bewusst war – zu der Transformation, die die Linke weltweit durchmachte. Sie hatte das Glück, eine Linie mit Zukunft zu sein.

Zwar war die ideologische Dimension unserer Linie weder völlig klar noch besonders tief, jedoch war sie für eine weitere Entwicklung offen und verhinderte so große und dauerhafte Verirrungen. Dass wir den von uns vertretenen Sozialismus beharrlich als „wissenschaftlichen Sozialismus" bezeichneten, macht unser Interesse für die Sozialwissenschaften deutlich. Wir versuchten, Vorkehrungen gegen die Krankheit des Realitätsverlusts zu treffen, die durch ideologische Starre entstehen kann. Dass die Sozialwissenschaften jedoch selbst schwere Probleme durchmachten, dass sie sich erst seit kurzer Zeit für die Problematiken der lokalen Kulturen, der Ökologie und der Frau interessieren, beweist nur die Bedeutung einer solchen Linie. Das Ideal von Freiheit und Gleichheit zu bewahren hatte Vorrang, und so hielten wir uns von den Verwirrungen der Sozialwissenschaften fern. Zumindest gelang es durch diese Linie, die zerstörerischen Auswirkungen der Krisen des Sozialismus und der Sozialwissenschaften zu begrenzen. Die anderen Linien der Linken der Türkei waren dazu nicht in der Lage und konnten ihre Marginalisierung nicht verhindern, da sie zwischen Dogmatismus und substanzlosem individuellen Liberalismus schwankten. Sie verloren bereits ganz zu Beginn die Politikfähigkeit, da sie sich in Flügelkämpfe verwickelten. Der gleiche Vorgang fand bei den als „kurdische Linke" bezeichneten Gruppen statt, nur waren diese noch blasser.

Dank dieser ideologischen Linie gelang es der PKK glücklicherweise, eine Politik zu entwickeln. So wurde sie schließlich sehr schnell von der Bevölkerung, die ihre potentielle Basis darstellte, angenommen, und es fand eine tief greifende Politisierung statt. Wenn wir uns mit den Krankheiten eines engstirnigen Nationalismus oder des Hervorhebens einer Klasse angesteckt hätten, wären wir ebenso marginalisiert worden wie andere.

Hier müssen wir eine Brücke zur Problematik der Kader schlagen. Wegen ihrer bestehenden Sozialisierung stellten die Kader selbst Hindernisse dar. Ohne die Lösung der Kaderfrage, die auch einer der zentralen Faktoren für den späteren Zusammenbruch des Realsozialismus war, müssten alle politischen Feststellungen und Organisationsversuche folgenlos bleiben. Genau wie die politische Linie war auch das Organisationsmodell offen für Entwicklungen. Wegen den Gegebenheiten der damaligen Zeit war die legitime bewaffnete Verteidigung, begriffen als Selbstverteidigung, durchaus vertretbar. Dass es aber keine Kader gab, die dies tatsächlich umsetzen wollten, führte ständig zu Verzerrungen der Linie. Die organisatorische Krise, die sich aus diesem Problem ergaben, wollten wir überwinden. Erste begrenzte Erfolge waren in erster Linie Folge des massenhaften Zuspruchs, den die Bewegung fand. Doch um gemäß unserer Linie größere Veränderungen auslösen zu können, mussten wir professioneller werden.

Die wichtigste Frage, die wir in Zusammenhang mit der politischen Linie der PKK klären müssen, ist, ob sie auf einen eigenen Staat abzielte oder nicht. Zwar verwendeten wir viel die Parole „unabhängiges Kurdistan", aber man kann kaum sagen, dass dies gleichbedeutend mit einem unabhängigen Staat war. Als einer der maßgeblich Beteiligten kann ich sagen, dass wir über den Staat im Allgemeinen, insbesondere über den Begriff eines Staates Kurdistan weder ausführlich nachgedacht noch diskutiert haben. Es gab einen utopischen Zug in dieser Richtung, aber weil wir realistisch waren, interessierte uns dies nicht übermäßig. Ich denke, dies hing weniger mit der Frage zusammen, ob wir dies wollten oder nicht wollten. Vielmehr bestand keine Klarheit darüber, inwieweit ein eigener Staat eine Lösung darstellen würde. Dies war keineswegs sicher. Uns war bekannt, dass dieses Problem auch theoretisch ungelöst war. Die Diskussionen zwischen Vertretern des „demokratischer Sozialismus" und der „Diktatur des Proletariats" waren keineswegs entschieden. Dass zwar überall auf der Welt die Werktätigen und die Völker Staaten erhalten hatten, ihre Probleme aber dadurch nicht gelöst worden waren, galt als gewichtiges Argument. All dies hinterließ bei uns das Gefühl, dass eine Konzentration auf einen separaten Staat zwar attraktiv sei, aber für uns wohl unlösbare Probleme schüfe. Darüber hinaus ließen die Schwierigkeiten, unter den Bedingungen der Türkei und des Mittleren Ostens einen kurdischen Staat zu gründen, genauso wie die neuen Probleme, die anschließend entstünden, das Problem noch heikler erscheinen. Folglich bevorzugten wir statt der Formulierung „Staat" den etwas unbestimmten Begriff von Kurdistan als Heimat(land). Die Parole „unabhängiges, demokratisches und sozialistisches Kurdistan", die wir hauptsächlich benutzten, sollte man als eine begreifen, die sich nicht direkt auf einen Staat bezog. Man hätte sich denken können, dass sie letztlich im realistischsten und revolutionärsten Begriff des „freien Kurdistan" konkretisiert werden würde. Insofern ist es vielleicht besser, „Revolutionäre Kurdistans" als „Befürworter eines freien Kurdistans" zu übersetzen.

Die große Bedeutung dieser Problematik sollte sich später zeigen. Insbesondere als 1992 der „Föderale Teilstaat Kurdistan" ausgerufen wurde und durch den Widerstand der PKK „befreite Gebiete"[6] geschaffen wurden, mussten wir über das Thema Staatsmacht ausführlicher nachdenken.

Dass sich das Problem des Staates mit der sozialistischen Ideologie nicht völlig lösen ließ, vergrößerte die Unklarheiten. Die grundlegende Rolle für die Verschärfung des Problems spielte jedoch die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Form, dass jede Nation einen eigenen Staat erhalten müsse. Wenn man vom Staat spricht, treten Gewalt und Krieg unweigerlich dazu. Ein anderes wichtiges Problem in diesem Zusammenhang war, dass wir den Krieg nicht als Erfordernis einer legitimen Selbstverteidigung, sondern in der

Form eines generalisierten Krieges als zulässig zur Durchsetzung politischer Ziele betrachteten. Wir vertraten die strategische Ansicht, ohne Krieg, sogar lang andauernden Krieg, könnten die Nationen nicht befreit werden, und ohne Befreiung der Nationen könne es keine Befreiung der Klassen geben. Diese Fragen von Krieg und Macht, die in der Geschichte aller Befreiungskämpfe zu großen Verirrungen geführt haben, sollten nach und nach auch auf die Agenda der PKK treten.

Dass der Staat in jener Zeit gegen uns vorging, hatten wir mit allen linken und kurdischen Gruppen gemein. Wir hatten auch nichts an uns, das eine besondere Reaktion erfordert hätte. Niemandem kam in den Sinn, dass wir ein besonderer und langfristiger Herd des Widerstandes sein könnten. Als verschiedene Anzeichen auf einen eventuell bevorstehenden Militärputsch hindeuteten, gab es für uns zwei Optionen: Entweder den Weg in die Berge zu wählen oder sich ins Ausland, in den Mittleren Osten zurückzuziehen. Wir taten eigentlich beides. Ende 1979 führte die Bewegung in beide Richtungen einen Rückzug durch. Bis auf einige unglückliche Festnahmen wie die von Mazlum Doğan und Mehmet Hayri Durmuş gab es dabei keinerlei ernsthafte Verluste.

Es war uns gelungen, zu einer Bewegung zu werden, wir hatten die Partei ausgerufen und eine Position erreicht, die eine langfristige Existenz ermöglichte. Daher war es uns gelungen, hinsichtlich des Putsches, der am 12. September 1980 stattfand, vorausschauend zu handeln und rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Der Gang ins Ausland war nicht für lange Zeit geplant. Wir hielten es für das „Gesetz der Revolution", mit ein Paar Dutzend Kadern eine militärische Ausbildung zu absolvieren und dann einen lang andauernden Guerillakrieg bis zur Befreiung durchzuführen. Wir glaubten, dass alles wie geplant laufen würde.

Ab 1980 wurden wie geplant einige Gruppen im Mittleren Osten ausgebildet und machten sich ins Land auf. Gemeinsam mit anderen Gruppen gründeten wir unter dem Namen „Vereinigte Widerstandsfront gegen den Faschismus" (*Faşizme Karşı Birleşik Direniş Cephesi*, FKBDC) eine politische Front. Dass dies aber nicht wie geplant funktionierte, machte einige theoretische Arbeiten unabdingbar. Zu diesem Zweck wurden ab 1981 einige Reden auf Kassette aufgenommen und als Bücher veröffentlicht. Auf „Das Problem der Persönlichkeit in Kurdistan, das Parteileben und die Eigenschaften der revolutionären Militanten", folgten bald „Die Rolle der Gewalt in Kurdistan" und „Über die Organisierung". Die erste Konferenz der PKK wurde 1981, der zweite Kongress 1982 durchgeführt, um die grundsätzliche Ausrichtung auf Kurdistan selbst zu verstärken. Der israelisch-palästinensische Krieg 1982 beschleunigte diesen Prozess weiter.

Eigentlich hatten sich in Ostkurdistan durch die Revolution im Iran sowie in Südkurdistan günstige Bedingungen ergeben, um sich dort niederzulassen und die Aktivitäten von dort aus zu führen. Daran dachten wir durchaus. Mehmet Karasungur, der im Konflikt in Siverek[7] Erfahrungen gesammelt hatte, befand sich dort. Er wäre in der Lage gewesen, die dafür notwendigen Vorbereitungen durchzuführen. Es war ein großes Unglück, dass er im Mai 1983 als Opfer seiner Aufrichtigkeit und Amateurhaftigkeit zum Märtyrer wurde.

Um die Lücke zu füllen, sollten Duran Kalkan und Ali Haydar Kaytan, die 1982 dorthin geschickt worden waren, vom Süden aus die Leitung übernehmen und dafür sorgen, dass die Linie umgesetzt wird. Bereits im Jahre 1980 hatte es die allgemeine Perspektive gegeben, unter der Führung von Kemal Pir und Mahsum Korkmaz[8] eine Widerstandsschneise aufzubauen, die von Dêrsim bis Botan reichen könnte. Die unglückselige Festnahme von Kemal Pir im Juli 1980 war ein ernsthafter Verlust. Die Situation der Gruppe um Duran Kalkan, die eigentlich aktiv werden sollte, gab erstmals Anlass zur Besorgnis, dass die Linie manipuliert würde. Wenn ich mich recht entsinne, sagte ich damals ungefähr folgendes: „Das zu wiederholen, was im Mittleren Osten geschieht, wäre das gleiche, wie einen Esel anzumalen und ihn seinem Besitzer wieder zu verkaufen."[9] Als die geplante Offensive ausblieb, Mazlum Doğan sich an Newroz 1982 im Gefängnis von Diyarbakır erhängte[10], anschließend die Gruppe um Ferhat Kurtay eine Selbstverbrennung durchführte[11] und Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmuş, Akıf Yılmaz und Ali Çiçek im Hungerstreik starben, geriet ich in tiefe Besorgnis und machte mir Vorwürfe, dafür verantwortlich zu sein. Dies schlug in Wut und Zorn über unsere Verfassung um. Im Januar 1984 fand eine Versammlung mit einer kleinen Anzahl von ZK-Kadern statt, auf der erstmals einige Freunde – vor allem Duran Kalkan und Cemil Bayık – namentlich genannt und heftig kritisiert wurden. ♦

Diese Fragen von Krieg und Macht, die in der Geschichte aller Befreiungskämpfe zu großen Verirrungen geführt haben, sollten nach und nach auch auf die Agenda der PKK treten.

Fußnoten:

1. Die türkischen Studenten Haki Karer und Kemal Pir bildeten zusammen mit Abdullah Öcalan die Kerngruppe, aus der später die PKK entstehen sollte.
2. Mit „Mittlerer Osten" ist in der Terminologie der PKK Syrien bzw. der syrisch kontrollierte Libanon gemeint im Gegensatz zu „den Bergen" oder „dem Land", also Kurdistan.
3. Vgl. [1]
4. Revolutionäre Kulturvereine des Ostens, kurdisch-nationalistische Organisation
5. Im Gegensatz zu anderen kurdischen Organisationen strebte die PKK nicht nur einen unabhängigen Staat, sondern eine sozialistische „Mittelostföderation" an.
6. Als „befreite Gebiete" wurden Gegenden bezeichnet, die de facto von der Guerilla kontrolliert wurden.
7. 1979 hatten in Hilvan/Siverek erste bewaffnete Aktionen geben den Bucak-Stamm stattgefunden.
8. Mahsum Korkmaz (Agit) wurde der erste Kommandant der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK). 1986 kam er unter ungeklärten Umständen bei einem Gefecht ums Leben.
9. Die Bemerkung bezieht sich vermutlich auf die relative Erfolglosigkeit der palästinensischen Gruppen und die Notwendigkeit, eine eigene, andere Guerilla-Strategie zu entwickeln.
10. Mazlum Doğan war Mitgründer der PKK und Mitglied des Zentralkomitees. Er erhängte sich in der Nacht auf den 21.3.1982 aus Protest gegen die Folterpraktiken im Militärgefängnis von Diyarbakır und zündete seine Zelle an. Dies war der Startschuss für die Widerstandsaktionen des Jahres 1982.
11. Ferhat Kurtay, Eşref Anyık, Mahmut Zengin und Necmi Önen Zellengenossen verbrannten sich gemeinsam in der Nacht auf den 18.5.1982 aus Protest gegen die Haftbedingungen.

Die schon 2009 von Abdullah Öcalan verfasste Roadmap für den Frieden, die am 15. August, dem Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan, desselben Jahres veröffentlicht werden sollte, wurde lange von Seiten der türkischen Machthaber zurückgehalten. In diesem Jahr wurde sie der Öffentlichkeit ausgehändigt und ist zuerst in türkischer Sprache erschienen. Bis der Text in deutscher Sprache veröffentlicht wird, wird leider noch einige Zeit vergehen. Um einen Einblick in diese Schrift zu geben, veröffentlichen wir diese Zusammenfassung der Internationalen Initative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan".

Probleme der Demokratisierung in der Türkei, Lösungsmodelle in Kurdistan (Roadmap)

Abdullah Öcalan, 15. August 2009

Probleme der Demokratisierung in der Türkei, Lösungsmodelle in Kurdistan (Roadmap)

Inhalt

Prinzipieller Rahmen der demokratischen Lösung

Die für die Probleme zu entwickelnden Lösungen können nur von Dauer sein, wenn sie mehr sind als aktuell und konjunkturgebunden, nämlich strukturell. Sie sollen nicht über den Tag retten, sondern entweder das System retten oder aber es neu errichten. Ein funktioneller Staat und dauerhafte gesellschaftliche Stabilität erfordern Lösungen dieser Art. Da die Demokratie sowohl eine Staatsform als auch ein Gesellschaftssystem ist, müssen Schritte zur Demokratisierung systematischer Natur sein. Die Prinzipien, die wir auflisten werden, sind insofern lediglich die Mindestbedingungen für den Aufbau des Rahmens eines demokratischen Systems und könnten noch erweitert werden.

1 – Prinzip der demokratischen Nation

Dies meint den Zustand einer demokratischen Gesellschaft als Nation, die nicht auf Sprache, ethnischer Zugehörigkeit, Klasse oder Staat basiert, sondern vielsprachig und multiethnisch ist, Spaltungen in Klassen und Privilegien für den Staat keinen Raum gibt und auf freien und gleichen Individuen beruht. Die demokratische Nation besteht aus demokratischen Bürgern und Gemeinschaften. Sie beruht auf dem Paradigma einer flexiblen Nation, die sich aus offenen kulturellen Identitäten konstituiert.

2 – Prinzip der gemeinsamen Heimat (demokratischen Heimat)

Dies meint die Gesamtheit aller Heimatgebiete, die frei und gleich geteilt werden und in denen keine Person die andere und keine Gemeinschaft die andere ausgrenzt.

3 – Prinzip der demokratischen Republik

Dies bedeutet, dass der Staat sich für die demokratische Gesellschaft und das demokratische Individuum öffnet. Die Organisierung des Staates und die demokratische Organisierung des Individuums sind unterschiedliche Dinge, es gilt der Respekt des einen vor der Legitimität des anderen.

4 – Prinzip der demokratischen Verfassung

Dies bedeutet eine Verfassung, welche durch gesellschaftlichen Konsens gebildet wird und im Wesentlichen die demokratischen Bürger und Gemeinschaften gegen den Nationalstaat schützt.

5 – Prinzip der demokratischen Lösung

Das Prinzip der demokratischen Lösung ist ein Lösungsmodell, welches nicht auf den Staat abzielt, sondern auf der Demokratisierung der Zivilgesellschaft beruht, die auch kein Anhängsel des Staates sein darf, also einer demokratischen Gesellschaft. Es konzentriert sich nicht auf grundlegende Veränderungen der Form des Staates, sondern auf Lösungen, die ein demokratisches Regime anstreben, welches in der Gesellschaft selbst agiert.

6 – Prinzip der Einheit von individuellen und kollektiven Rechten.

So wie die aus Individuen gebildete Gesellschaft mehr ist als die Summe ihrer Individuen, so stellen in ähnlicher Weise auch die individuellen und die kollektiven Rechte zwei Seiten derselben Gesellschaft dar. So wie eine Medaille nicht nur eine Seite hat, so kann es auch keine Individuen oder Gesellschaft geben, die nur individuelle oder nur kollektive Rechte besitzt.

7 – Prinzip der ideologischen Freiheit und Unabhängigkeit

Die Lösung der demokratischen Nation kann nicht verwirklicht werden, ohne die positivistische ideologische Hegemonie der kapitalistischen Moderne und die als Individualismus neu etablierte liberalistische Sklaverei zu überwinden. Das Bewusstsein über die eigene gesellschaftliche Natur ist Vorbedingung für das Bewusstsein der Lösung einer demokratischen Nation.

8 – Prinzip der Geschichtlichkeit und der Gegenwärtigkeit

Gesellschaftliche Tatsachen sind geschichtliche Tatsachen. Tatsachen, die in der Geschichte existiert haben, leben mit kleinen Veränderungen auch im Jetzt weiter. Ohne die richtigen Verbindungen zwischen Geschichte und Gegenwart herzustellen, können wir den geschichtslos machenden Individualismus der kapitalistischen Moderne und die Mentalität der homogenen, nur auf den Moment konzentrierten Gesellschaft nicht aufbrechen. Ein richtiges Verständnis von Geschichte und Gegenwart ist eine notwendige Vorbedingung für die Lösung der demokratischen Nation.

9 – Prinzip von Moral und Gewissen

Kein gesellschaftliches Problem kann auf gute Weise gelöst werden, ohne sich an Moral und Gewissen zu orientieren. Die Lösungen der Moderne, die nur auf Macht und Recht beruhen, leisten nichts weiter, als Probleme zu unterdrücken und zu verzerren. Für die Lösung der demokratischen Nation ist eine Empathie, die auf Moral und Gewissen beruht, unverzichtbar.

10 – Prinzip der Wehrhaftigkeit von Demokratien

So wie es kein Lebewesen gibt, das keine Selbstverteidigung besitzt, so können auch demokratische Gesellschaften, die komplexesten Gebilde der Natur, ohne Selbstverteidigung weder entstehen noch weiter existieren. Bei Lösungen demokratischer Nationen muss eine notwendige Wehrhaftigkeit vorhanden sein.

Aktionsplan für eine Lösung

Zwischen Kriegsparteien gibt es eine Reihe von Plänen. Aktionspläne werden zuhauf erstellt. Aus eigener Erfahrung weiß ich sehr gut um derartige Vorbereitungen. Einseitige Aktionspläne werden eifrig angefertigt. Das Schwierige ist, Aktionspläne zu erstellen, welche die beiden Seiten zusammenbringen. Derartige Pläne erfordern gegenseitige Empathie. Ich werde versuchen, die einseitig entwickelten und momentan umgesetzten Aktionspläne kurz einzuschätzen und meine Ansichten über einen möglichen Aktionsplan zu prä-

sentieren, der zu einer Einigung beider Seiten führen kann. Ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass ich mich nicht als verantwortliche Partei für die Umsetzung meines eigenen Plans sehe. Denn mein Status als Verurteilter und die Haftbedingungen, denen ich ausgesetzt bin, machen es mir unmöglich, als Partei zu fungieren. Die Ansichten, die ich präsentiere, zielen eher auf eine realistische gegenseitige Einschätzung der Parteien und eine bessere Klärung dessen, was in einem möglichen gemeinsamen Aktionsplan im Rahmen des Möglichen liegt und was nicht.

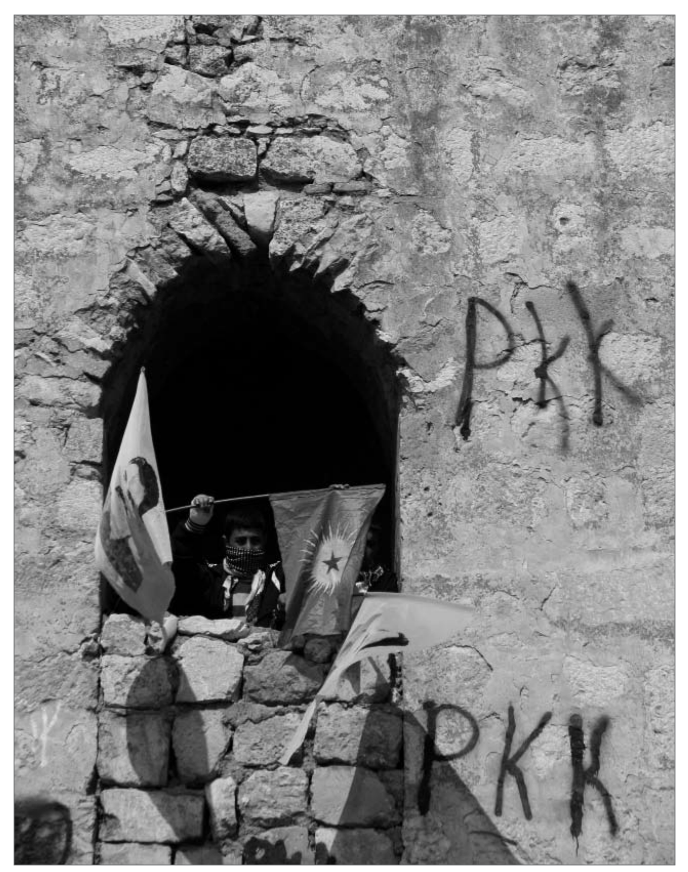
[...]

Wenn wir uns nun im Rahmen des demokratischen Lösungsplans dem Aktionsplan zuwenden, so könnten nach einer Übereinkunft der Regierung mit den zentralen Institutionen des Staates über Grundzüge eines demokratischen Lösungsplans und bei Unterstützung der kurdischen Seite und demokratischer Kreise realistische Stufen einer Umsetzung folgendermaßen aussehen:

a – Erste Phase

Die PKK erklärt eine dauerhafte Waffenruhe. In dieser Phase müssen beide Seiten vermeiden, auf Provokationen zu reagieren, die Kontrolle über die eigenen Kräfte verstärken und damit fortfahren, die Öffentlichkeit vorzubereiten.

b – Zweite Phase



Newroz in Amed Foto: DIHA

Auf Initiative der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments wird eine »Wahrheits- und Versöhnungskommission« gebildet, welche Vorschläge erarbeitet, juristische Hindernisse auszuräumen. Beim Aufbau der Kommission wird ein maximaler Konsens aller Seiten angestrebt. Entsprechend den vor dieser Kommission gemachten Geständnissen und Aussagen wird dem Parlament ein Vorschlag für einen Amnestieausschuss unterbreitet. Wenn die gesetzlichen Hindernisse auf diese Weise beseitigt sind, kann die PKK ihre extralegalen Strukturen unter der Kontrolle einer Institution, die aus Vertretern der USA, der EU, der UN, der irakisch-kurdischen Regionalregierung und der Türkischen Republik gebildet wird, vom Territorium der Türkei zurückziehen. Später können diese Kräfte kontrolliert in verschiedenen Gebieten und Ländern angesiedelt werden. Der kritische Punkt in dieser Phase ist die Freilassung der politischen Gefangenen der PKK und den Rückzug der bewaffneten Kräfte der PKK nach jenseits der Grenze gemeinsam zu planen. Es gilt das Prinzip »das Eine nicht ohne das Andere«.

c – Dritte Phase

Wenn die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen für eine Demokratisierung gelegt sind, wird kein Raum mehr für einen Griff zu den Waffen bleiben. Diejenigen, die seit vielen Jahren im Exil leben, ausgebürgert wurden oder Flüchtlinge sind, darunter Funktionsträger der PKK, werden anfangen, Schritt für Schritt in die Heimat zurückzukehren. Sobald die Aktivitäten der KCK legalisiert sind, wird es nicht mehr nötig sein, dass die PKK auf dem Territorium der Türkei aktiv ist. Dann wird in jeder Hinsicht auf legale demokratisch-politische, soziale, ökonomische und kulturelle Aktivitäten gesetzt werden.

Meine Situation besitzt für die Realisierung dieses Stufenplans strategische Bedeutung. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Plan ohne mich funktioniert, ist äußerst gering. Daher muss für meine Situation eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Wenn das »Modell der demokratischen Öffnung und Lösung der kurdischen Frage«, das den geschichtlichen und aktuellen Gegebenheiten der Türkei entspricht, umgesetzt wird, so bedeutet dies nicht nur einen freieren Fortgang der Geschichte für sie. Es wird auch den Weg frei machen für eine demokratischere, egalitärere und freiere Entwicklung der Völker des Mittleren Ostens. Eine Entwicklung von Elementen der demokratischen Moderne gegen die Besatzung und Kolonisierung der regionalen Kultur durch Elemente der kapitalistischen Moderne wird die Möglichkeit und die notwendige Dynamik mit sich bringen, sie in ein System zu transformieren, das den eigenen historischen Gegebenheiten gerecht wird. Vielleicht wird erstmals die Geschichte nicht mehr als eine Geschichte der Eroberung, Besatzung und Kolonisierung geschrieben werden, sondern als Geschichte einer demokratischen Gesellschaft aus freien und gleichen Individuen. ♦

Das türkische Literaturfestival in Berlin

DilDile – Von Sprache zu Sprache

Susanne Roden

Kerstin Liebich, Staatsekretärin für Integration und Arbeit, hielt die Eröffnungsrede des türkischen Literaturfestivals in Berlin. „DilDile – Von Sprache zu Sprache“ wurde als Titel ausgewählt, weil es für Aufgeschlossenheit und Dialog stehen soll. DilDile soll Raum für Austausch und Auseinandersetzung bieten zu Themen wie Erinnerung, ethnische Vielfalt, Widerstand, Identität und Sprachästhetik. Zuhören, Verstehen, Beleuchten unterschiedlicher Blickwinkel, das möchte man bieten. In Deutschland leben drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln und es gibt kaum Übersetzungen aus der türkischen Literatur, ein großer, noch weitgehend unbekannter Markt, so erfuhr der Zuhörer.

Alle Veranstaltungen des Festivals wurden in dialogischer Form abgehalten. Die Lesungen erfolgten abwechselnd in türkischer Sprache, von den Autoren selbst vorgetragen und in deutscher Sprache, von Schauspielern der Volksbühne vorgetragen. Weitere internationale Autoren waren eingeladen, um gemeinsam Themen zu diskutierten. Das Festival sollte insbesondere Neuübersetzungen und Veröffentlichungen türkischsprachiger Literatur in Deutschland fördern.

„Zwischen Trauma und Tabu“ ist das Thema der Eröffnungsveranstaltung.

Ehrengast war der Schriftsteller Doğan Akhanlı, 1957 in Şavşat, Provinz Artin, geboren und seit 1992 in Köln ansässig.

Nach dem Militärputsch 1980 ging er in den Untergrund und saß als politischer Häftling von 1985 bis 1987 im Militärgefängnis in Istanbul. Seine Frau mitsamt dem 16 Monate alten Kind und er wurden gefoltert, er floh nach Deutschland.

In den Jahren 1998/1999 erschien eine Trilogie in türkischer Sprache, in der er seine Jugend als Zeitzeuge und die Zeit als politisch Verfolgter schriftstellerisch verarbeitet hat. Die Bände stellen eine kritische Bestandsaufnahme der politischen Entwicklung in der Türkei dar. Der letzte Band „Richter des jüngsten Gerichts“ thematisiert den Mord an den Armeniern.

Dann, nach 19 Jahren im August 2010 reist er mit deutschem Pass in die Türkei ein, um seinen im Sterben liegenden Vater zu sehen. Seine Mutter hatte er schon nicht mehr lebend wiedersehen können. Die Reise wird eine Odysse in seine noch nicht endgültig verarbeitete Vergangenheit, denn er wird sofort verhaftet, ohne am Ziel im Dorf des Vaters angekommen zu sein. Er soll 1989 einen Raubmord auf eine Wechselstube begangen haben. Vier lange Monate werden zu einem Wettlauf mit der Zeit und am Ende verstirbt sein Vater zwei Wochen vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Das wiegt schwer, sehr schwer. In der deutschen Presse wurde ausführlich über den Fall berichtet und auch das Justizsystem der Türkei beleuchtet, wonach Zeugenaussagen aus dem Jahr 1989 unter Folter erpresst worden waren. Der schriftliche aktuelle Wiederruf des Zeugen vom Oktober 2010 sollte unterschlagen werden.

Akhanlı hat die deutsche Geschichte intensiv studiert und er beleuchtet die schwierige Lage, in der sich die Türkei befindet. Sie ist prakisch aus dem „Nix“ enstanden, sagt er. 1923. Ja, die Sache mit den Armeniern, das war ja 1915, das war ja vor der Staatsgründung und somit müsse man sich dafür auch nicht rechtfertigen. Die Türkei hat aber ein Problem mit dem Vakuum.

Und er betont, ohne Vergangenheit und ohne Aussöhnung wird es keine friedliche Zukunft in der Türkei geben. Erst die Vernichtung der Armenier, dann die Vertreibung der Griechen, dann die Verleumdung der Kurden. Das Projekt hieß: Ein Land, eine Sprache, ein Staat. Da war die Religion der Christen im Weg, die Sprache der Kurden auch.

Doğan Akhanlı engagiert sich für Erinnerung und für Menschenrechte. Es muss endlich Aufklärung stattfinden, fordert er, denn das Osmanische Reich hat ja seine Bürger getötet. Man kann ja nicht ewig weiterlügen mit der Geschichte. Das deutsche und das jüdische Volk haben einen leidvollen Weg mit Dialog und Versöhnung hinter sich. Und genau das muss in der Türkei auch angegangen werden. Die Türkei sollte die Erfahrung von Deutschland nutzen, den Versöhnungsprozess mit den jüdischen Opfern eingehend studieren, so sein eindringlicher Appell.

Diese nationale Einheit, ein Wort, eine Sprache sind Gift. Und er betont, dass Hrant Dink nicht als kritischer Journalist ermordet wurde, sondern weil er Armenier war.

Das ist dann auch die Überleitung zur Vorstellung der nächsten Autorin.

Die Rechtsanwältin Fethiye Çetin, 1950 geboren, die u. a. die Familie von Hrant Dink vertritt. Sie liest den Anzeigen-

text, den sie im Jahre 2000 nach der muslimischen Beerdigung der türkischen Großmutter mit deren richtigen Namen in der einzigen armenischen Zeitung Istanbuls veröffentlicht hatte. Die Situation war für sie als Enkelin einer armenischen Großmutter unerträglich geworden. Die Großmutter hatte im Jahr 1915 im Alter von 9 Jahren mit ansehen müssen, wie die Männer ihres Dorfes grausam hingerichtet wurden. Sie gehörte zu den in türkischen Familien versteckten Armenierkindern, die „türkifiziert", also zwangsassimiliert wurden.

Das Schweigen.

Die Großmutter von Fethiye Çetin hat über 60 lange Jahre geschwiegen. In der Familie herrschte die Tradition, die Familiengeschichte immer oral an eine weibliche Nachfahrin zu übermitteln. Da dies nicht möglich war, hat die Großmutter alles schweigend in sich verwahrt und dann eines Tages im Jahr 1997 der Enkelin alles erzählt. Sie wußte alle Namen von Verwandten, Dörfern, Hochzeiten, den gesamten Stammbaum. Fethye Çetin hat sie dann gebeten, alles nocheinmal zu erzählen, um alles mitzuschreiben. So entstand das Buch „Anneannem" (Meine Großmutter, 2004).

Dass es dann nochmal so lange gedauert hat, bis das Buch veröffentlicht wurde, begründet Fetihye Çetin auch mit der Angst. Sie erzählt, wie ihre Mutter einer Freundin am Telefon von der Buchveröffentlichung berichtet, und als diese am anderen Ende nach dem Titel fragt, da fängt ihre Mutter an zu flüstern. Das ist ein Tabuthema, es wurde immer gefüstert. In der Schule hat Fethiye aus tiefstem Herzen Heldengedichte vorgetragen und Verse, in denen die nationale Vergangenheit verherrlicht wurde und die Armenier dagegen immer als Feinde auftauchten. Und nun ist sie auf einmal Armenierin, ein Schock, denn sie gehört nun zu einer Minderheit.

Auf die Frage der Moderatorin Sabine Thelen, warum das Buch ohne Probleme veröffentlicht werden konnte, gut verkauft wurde und es sogar eine Neuauflage gibt, erklärt sie Folgendes: Wenn man diskutiert, ob es 1,5 oder 1 Million Armenier waren, hat man ein Problem. Und wenn man diskutiert, ob es ein Völkermord oder Genozid war, hat man ein Problem. Aber sie hat nur über die Erlebnisse ihrer Großmutter geschrieben, und das war ja vor Gründung der Türkei.

Dann wird die nächste Enkelin vorgestellt: Sema Kaygusuz. Die Autorin veröffentlichte ihren ersten Roman 2006 „Yere Düşen Dualar" (Wein und Gold). Ich hatte ein paar Fragen an die Autorin richten wollen und erfahren, dass sie sich im Rahmen eines DAAD-Stipendiums in der Stadt aufhalten solle. Dann war ich auf das Literaturfestival an der Volksbühne gestoßen, der Themenkomplex schien mir interessant. Der Ansatz sah nach einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der vielschichtigen Problematik in der Türkei aus.

Sema Kaygusuz liest eine Textpassage in türkischer Sprache aus ihrem Buch „Yüzünde Bir Yer" (Eine Stelle auf deinem Gesicht, 2009), was von den Erlebnissen ihrer Großmutter handelt.

Sema Kaygusuz, 1972 in Samsun an der türkischen Schwarzmeerküste geboren, berichtet, dass ihr Vater Offizier war. Vom Militär oft versetzt, verbrachte sie ihre Kindheit an verschiedenen Orten. Diskussionen über die Vergangenheit gab es nicht. Aber dann, eines Tages, da gab es den einen Satz der Großmutter, einfach so aus dem Nichts: Sie haben uns abgeschlachtet. Dann folgte wieder Schweigen.

Sema berichtet, dass es eine sehr große Zahl von Aleviten in Dersim und Anatolien gegeben hatte. Sie hatten die Staatsgründung sogar begrüßt und aktiv unterstützt. Eine moderne Staatsgründung, wo die Sprache kein Problem sein sollte. Aber dann war plötzlich der Glauben im Weg, die Aleviten wollten keine Muslime sein. Die Großmutter war eine Überlebende der Tragödie und hat geschwiegen. Das Schweigen hat tiefe Wurzeln. Es ist die Scham über das Geschehene, dass Menschen so etwas mit anderen Menschen machen. Es ist die Scham darüber, dass Menschen keinen Wert mehr hatten, und es gibt die Erziehung zum Schweigen darüber. Gemeint ist das Massaker von Dersim. Der Schock innerhalb der Gemeinschaft sitzt tief, bis heute. Ich sehe Freunde im Publikum sitzen, still. Es ist ja ein türkisches Literaturfestival, kein kurdisches.

Die Moderatorin fragt, seit wann sie denn von den alevitischen Vorfahren wisse, und Sema erklärt, als sie 12 Jahre alt war, wurde sie vom Religionslehrer in der Schule gefragt, welche Vornamen denn die Männer in ihrer Familie hätten, ob es da wohl Ibrahim, Mohmad oder Orhan gebe. Nein, habe sie geantwortet, aber Haydar. Dann hat er gemeint, sie solle doch mal zeigen, wie man ein Gebet verrichtet, denn ihr Name „Sema" wäre ja die Bezeichnung eines Gebetes. Das habe sie nicht gekonnt. Ihre Großmutter habe immer im Dunkeln und alleine gebetet. Beim Glaubensakt, da schaut man nicht zu. Seit dem Tag habe sie aber gewusst, dass sie Alevitin sei. [Anm.: Sema ist der rituelle Reigen der Aleviten und stellt den Höhepunkt des Gottesdienstes dar]

Der Zwangsbeitritt zum Sunnitischen habe ebenfalls dazu beigetragen, dass man sich noch mehr auf sich zurückzog. Indem man die Kinder weiter zum Schweigen erzieht, wird es keine Taten, sondern nur Schweigen geben und ihre Tat sei eben das Wort. Sema Kaygusuz hat Kommunikationswissenschaften studiert. Sema ist auch eine Enkelin, deren Großmutter ein Massaker überlebt hat. Sie formuliert sehr fein zurückhaltend, sie lebt in der Türkei. Erst die Moderatorin und Akhanlı betonen, dass Aleviten Kurden sind. In den Beschreibungen zu Sema Kaygusuz steht, dass sie viele Dialekte studiert hat. Was für Dialekte? Sind sie vergleichbar mit den vielen Dialekten der Sowjetrepublik, die uns später als Lettisch und Ukrainisch entgegentraten, die aber als jeweilige Nationalsprachen gesprochen werden durften?

Zwischen Trauma und Tabu. Doğan Akhanlı betont, hier in Deutschland kann man langsam Vertrauen fassen und frei arbeiten. Er hat den Unterschied gelebt, erlebt, lebt ihn jeden Tag. Auch sein Schock sitzt tief, wenn man die Interviews zu der Verhaftung aus 2010 liest. Die Vergangenheit holt einen immer wieder ein, das Trauma, das Unfassbare. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Newrozfeier 2011 in Şirnex/Cizîr
Foto: DIHA

Rückseite:
Plakat des 7. Zîlan-Frauenfestivals 2011 in Dortmund

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375